

NEUANFANG

Politik-Ressort: Zeitalter der Umbrüche? // 1

Verfassungsreform in China: Verpasster Neuanfang // 7

Neue „Vorbilder“-Reihe: Düzen Tekkal im Interview // 14

Kuba nach Castro: Quo vadis? // 16

Fotoserie: Altes muss weichen in Istanbul // 27

Foto: Arian Henning

Umbruchzeiten

Gedanken zu den künftigen Herausforderungen unserer Generation

Die Welt ist nicht schlimmer geworden. Wer sich allein die vielen opferreichen Kriege und Massenmorde des 20. Jahrhunderts in Erinnerung ruft, den Faschismus, den Kommunismus, die Geburten neuer Staaten und deren Befreiungskämpfe, die Wirtschaftskrisen; und wer sich erinnert, dass Frauen nie so gleichberechtigt, Minderheiten nie so gut geschützt waren, der weltweite Austausch zwischen Menschen nie so einfach war wie heute und weiß, dass der globale Wohlstand nie so groß war wie jetzt, der kommt nicht umhin zu sagen: Wir leben immer noch in sehr guten, sehr ruhigen Zeiten. Jedoch: Umbrüche kündigen sich an.

Geopolitische Fragestellungen

Die kommenden Jahrzehnte werden zeigen: Wird das europäische Projekt einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Union fortschreiten oder Brüche und Risse erhalten, die nicht mehr zu kitten sind? Wird „der Westen“ als außenpolitische und wirtschaftsideologische Einheit überdauern? Wie wird er sich gegenüber den aufstrebenden bzw. wiedererstarkten Supermächten China und Russland positionieren?

Wird es den reichen Staaten dieser Welt gelingen, die richtige Balance aus Immigration und Mitnahme der heimischen Mehrheitsbevölkerung zu finden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren? Wie

werden sich die Gleichgewichte zwischen den nahöstlichen Schwergewichten Ägypten, Iran, Israel, Saudi-Arabien und Türkei verschieben? Staatenlose Minderheiten wie die Palästinenser und Kurden sind dagegen bloß der Sand im Getriebe, die Prominenz nur dann erhalten, wenn irgendwer sie für seine Zwecke nutzen oder ihr Leid instrumentalisieren will. Werden es die schlafenden Riesen Afrikas und Südamerikas schaffen, die außen- und innenpolitischen historischen Fesseln abzuwerfen? Wie geht es mit unserem Klima weiter?

Europas und Deutschlands Part

Europa wird bei der Beantwortung vieler dieser Fragen eine zentrale Rolle zukommen. Dafür spricht die enge Bindung vieler europäischer Staaten zu den meisten nichteuropäischen Staaten der Welt, die nicht zuletzt durch Kolonialismus, Imperialismus aber auch den globalen Siegeszug der Kirchen bedingt ist. Das verbindet und macht Europa politisch größer als es auf den ersten Blick wirkt. Ein „policital dwarf“, wie der belgische Außenminister Eyskens 1991 konstatierte, ist es nicht (mehr).

Europäische Staaten gehören weiterhin zu den wirtschaftlich stärksten. In internationalen Machtinstitutionen wie IWF, WTO, der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, dem UN-Sicherheitsrat u.a. sind sie immer noch stark vertreten. Europa wird auf absehbare Zeit Ziel von Zuwanderung von Menschen aus perspektivarmen Gesell-

schaften der umliegenden Kontinente bleiben, denn zu den historischen Verbindungen treten heute die Menschenfreundlichkeit und Immigrationoffenheit vieler europäischer Verfassungen und Rechtsordnungen, aber auch (noch) der öffentlichen Meinungen hinzu. Die wirtschaftliche und politische Anziehungskraft treffen auf eine historisch einmalige Mobilität von Menschen und Informationen über Länder- und Kontinentalgrenzen hinweg. Fast zwangsläufig werden in gleichem Maße rechte und populistische politische Bewegungen weiter erstarken, wie es in beinahe allen europäischen Staaten schon seit längerem zu beobachten ist. Integrations-, Kommunikations-, und politisches Managementversagen sind Wasser auf deren Mühlen gewesen. Der gelegentliche Terror verschärft die wahrgenommene Gefährdungslage auf allen Seiten. Kritisch aber wird es werden, wenn handfeste wirtschaftliche und politische Krisen hinzukommen. Diese erst werden unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen echten Härte-tests unterziehen.

Deutschland ist wahrgenommener, aber auch tatsächlicher, schlummernder Riese. Es liegt politisch und geografisch im Zentrum Europas – mitten zwischen den übrigen „Granden“ wie dem UK, Frankreich, Polen und Italien. Der wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig stärkste Staat der EU liegt auf der alten Bruchlinie zwischen Ost und West, ist kolonialgeschichtlich das unbedenklichste westeuropäische Schwergewicht – trotz eigener Verbrechen (insbesondere: Hereros) und des Wegschauens bei Verbrechen his-

torischer Verbündeter (etwa: Osmanisches Reich). Deutschland, der „ehrlische Makler“, hat besondere Beziehungen zu Regionalmächten wie Israel und Iran und eben der Türkei und kommt mit den Supermächten wie USA, Russland und China aus historischen oder ökonomischen Gründen gleichermaßen zurecht. Nicht umsonst öffnet der deutsche Reisepass weltweit die meisten Türen.

Schließlich sollte man den Umstand nicht unterschätzen, dass Deutschland sich unter Rot-Grün und in der Ära Merkel seiner Rolle als Einwanderungsland bewusst geworden ist. Das dürfte auch bei den Entscheidungen der GroKo auf dem Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“ eine gewisse Rolle gespielt haben. Welche Potentiale gut gemanagte Offenheit birgt, lässt sich an Geschichte und Aufstieg der USA nachvollziehen. Bevor Deutschland und Europa diese Potentiale heben können, muss nicht zuletzt der „nationalidentitäre“ Riss gekittet werden, der nicht nur in Deutschland dort verläuft, wo einst Mauer und „Eiserner Vorhang“ West und Ost trennten.

Wachtwechsel zur nächstjüngeren Generation

Noch einige Zeit werden die politischen Entscheidungen in Deutschland von einem alten Souverän getroffen werden. Schon 2015 war der deutsche Medianwahlberechtigte in Ostdeutschland 53,6, in Westdeutschland 51,7 Jahre alt. Auch wenn die Geburtenra-

Fortsetzung auf Seite 3

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser

endlich ist sie da, die langersehnte NEUANFANG-Ausgabe der PuG! Es hat sich einiges geändert bei uns, vom Layout bis zur Chefredaktion. Gleich geblieben ist das Grundkonzept der PuG: Sie lebt von den meinungsstarken und persönlichen Artikeln ihrer verschiedenen Autorinnen und Autoren. Und auch diesmal konnten wir wieder einige großartige Beiträge für Euch zusammenzustellen.

Besonders freuen wir uns, dass wir für diese und kommende Ausgaben eine neue Unterstützerin gewinnen konnten: Neben der Publikation des „Kursbuchs“ und der „kursbuch.edition“ fördert die Kursbuch Kulturstiftung Projekte aus Wissenschaft, Kunst und Kultur. Der Kursbuch Kulturstiftung und ihrem Geschäftsführer, Herrn Dr. Sven Murmann, gilt unser besonderer Dank.

Für Euch als Leser gibt es außerdem spannende neue Rubriken zu entdecken. In der Rubrik Recht erscheinen zukünftig Artikel, die beispielsweise aktuelle politische Themen aus völker- und europarechtlicher Perspektive beleuchten oder sich mit rechtsethischen Fragen auseinandersetzen. Unsere neue Interview-Reihe „Vorbilder“ stellt starke, inspirierende Frauen vor; den Auftakt macht Düzen Tekkal, Journalistin, Kriegsberichterstatteerin und Frau Europas 2018. Ebenfalls neu ist unsere Reihe mit Musikrezensionen, die Euch hörenswerte Alben vorstellt.

Auch inhaltlich steht diese Ausgabe der PuG unter dem Leitthema NEUANFANG. Die aktuellen Umbrüche auf der Bühne der Weltpolitik, aber auch langfristige Entwicklungen wie die Digitalisierung und der Klimawandel fordern vielerorts ein Umdenken

und bedeuten möglicherweise einen (unbequemem?) Neuanfang. Mit diesen großen Entwicklungslinien unserer Zeit beschäftigt sich der Beitrag „Umbrüche“. Viele andere setzen sich mit der europäischen Parteienlandschaft und dem weltweiten Erstarken charismatischer „Strongmen“ als politische Führungspersönlichkeiten auseinander. Diese Tendenzen beobachten verschiedene Autoren, sei es in der Türkei, den USA oder in Frankreich mit Macron. Haben wir auf dessen Wahl mit allzu großer Erleichterung reagiert, bedenkt man die Konzentration der Bewegung „En Marche“ auf seine Person? Doch nicht nur in Europa und den USA kommt es zu politischen Neuanfängen. In Kuba geht die Ära Castro zu Ende. Eine unserer Autorinnen fragt, wohin es zukünftig für Kuba gehen könnte. Ein anderer Beitrag setzt sich mit der politischen Zukunft Simbabwe auseinander: Ist ein Wandel nach Mugabe wirklich möglich? Weniger Hoffnung auf politische Veränderung scheint dagegen in China zu bestehen, wo Xi Jinping sich seine Machtstellung immer weiter absichert.

Wie immer gibt es neben Artikeln zum Leitthema jede Menge mehr zu lesen. Und auch unser Kunstteil ist wieder gefüllt mit Prosa, Lyrik sowie einer Fotoreihe aus Istanbul. Der bisher unveröffentlichte Roman von Sven-Erik Green wird mit einem dritten Auszug weiter fortgesetzt. Freut Euch also auf eine bunte Auswahl an Beiträgen!

Wir bedanken uns herzlich bei allen unseren Autorinnen und Autoren für die gute Zusammenarbeit! Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir viel Spaß beim Entdecken der neuen, alten PuG #20.

Eure Chefredaktion

Dear readers

finally, the NEW BEGINNINGS issue of PuG is here! Many things have changed since PuG#19 last year, from our layout to the editorial team.

Meanwhile, PuG's overall concept hasn't changed: the journal continues to bring together students and young professionals from different backgrounds and to offer them a platform for debate, their art and poetry. In PuG #20 we have again managed to put together great articles as well as exciting contributions from the field of arts and culture.

We are also very happy to announce that we have found a supporter for the next few issues: The Kursbuch Kulturstiftung which, besides publishing the „Kursbuch“ and the „kursbuch.edition“, supports various projects in the area of science, arts and culture. We would like to extend our special thanks to the Kursbuch Kulturstiftung and its executive director, Dr Sven Murmann.

Now, if you open PuG#20, you will find a number of exciting new sections: In „Recht“ („Law“), for instance, from now on we will offer you insights into current debates in international and EU law, introduce you to critical legal theory, and the latest on human rights. We also have a new interview series called „Vorbilder“ („rolemodels“) in store for you where we talk to inspiring women with exceptional careers. First is Düzen Tekkal, a war reporter, film maker and Woman of Europe of 2018. Another new section is Arlette Greitens' music review.

NEW BEGINNINGS not only refers to the formal changes we've made but is the overall theme of this issue. You will find articles dealing with the great developments of our time: the long-term changes brought about by digitalisation and climate change, among others, as well as the new approaches in pol-

itics and urban planning necessary for dealing with them. Other contributions examine the state of the European party system and the renewed concentration of power around strong charismatic leaders world-wide: be it in Turkey, the US or in France where it is hard to distinguish „En Marche“ from its leader, Macron. David Kelly leads us to wonder whether the world rejoiced prematurely at Macron's election.

Europe and the US are not the only regions of the world that are experiencing political new beginnings, though: Cuba must redefine its political identity after the end of the Castro era. Equally, Zimbabwe has to move on after its leader of nearly four decades has finally stepped down. Tonderai Mudambo, a young Zimbabwean lawyer, gives us insights into the young republic's condition during these fateful days.

Meanwhile, hope for real political change seems to have been crushed in China where Xi Jinping has used constitutional reform to further cement his position as the sole centre of power in the People's Republic.

And there's so much more: Our arts section will take you to the „rare species“ of Tarlabası quarter in Istanbul; Benjamin Baumann's political poetry draws you into the war zones of Afghanistan, and Mario Malki challenges you to dare your own personal fresh start in his poem „Neuanfang“ which you can also listen to on youtube. Lastly, Sven-Erik Green provides us with a third chapter from his unpublished book.

We would like to thank all our authors, contributors and readers for your continued cooperation and support!

Enjoy PuG #20

Yours, the editors-in-chief.

INHALT

Politik & Wirtschaft

- 1 Titelstory: Umbruchzeiten
- 4 Das Elend der Sozialdemokratie
- 6 Europe is Dead, Long Live the King
- 7 Kontinuität statt Neuanfang
- 8 Break of Dawn in Southern Africa: What's next for Zimbabwe after the resignation of Robert Mugabe?
- 9 Neue Ära für den Welthandel?
- 10 Mit Panzern zum 100.
- 11 ... und ihr wollt den Himmel stürmen?

Gesellschaft

- 12 Neue Lösungen für Städte
- 13 The Cogito Virus: Language is Code
- 14 Interview mit Düzen Tekkal: „Kein Weg führt an den Frauen vorbei.“
- 16 Raúl Castro geht – Quod vadis Kuba?
- 17 Longing for Life to Continue

Recht

- 18 Interview mit Nora Markard: „Was uns zusammenhält, ist die Verfassung.“
- 19 Die Rettungen der spanischen und italienischen Banken im Sommer 2017
- 21 Before the Law

Kunst & Kultur

- 22 Album-Rezension: Noname – Telefone
- 23 Neuanfang
- 23 frei.
- 24 Vorläufig genehmigt
- 26 kollateralschädel
- 27 Fotoreihe: Rare Species

POLITIK & WIRTSCHAFT

Fortsetzung von Seite 1

ten zurzeit wieder steigen, werden die Richtungsentscheidungen unserer Generation auf relativ wenigen Schultern ruhen. Wir übernehmen den Staffelstab von einer geburtenstarken Generation, die und deren Kinder in der Nachkriegszeit und besonders nach 1968 viel bewegt hat.

Gesellschaftliche Gelingensbedingungen

Die großen globalpolitischen Fragen und ihre innenpolitischen Kondensate sind alte Fragen in neuem Gewand. Wie immer werden Gesellschaften Entscheidungsträger und Mehrheiten produzieren, die Weichenstellungen vornehmen. Allerdings sind die technischen und gesellschaftlichen Gelingensbedingungen andere. Ob Digitalisierung, Globalisierung und der Kapitalismus Katalysatoren für Scheitern oder Fortschritt sein werden, ist offen. Sicher ist: Wir dürfen sie nicht als gegeben voraussetzen und blind auf sie vertrauen.

Das 1990 von Francis Fukuyama proklamierte „Ende der Geschichte“ ist exemplarisch dafür, wie westliche Eliten dem Kapi-

talismus westlicher Prägung und mit ihm Globalisierung und technologischem Fortschritt (dessen im Westen seit einigen Jahren beliebtestes Kind ja die Digitalisierung ist), einen „Selbstverständlichkeitsanstrich“ verpasst und eine Unbedenklichkeitsurkunde verliehen haben. Das täuscht darüber hinweg, dass es sich bei ihnen allen um „work in progress“ handelt. Zwar sind es wirkmächtige Konzepte. Sie weisen aber Fehler auf und produzieren solche am laufenden Band. Wir müssen sie deswegen immer wieder hinterfragen und weiter verbessern. Mitnichten ist die Menschheit am „Ende der Geschichte“ angelangt.

Altbekannte Schattenseiten von Kapitalismus und Globalisierung

Unsere Generation ist nach 1990 aufgewachsen. Wir wurden und werden in einer westlichen Welt sozialisiert, die nichts anderes kennt als Kapitalismus und Globalisierung. Unsere Generation vermittelt auch den Eindruck, durch technische Hilfsmittel wie PCs und Handys mit dem Internet geradezu organisch verwachsen zu sein. In der Tat, glaube ich, laufen wir bei Fortschreibung der aktuellen Entwicklungen Gefahr, diese Phänomene als gegeben und alternativlos anzunehmen. Das birgt erhebliche Risiken.

Der Kapitalismus mit seinem unerreichbaren Ideal globaler offener Märkte, die durch regulatorische Zurückhaltung und vom freien Spiel von Angebot und Nachfrage geprägt sind, ist problematisch. Es drängt sich der Eindruck auf, dass seine Schwächen in

der öffentlichen und akademischen Debatte nicht präsent genug sind, nicht tiefgreifend genug diskutiert werden. Es fehlt das breite Bewusstsein, dass es sich um Probleme handelt, die gelöst werden müssen, aber auch können. Eurokrise, überhitzende Wohnungsmärkte, prekäre Arbeitsverhältnisse, Staatsverschuldung, wachsende Ungleichheit der Vermögen, Externalisierung von Kosten und Sozialisierung von Verlusten, Privatisierung von Nutzen und Gewinnen usw. sind die unübersehbaren, aber auch lang bekannten Symptome, die wir auch hierzulande wahrnehmen. Sie sind vielmehr als bloß notwendige Übel eines an sich gut funktionierenden und dauerhaft tragfähigen Systems. Cambridge-Ökonom Ha-Joon Chang hat dazu ein erhellendes, leicht zu lesendes, aber umso schwerer verdauliches Buch geschrieben („23 Things They Don't Tell You About Capitalism“). Schon historische Ökonomen wie Joseph A. Schumpeter haben prognostiziert, dass der Kapitalismus in seiner immer noch aktuellen Form nicht nachhaltig sein kann.

Die Globalisierung hat viele Schattenseiten mit zahlreichen Facetten. Zu diesen gehören ein „race to the bottom“ in der Produktion, nämlich bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Umweltschutzstandards. Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in den Kleiderfabriken Bangladeschs sind ein Beispiel dafür. Die Auswirkungen der weltweiten Drogennachfrage auf die innere Sicherheit und den sozialen Frieden in einigen lateinamerikanischen Staaten sind lange bekannt – und zynischer Weise Teil der westlichen Pop-Kultur („Narcos“ u.ä.). Die westliche Fischfangindustrie verlagerte schon vor Jahren die externen Kosten der Fischproduktion auf afrikanische Fischer – die dann zu Piraten wurden, um schließlich von den Marine-Flotten und Spezialeinheiten der dominierenden Handelsnati-

onen niedergekämpft zu werden. Erze und Erdöl werden an vielen Orten dieser Welt mit Blut, Entwicklungsstillstand und kaum bezifferbaren Schäden für die Umwelt erkaufte. Finanzmarkt-Spekulationen in New York City sorgen dafür, dass sich die Ärmsten überlebenswichtige Nahrungsmittel nicht mehr leisten können. Gigantische Plastikabfallansammlungen schwimmen im Ozean mit schwer abschätzbaren Folgen für Mensch und Umwelt.

Die globale Migration von Flüchtenden, aber auch Arbeits- und Perspektivsuchenden lässt das revolutionäre und demokratische Potential dort abfließen, wo es am meisten gebraucht wird. Zwar kann es bei guter Integrationspolitik – über Kapitaltransfer und Aufstiegschancen – die globale Gerechtigkeit voranbringen. Ohne eine vernünftige Einwanderungspolitik lässt Migration jedoch neue Paria entstehen, ein neues Proletariat, gar moderne Sklavenarbeit – Ausbeutungspotential für die Eliten und Projektionsfläche für Angst und Hass, aber auch Selbstüberhöhung und Ausrede für die etablierte Mehrheit. Ja, die weltweite Öffnung und Vernetzung der Märkte haben Weltproduktion und Weltnachfrage auf historische Höchststände gebracht. Ja, die Wettbewerbswirtschaft ist effizienter als die Planwirtschaft. Aber überall dort, wo eine weise Wirtschaftspolitik nicht umfassend regulierend wirkt, führt ein Wettbewerb mit ungleichen Startbedingungen (Vermögende vs. Vermögenlose, hochentwickelte Industrien vs. „infant industries“, junge Staaten vs. etablierte, Großkonzerne vs. Newcomer usw.) zu einer massiven globalen Umverteilung zwischen Reich und Arm, zwischen Mächtig und Machtlos: Die Gewinne fließen überproportional von „unten“ nach „oben“ (über Dividenden, Zinsen, Aktienanteile, aber auch Vorstands-, Managements- und Aufsichtsratsgehälter, Selbstbereicherung in Politik, Verwaltung,

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Oberschicht usw.). Bei den Kosten für Löhne, Renten, Gesundheitsversorgung und Bildung ist es andersherum.

Dystopische Facetten der Digitalisierung

Die Digitalisierung und begleitende Phänomene drohen uns in Zukunft zu entmündigen. Auch hier klaffen Versprechen und Wirklichkeit weit auseinander: Was als Selbstermächtigung verkauft wird, kann leicht zur Selbstaufgabe führen. Richtige Entscheidungen setzen in der Regel Reflexion voraus. Reflexion setzt Muße voraus, Innehalten. Für Muße und Innehalten müssen wir in der Lage sein, äußere Reize auszuschalten. Entscheidungsfreiheit muss objektiv existieren und subjektiv wahrgenommen werden. Reizfreiheit und das Bewusstsein eigener Entscheidungsfreiheit werden aber systematisch ausgeschaltet und ihre Entfaltungsräume zurückgedrängt durch ständig präsente technische Kommunikationsmittel und deren Gebrauch. Wir werden bombardiert mit Nachrichten, Tweets, werden „zugespamt“ mit E-Mails und Beiträgen im Gruppenchat. Gleichzeitig verlieren wir uns im Wald der Social Media, dem Rauschen der Informationen und verlieren jeglichen Überblick, wem wir welche Daten zur Verfügung stellen. Wir übernehmen neue Funktionalitäten kritiklos und verbringen mit alledem insgesamt zunehmend und viel Zeit.

Ein Ende der Entwicklungen ist nicht absehbar. Das liegt auch daran, dass die Profiteure – etwa die Stakeholder von Konzernen wie Apple, Google, Microsoft, Amazon usw. – kräftig am Hype verdienen. Hinzu kommen das natürliche „Groupietum“ der technikgeneigten westlichen Konsumgesellschaft, die natürliche menschliche Neigung zu „Tools“, die das Leben leichter machen – auch eine gewisse perverse Lust am Untergang: So prognostizierte Stephen Hawking wenige Monate vor seinem Tod das Ende der Erde. Tausende Freiwillige bewarben sich für das mittlerweile aufgeschobene „Mars One“-Projekt einer niederländischen Stiftung, um für ein Leben auf dem Mars zu trainieren. Wer für den Mars trainiert, hat die Erde schon aufgegeben. Der Atomkrieg und das Maß an Klimawandel, die unseren Planeten so unwirtlich zurücklassen, wie der Mars heute ist, sind dabei noch gar nicht erfunden.



Illustration: Philip Heider

Die Digitalisierung hat heute schon den Beigeschmack von Dystopie. Was passiert, wenn Millionen von Bürgern keine Arbeit mehr finden, weil Algorithmen und Künstliche Intelligenz diese verrichten? Was passiert, wenn autonome Fahrzeuge Straße und Luft beherrschen und Roboter-Polizisten und -Grenzschilder auf Menschen schießen? Wie lebt es sich, wenn Drohnen und mit Gesichtserkennungssoftware ausgestattete Kameras im öffentlichen Raum jeden unserer Schritte verfolgen? Was macht es mit unserer Gesellschaft, wenn Watsons und Siris Nachfolger das ärztliche oder anwaltliche Beratungsgespräch übernehmen? Wie wird uns eine solche „Brave New World“ bekommen?

Die Hoffnung ruht auf dem Nachwuchs

Technologischer Fortschritt ist kein Selbstzweck. Die Jugend, die heute studiert und zur Schule geht, muss sich ihre Selbstbestimmtheit und Mündigkeit bewahren. Sie muss lernen, sich von ihren digitalen „Gadgets“ zu befreien, wann immer es erforderlich ist. An den Schulen und Hochschulen müssen Kompetenzen im Umgang mit IT und neuen Medien vermittelt werden. Die Ausbildung muss Zeit lassen, um sich das für Umgang mit und kompetente Hinterfragen technischer Entwicklungen erforderliche Wissen und die Reife zu freiem Denken und Entscheiden zu erwerben. An den Hochschulen muss fach- und parteiübergreifend

debattiert werden. Geld sollte in die Erforschung alternativer Wirtschaftsmodelle fließen und die ethische und juristische Einhegung der aktuell praktizierten. Schon seit längerem werden Post-Wachstums-Modelle diskutiert. Aber wie sieht es aus mit neuen Modellen in der Mikroökonomik? Ist Arbeit wirklich nur Produktions- und Kostenfaktor? Können wir den Konsumenten als präferenzutilitaristischen Modellkern nicht ersetzen, etwa durch ein aristotelisches tätigkeitsbezogenes Nutzenverständnis, das den menschlichen Produzenten in den Mittelpunkt rückt? Sollte nicht der Arbeiter als Nachfrager talentgerechter Ausbildungs- und Arbeitsplätze den Fokus der Aufmerksamkeit erhalten? Wie frei und produktiv muss Finanzkapital wirklich sein? Wie lassen sich negative Externalitäten konsequent internalisieren? Wie viel und welches Wachstum ist optimal? Wie lässt sich Globalisierung fair und nachhaltig gestalten?

Die Jungen müssen sich vernetzen und gemeinsam jene Institutionen stärken, die in ihrer Summe Demokratie und Rechtsstaat ausmachen. Gerade diese werden in Umbruchzeiten von innen und von außen, von Demagogen und Zockern in Frage gestellt werden. Es ist eine effektive Politik erforderlich, die die Technikfolgen beherrscht, Märkte lenkt, wo wirtschaftlich und sozialpolitisch geboten, und Fliehkräfte innerhalb unserer Gesellschaften einfängt. Auch hierzu bedarf es reflektierten, fach- und parteiübergreifenden Nachwuchses.

Wenn der Sturm sich verstärkt, kann nur eine wache, mündige, offene und gebildete Jugend heute dafür sorgen, dass morgen das gesellschaftliche Schiff nicht kentert, die historische Fracht gut vertaut bleibt und die Flotte der Menschheit auf dem Strom der Geschichte weder aufgehalten noch zurückgeworfen wird.

.....
Marc Philip Greitens

Das Elend der Sozialdemokratie

Der doppelte Rechtsruck wird der Sozialdemokratie zum Verhängnis

Die drei zentrale wahlpolitische Entwicklungen kennzeichnen unsere Zeit. Erstens werden wir Zeugen eines rasanten Aufstiegs neuer rechtspopulistischer und national-konservativer Parteien, die vom zunehmenden Zorn der sogenannten einfachen Leute profitieren und ihn auf das politische Establishment, Fremde und den emanzipierten und kosmopolitischen Lebensstil der urbanen Mittelschicht lenken. Diese Entwicklung wurde zwar mit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 noch spürbar verstärkt, hat aber viel tiefergehende Ursachen und geht auch weit über die Frage der Migration hinaus. Zweitens kommt es immer häufiger zu dramatischen Verlusten der

Sozialdemokratie nahezu überall in Europa. Mancherorts wurden sozialdemokratische Parteien geradezu pulverisiert, wie z.B. in Griechenland, Frankreich und den Niederlanden. Die Niederlage von Hillary Clinton gegen einen nicht nur frauen- und fremdenfeindlichen, sondern auch offensichtlich für öffentliche Ämter völlig ungeeigneten Herausforderer zeigt, dass diese Entwicklung nicht auf Europa begrenzt ist. Clinton konnte zwar insgesamt deutlich mehr Stimmen auf sich vereinigen als Trump, hat aber in vielen klassisch demokratischen Wahlbezirken und im traditionellen Arbeitermilieu verloren. Insgesamt scheint die Sozialdemokratie immer weniger die natürliche Repräsentantin

von Arbeiter*innen, Angestellten und Globalisierungsverlierer*innen zu sein. Schließlich haben wir es drittens, wie Andreas Nölke in seinem Buch „Linkspopulär“ jüngst treffend beschrieben hat, mit einem neuen Ausmaß politischer Apathie eben dieser unteren sozialen Schichten zu tun, die gar keine Verbesserung ihrer Lage mehr erwarten und daher den Wahlen ganz fernbleiben oder Parteien unterstützen, von denen sie nichts erwarten außer einer Provokation der Etablierten. Diese dritte Entwicklung wird aufgrund der leicht steigenden Wahlbeteiligungen kaum wahrgenommen und diskutiert, ist aber mittel- und langfristig mindestens genauso problematisch für die demokratische Kultur und

die Aussicht auf progressive Mehrheiten wie die ersten beiden.

Der Rechtspopulismus drängt an die Stelle der Sozialdemokratie

Zusammen mit der Abnahme des gewerkschaftlichen Organisationsgrades führt diese wahlpolitische Apathie der Abgehängten dazu, dass das traditionelle sozialdemokratische Projekt der ausgleichenden Marktinterventionen zunehmend seine soziale Trägergruppe verliert. Für alle Befürworter*innen einer neoliberalen Agenda ist dies eine gute Nachricht. Überhaupt prosperiert der Neoliberalismus merkwürdig unbeeindruckt vom

Aufstieg neofaschistischer Politikmodelle und vom Verschwinden der Sozialdemokratie. Auf den ersten Blick ist dies verblüffend, konnte er sich doch stets auf die Sozialdemokratie stützen, die seine politischen Rezepte regelmäßig übernahm und ihnen durch die eigene Tradition und Rhetorik dabei noch einen gewissen Rückhalt bei den ersten Opfern ebendieser Politik sicherte. Diese Rolle scheint nun die autoritäre Rechte zu übernehmen, die zwar vorgibt, die Interessen einfacher Arbeiter (hier meist der Männer, da die Frauen sich schließlich um die Familie zu kümmern haben) zu vertreten, in Wirklichkeit aber die Politik der Entstaatlichung und (ökonomischen) Liberalisierung befürwortet. Die aus Reihen der kritischen Politischen Ökonomie schon länger beobachtete Tendenz eines autoritären Neoliberalismus bekommt auf diese Weise neuen Nachdruck. Insgesamt können wir vielerorts einen doppelten Rechtsruck beobachten: Einerseits kommt es zu einem anhaltenden ökonomischen Rechtsruck, der sozialpolitische Interventionen in das Marktgeschehen die Legitimität und zunehmend auch die materielle Grundlage entzieht. Andererseits sehen wir einen kulturellen Rechtsruck, der viele politische Errungenschaften der Gleichberechtigung und der Entdiskriminierung unterschiedlicher Lebensformen wieder in Frage stellt. Vor allem aber wird die Abneigung gegen alles Fremde kultiviert und eine Rückkehr zu Nation und Tradition propagiert. Beide Tendenzen sind fatal, erhalten aber immer mehr Zuspruch gerade aus den unteren sozialen Schichten, die überproportional stark unter der neoliberalen Globalisierung leiden und vermeintlich weniger von der Pluralisierung der Lebensstile profitieren.

Ist die Sozialdemokratie zu kosmopolitisch für ihre Klientel?

Wie hängen nun also das Elend der Sozialdemokratie und dieser doppelte Rechtsruck zusammen? Während Sozialdemokrat*innen oft am ökonomischen Rechtsruck selbst beteiligt waren oder sind, läuft der kulturelle Rechtsruck ihrer Programmatik in der Regel diametral entgegen, auch wenn sie manchmal versuchen, noch auf diesen Zug aufzuspringen (was sich etwa bei der Haltung der deutschen oder dänischen Sozialdemokratie in Sachen Asyl und Migration zeigt). Zahlreiche akademische Kommentatoren des Rechtspopulismus und gescheiterte Spitzengegner wie Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück verweisen auf eine zu kosmopolitische Ausrichtung der Sozialdemokratie, die eine kommunitaristische Repräsentationslücke entstehen lasse, in die die Neue Rechte nun stoße. Die kosmopolitische Position steht dabei für möglichst offene Grenzen und die Anerkennung unterschiedlicher Lebensstile, während Kommunitarist*innen die traditionellen Gemeinschaften in Staat und Familie vor Veränderungen durch Globalisierungsprozesse schützen wollen. Diese neue Konfliktlinie trennt das Wahlvolk in vermeintliche Globalisierungsgewinner*innen und Verlierer*innen. Die Sozialdemokratie, so die zunehmend mehrheitsfähige Analyse, stünde zu oft auf der Sonnenseite der Globalisierung und verliere dadurch ihre kommunitaristisch orientierte Stammklientel, die massenweisen zu den Rechtspopulist*innen überlaufe.

Einiges spricht für diese Diagnose, zumindest in Bezug auf den ökonomischen Aspekt der kosmopolitischen Agenda: Die sozialdemokratischen Regierungsjahre in vielen westlichen Ländern waren geprägt durch Liberalisierung des Handels, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Entfesselung der Finanzmärkte, massive Steuersenkungen und eine nahezu blinde EUphorie in Bezug auf Bin-

nenmarkt und Währungsunion. Dies übte zusätzlichen Druck auf den Sozialstaat aus, indem weite Teile Europas auf einen strengen Austeritätskurs verpflichtet wurden, unter dem bis heute vor allem die Schwächsten zu leiden haben. Diese Ausrichtung stellt den traditionellen Internationalismus der Arbeiterbewegung, in dessen Kontinuität sich viele kosmopolitische Genoss*innen wähnen, geradezu auf den Kopf, da sie sich in letzter Konsequenz meist gegen die Interessen der Arbeitenden richtet. Wie wichtig es für die politische Linke ist, die täglichen sozioökonomischen Verletzungen breiter Bevölkerungsschichten ernst zu nehmen, hat kürzlich Jan Korte überzeugend dargelegt. Dem Credo, niemals „auf die da unten herabzublicken“, ist uneingeschränkt zuzustimmen. Leider wird das in der aktuellen Debatte oft kaum beherzigt. Die oben beschriebene Politik verwandelte übrigens auch viele typisch kosmopolitische Milieus in Globalisierungsverlierer*innen, was die soziale Basis für eine progressive Politik potentiell erweitert und gleichzeitig die scharfe Trennung von kosmopolitisch und kommunitaristisch in Frage stellt.

Das vorherrschende Narrativ trägt nicht

Damit sind wir schon bei den Schwächen der angedeuteten Analyse angekommen: Insgesamt ist die politische Gemengelage viel zu komplex, um sie auf die einfache Dualität von kosmopolitisch versus kommunitaristisch herunterzubrechen, insbesondere wenn dabei ökonomische und kulturelle Positionen nicht differenziert werden. In der Diagnose, die Sozialdemokratie sei zu kosmopolitisch, schwingt oft (implizit oder explizit) auch die Annahme mit, sie sei bei der kulturellen Öffnung in Fragen von Gleichstellung und Diversity zu weit gegangen und übertreibe es mit der Solidarität mit Geflüchteten oder Minderheiten. Dies entbehrt aus meiner Sicht aber jeder Grundlage, da die Öffnung für diese Themen keinesfalls verantwortlich für ihren ökonomischen Rechtsruck ist. Ökonomische und kulturelle Themen sollten daher auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Klassische Umverteilungs- und Regulierungspolitiken stehen doch überhaupt nicht im Widerspruch zur Ehe für alle oder zu Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern. Die massiven Anti-Austeritätsproteste in verschiedenen Teilen Europas haben gezeigt, dass die Forderung nach einer Rückgewinnung nationaler Souveränität und Demokratie von ihrer Kaperung durch globale Eliten sehr wohl mit der Forderung nach kultureller Inklusivität in Einklang gebracht werden kann. Ich kann mir einfach auch nicht vorstellen, dass es keine homo-, inter- oder transsexuellen Arbeiter(-kinder) gibt, die sich sowohl politische Programme gegen soziale Ungerechtigkeit als auch die Anerkennung und Wertschätzung der eigenen Lebensführung wünschen. Das würde auch die kluge Debatte um Intersektionalität ad absurdum führen. Homosexualität ist eben keine Allüre gut situerter Mittel- und Oberschichten, auch wenn das Bild, das oft von ihr in den Massenmedien und einigen politischen Kreisen gezeichnet wird, genau das nahelegt. Die Wiederbelebung der Sozialdemokratie entscheidet sich eben nicht ausschließlich an der viel diskutierten Front der weißen, männlichen Arbeiter in ländlichen oder deindustrialisierten Regionen, denen immer schon automatisch Heterosexualität unterstellt wird. Und auch diese wären wohl eher durch eine ambitionierte Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzugewinnen als durch Rückschläge bei der Gleichberechtigung anderer. Nichts wird ihnen genommen durch die Anerkennung

anderer Lebensmodelle. Die Forderung nach einer Abkehr von kulturell-kosmopolitischen Positionen würde im Kern bedeuten, dass die Sozialdemokratie nach ihrem ökonomischen Rechtsruck nun auch gesellschaftlich nach rechts rückt. Dadurch besiegt man nicht die Neue Rechte, sondern setzt ihr Programm um!

Erfolgsrezept: Kulturell kosmopolitisch & ökonomisch kommunitaristisch

Ein weiterer Einwand gegen die Analyse, die Sozialdemokratie verliere an Zuspruch, weil sie kulturell zu kosmopolitisch orientiert sei, findet sich wenn man auf die (Achtungs-) Erfolge von Alexis Tsipras, Jeremy Corbyn und Bernie Sanders schaut, die allesamt mit kulturell kosmopolitischen und ökonomisch eher kommunitaristischen Programmen angetreten sind. Während sich aber Corbyn mehrfach erfolgreich gegen Attacken der neoliberalen Funktionärsschicht von New Labour erwehren konnte, gelang dies Sanders leider nicht. Im Ergebnis konnte der Rechtspopulismus in Person von Donald Trump nun die vermutlich mächtigste Regierung des Westens übernehmen. Schon einige Jahre vor der Wahl Trumps wurde Tsipras mit tatkräftiger Unterstützung von Martin Schulz in die Schranken alternativer Austeritätspolitik verwiesen – ein Förderprogramm für Verarmung, politische Apathie und den neuen griechischen Faschismus. Eben dieser Martin Schulz hätte vielleicht etwas weniger mit Emmanuel Macron telefonieren sollen als mit den französischen Sozialist*innen und den Gewerkschaften, deren Macht Macron brechen möchte. Die diskursive Eingemeindung von Macron durch Gabriel, Schulz und Scholz ist wohl einer der größten SPD-Fehleinschätzungen der jüngeren Zeit, und davon gibt es ja so einige. Außerdem kommt die Besetzung des Finanzministeriums mit einem weiteren Jünger der schwarzen Null einer Verweigerung politischer Gestaltung gleich, mit der sich wohl weder die Probleme der Gesellschaft, noch der Sozialdemokratie lösen dürften. Über diese Themen lohnt es sich meiner Meinung nach mehr nachzudenken als über den vermeintlich überzogenen Kosmopolitismus.

Besteht Hoffnung auf Wandel in der SPD?

Nun hat die SPD seit kurzem mit Andrea Nahles erstmals eine Chefin. Damit scheint sich auf den ersten Blick zumindest die Forderung nach einer weiblichen Zukunft der Sozialdemokratie zu erfüllen, die auch in den eigenen Reihen stark gemacht wird. Aber Nahles ist zugleich auch Vertreterin des Parteiestablishments. Die kontroversen Auseinandersetzungen um den erneuten Eintritt in eine sogenannte große Koalition und die Tatsache, dass eine völlig unbekannte und bundespolitisch unerfahrene Gegenkandidatin für den Parteivorsitz fast halb so viele Stimmen erhalten konnte wie Nahles, lässt aber einen gewissen Optimismus aufkeimen. Die SPD sollte sich, wie von New Labour vorgemacht, angstfrei auf den Weg einer demokratischen Erneuerung begeben und dabei die sozialen Nöte und Ängste der Menschen in den Mittelpunkt stellen, anstatt sich andauernd darüber zu beklagen, von den Wähler*innen ungerecht behandelt zu werden (man könnte nämlich auch sagen, dass 20% angesichts der Performance der letzten 15 Jahre gar kein so schlechtes Ergebnis sind). Sie muss ein Programm entwickeln, das sich ökonomisch (aber eben nicht zwangsläufig auch kulturell) von dem der Grünen und der FDP unterscheidet und ihren eigenen Rechtsruck umkehrt. Auch wenn man der SPD –

aus guten Gründen und aus der Erfahrung der letzten Jahre – misstraut: ohne sie wird der doppelte Rechtsruck kaum erfolgreich zu bekämpfen sein.

Wie eine inhaltliche Erneuerung aussehen könnte

Sechs Themenfelder scheinen mir für eine inhaltliche Erneuerung besonders wichtig und aussichtsreich. Sie müssen innerhalb der Koalition, aber vor allem auch in Abgrenzung zu den bürgerlichen Parteien (das schließt leider in vielen Fragen die Grünen mit ein) vorangetrieben werden. Europa gehört dazu, sollte aber entgegen der bisherigen Strategie nicht zum Hauptanliegen gemacht werden, da viele derjenigen, die der SPD ihren Rücken gekehrt haben, auch von der EU wie wir sie kennen (zu Recht) die Nase voll haben. Erstens sollte sich eine sozialdemokratische Politik, die diesen Namen verdient, ernsthaft um Wohnen als neue soziale Frage kümmern. Die Mieten steigen seit einiger Zeit exorbitant, während der soziale Wohnungsbau eine kümmerliche Existenz fristet. Dagegen braucht es mutige Reformvorschläge im Miet- und Baurecht, eine kluge Liegenschaftspolitik und einen handlungsfähigen Staat. Zweitens braucht es eine mutige Agenda der Umverteilung von Vermögen. Allen wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen zum Trotz steigt die Ungleichheit schließlich immer weiter. Damit zusammenhängend sollte sich die SPD eine wirksame Re-Regulierung der Finanzmärkte auf die Fahnen schreiben, deren transformative Kraft gar nicht überschätzt werden kann. Eine nachhaltige Entschuldung von Kommunen zur Wiederherstellung ihrer Handlungsfähigkeit und gute Arbeitsbedingungen wären weitere Meilensteine einer sozialdemokratischen Agenda gegen den Rechtsruck. Bleibt noch Europa. Hier bedarf es tatsächlich eines Umdenkens. More of the same ist einfach kein erfolgsversprechendes Rezept. Die Harmonisierung von Politikbereichen war viel zu oft reiner Selbstzweck und hat den demokratischen und sozialpolitischen Handlungsspielraum eingeschränkt und nicht erweitert. Man kann aber auch (ganz kosmopolitisch) für Europa und gleichzeitig (kommunitaristisch) gegen das gegenwärtige Binnenmarktprimat der EU sein. Eine solche inhaltliche Erneuerung ist von der neuen (alten) SPD-Führungsrige wohl kaum zu erwarten. Aber auch die wird irgendwann neu gewählt – und bei der SPD kommt das oft schneller als gedacht.

.....
Sebastian Möller

- Doktorand an der Universität Bremen -

Auszüge des Artikels sind bereits auf www.sozioipolis.de erschienen.

Europe is Dead, Long Live the King

The End of the Bi-Polar Party-System and It's Impact on the European Body Politic

For last year's words belong to last year's language | And next year's words await another voice ... | What we call the beginning is often the end | And to make an end is to make a beginning.
- T.S. Eliot (1942) "Little Gidding"

Post-war European politics was dominated by a bipolar party system. In most of the continent's capitals, power alternated smoothly between two moderate parties with mass memberships. Each election was fought by *Volksparteien* or "big-tent" convening forces – one from the left, the other from the right.

Each had deep roots in a large section of society which it had represented over decades or even centuries. Each had umbilical connections to movements and communities from which it drew its ideological and organisational lifeblood – for the socialists and social democrats, the trade unions and urban working-class; for the conservatives and Christian democrats, the Church-going faithful and entrepreneurial middle-class. Politics was the preserve of behemoths, with only small constellations of minor parties. | This stable, bipolar party system was a central pillar of the European Union. The integration project was built on the foundation of these parties and occupied a consensual sweet-spot in the left-right Venn diagram. But since the late 1980s, as inequality increased, and the Cold War disappeared, this bipolar stability has slowly eroded. Since the Great Recession of 2008, this great unravelling of Europe's party system has accelerated exponentially. The memberships, especially on the right, and the vote shares, especially on the left, have collapsed. Now, eight years on, we pick through the rubble. | This party system of old – indeed, the Europe of old – is dead. Across the continent national party systems are chaotically fragmented in multiple directions. Parties are born, rise and fall with lightning speed. Once-dominant parties are reduced to minor bit players, mere husks of their former glory. They speak "last year's language", as T.S. Eliot would have said, and are discarded by voters. Europe's stable, bipolar and pro-European party system has been replaced by an unstable, fragmented and hyper-personalised system of anti-establishment populists and demagogues who are undermining European democracy.

Last year's Dutch elections resulted in an unprecedentedly messy parliament of 13 parties. After a record 225 days of negotiation, Mark Rutte reached a deal to lead a strained government of four disparate parties. No party could muster even a quarter of the vote. The Labour Party, once the dominant left pole in the Netherlands' political universe, fell to less than 6%.

In Germany, the SPD achieved its worst electoral result in 2017 since 1933. The CDU, despite finishing first, were severely weakened and registered victory only by default. For the first time since the Nazi era, the far-right is in the Bundestag. 2018's Hungarian elections gave the authoritarian Viktor Orban another mandate to continue his persecution of minor-

ities and his destruction of freedoms, as in Jarosław Kaczyński's Poland, but only thanks to a rigged electoral system and a terminally divided, weak and Pythonesque opposition. The satirical Hungarian Two-Tailed Dog Party won nearly 100,000 votes.

The most popular party in Spanish politics is now *Ciudadanos*, the embryonic centre-right party formed barely 12 years ago. Its young, photogenic leaders are posing an existential threat to the established Popular Party of Mariano Rajoy.

In Austria, the far-right under Heinz-Christian Strache returned to power after the decline of the Socialists. They are in coalition with the Christian democrats, completely re-branded as the private organisation of (their) *Wunderwuzzi*, Sebastian Kurz. What was once the Austrian People's Party appeared on ballot papers last October as: "The Sebastian Kurz List – The New People's Party".

In the UK, despite failing to enter parliament, the chain-smoking, heavy-drinking Nigel Farage and his one-man-band, the UK Independence Party, mobilised reactionary English nationalism against elite opinion to win a referendum and force its departure from the EU.



Foto: www.kremlin.ru

In Italy, the historic poster child for crazy politics and divided parliaments, remains without a government after an election which, even by Italian standards, was mad. The clear winners were both virulently Eurosceptic: the Northern League, a far-right, nationalist coalition that has only been a truly national force for a matter of years; and the Five Star Movement, an eclectic, ragtag anti-establishment party yet to reach its tenth birthday. Silvio Berlusconi is back, too, for the last of his nine political lives.

In France, the Socialists have been almost wiped off the political map. In the presidential election in which Emmanuel Macron triumphed, having upended the established two-party system, he abandoned the party of Mitterrand and Hollande whose candidate secured an embarrassing 6% in the first round. *Les Républicains*, the main conservative party, could not even make it into the run-off either, losing out in the race for second to the far-right *Front National*. Third place was taken by a former Socialist who ran "outside the frame of political parties". Jean-Luc Mélen-

chon was, like Macron, essentially, his own candidate and party.

According to Professor Pascal Perrineau of Sciences Po: "We didn't measure the extent to which voters were fed up; just how much they longed for a new kind of politics. It was a total rejection of the classical political class." It was not simply a vote against the status quo, but a complete rejection of existing political parties. The result was not simply anti-establishment, but anti-party and anti-system – against democratic parties and the democratic system.

Macron left the doomed Socialists and established *La République En Marche!* in his own image and likeness. In a matter of months, it had carried him to the Élysée Palace. "Macron won a top-down victory", Perrineau notes. In an age of ubiquitous, omniscient social and digital media, who needs a political party? In an era of universal alienation from the traditional societal structures of labour, religion and activism – the layers of collectivism which were once the essential glue of democratic politics – who can build a movement? Electoral victory requires only a colossal ego and a tiny smartphone. Governing is much simpler when: *l'état, c'est moi*.

They are their leaders. They have no meaningful infrastructure or factions. There is little, if any, debate. Power is ordered, and orders are dispersed, vertically. Loyalty is based on personality, neither shared ideology nor group solidarity.

In the face of global instability and disruptive socio-economic change, voters seem no longer interested in the complications of parties or the clutter of institutions. Ergo, politicians seem no longer interested in the difficulties of coalition-building or the constraints of checks and balances. Voters want to elect "strong" leaders who "get things done" and "tell it like it is". Politicians are obsessed with "efficiency", "pragmatism" and "speed".

There is surely something quasi-fascistic in the response to the re-emergence of the authoritarian, far-right populism; in the yearning of supposed liberals and centrists for a strongman to save them from the strongmen. In response to Strache, there is Kurz; in response to Le Pen, there is Macron.

It is difficult to explain Macron's impregnable self-assurance and messianic self-image as the self-styled "Jupiterian" president, the monarchical ruler of French politics reclining atop Mount Olympus, without reference to kingship or, even, the *Führerprinzip*. Does anyone think that Macron does not believe, like Donald Trump told the Republican National Convention, that "I alone can fix it"? Or that he would tell France, even Europe, as Trump told America, that "I am your voice"?

The European body politic has lost its party system, and the European people, as a result, have become radicalised or infantilised. They now either long for a demagogue to destroy the system – or pine for the warm embrace of a protector. Once governed by democratic, people's parties, we are now ruled by elected kings.

H.G. Wells wrote in 1940, amid the gruesome chaos of a war caused by fascist megalomania and popular infantilism, that "grown men" – that is, grown adults – "do not need leaders".¹ Europeans, once again, as Wells feared, have been reduced to children. The danger today is not of war, but the death of our plural, party-based liberal democracies and of the European Union.

Is this only "the beginning" of a new democratic dark age – or "the end" of Europe's dangerous flirtation with strongmen? The peoples of Europe hold the answer – "next year's words await another voice". Whose shall it be?

.....
David Kelly

- Alumnus of the University of Edinburgh -

Kontinuität statt Neuanfang

China beschließt die unbegrenzte Herrschaft von Xi Jinping.

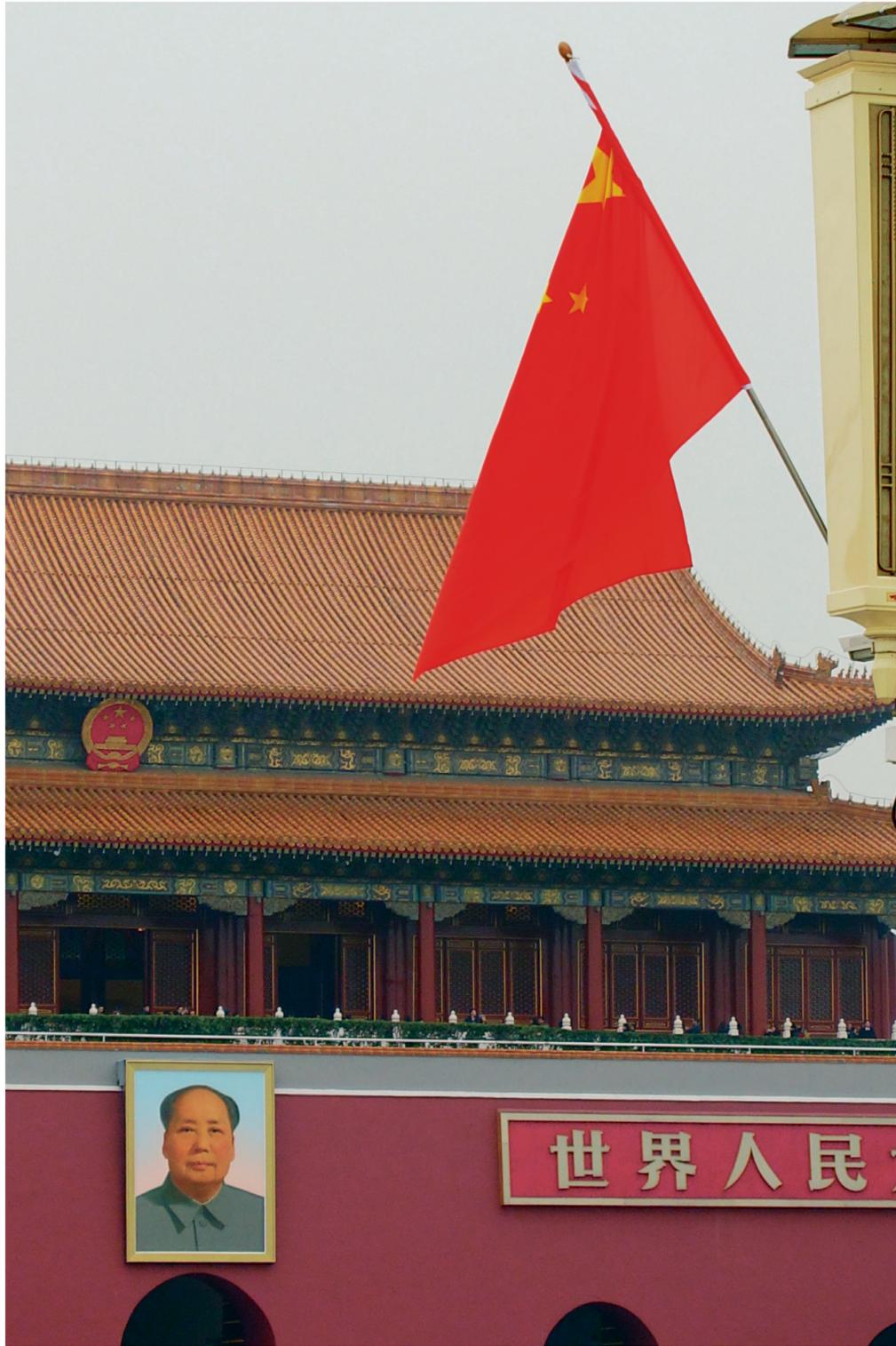


Foto: Anna Seifert

2958 Stimmen dafür, 3 Enthaltungen und 2 Stimmen dagegen standen am Ende auf dem blauen Monitor der großen Halle des Volkes in Peking. Kein ungewöhnliches Ergebnis im Volkskongress, dem Scheinparlament der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), welches den Entscheidungen der Partieliten den Anschein eines demokratischen Prozesses gibt, in dem aber noch nie ein Gesetz seit der Staatsgründung 1949 abgelehnt wurde. 2958 Stimmen dafür, dass Staatspräsident und Parteichef Xi regieren kann, solange er möchte, und nicht wie seine Vorgänger nach zwei Amtszeiten abtreten muss. Kein ungewöhnliches Abstimmungsergebnis also, aber zweifellos ein einschneidender Tag für die politische Zukunft Chinas.

Nach den Erfahrungen der Mao-Dynastie mit Millionen Hungertoten im „Großen Sprung nach vorn“ und dem Chaos der Kulturrevolution war die Beschränkung auf zwei Amtszeiten als Schutzmaßnahme eingeführt worden. So sollte vermieden

werden, in ähnlicher Weise erneut 1,3 Milliarden Menschen von den Entscheidungen einer einzelnen Person abhängig zu machen. Für „Xi Dada“ („Onkel Xi“), wie er im Volksmund genannt wird, wurde diese Regel nun außer Kraft gesetzt. Neben der unbeschränkten Amtszeit wurden dabei auch Xis Ideen vom Sozialismus chinesischer Prägung in die Verfassung mitaufgenommen. Auch dies war vorher nur Staatsgründer Mao Zedong vorbehalten.

Die Entscheidung für die Machtausweitung ist Teil der Herrschaftsausrichtung der KPCh allein auf Präsident Xi. Mit seiner Anti-Korruptionskampagne konnte der „Paramount Leader“ viele Sympathiepunkte in der Bevölkerung sammeln. Zusammen mit einem Personenkult, den die Medien um ihn entwickeln, und dem Beschwören eines ausgeprägten chinesischen Nationalismus konnte Xi die volle Machtkonzentration auf seine Person durchsetzen. Volle Kontrolle strebt Xi nicht nur über seine Partei, sondern auch über die chinesische Bevölkerung an.

Die Aufnahme von Xis Theorien in die Verfassung bedeutet, dass Kritik an seiner Person als verfassungsfeindlich gilt und mit harten Strafen geahndet wird. Weitere Repressionen gegen die Bevölkerung sind schon seit längerem im Gange. Zum Jahresbeginn trat ein Gesetz in Kraft, das die Benutzung von „Virtual Private Networks“, sogenannten „VPNs“, einschränkt. Diese werden gebraucht, um die chinesische Internet-Firewall zu umgehen und ausländische Seiten wie Facebook, Twitter oder die chinesisch-sprachige New York Times aufzurufen, die in China gesperrt sind. Außerdem läuft die Einrichtung eines „Social Credit Systems“ in Testzonen bereits an und soll bis 2020 im ganzen Land eingesetzt werden. Jeder chinesische Bürger wird dafür mit einem Punktesystem bewertet und sein Verhalten im öffentlichen Leben, etwa Verkehrsdelikte, aber auch private Daten wie Gesundheitswerte oder die politische Einstellung beurteilt. Aus den Indikatoren wird ein Wert ermittelt, der dann „Prozente“ beim Einkaufen, Vorteile bei der Jobsuche bringt, oder, im Gegenteil, bei negativer Wertung bedeutet, dass Kredite, Auslandsreisen oder der Zugang zu guten Schulen für die Kinder einschränkt werden. Technische Neuerungen treffen hier auf absolute Kontrolle. Die Herrschaft der Kommunistischen Partei wird ausgeweitet und durchdringt alle Lebensbereiche der chinesischen Bevölkerung.

So berichtet die ARD-Korrespondentin in Peking, Sascha Storfner, über die Angst vieler Chinesen, „etwas Falsches zu sagen und dafür schwer bestraft zu werden“. Kritik am Gesetzesentwurf der Partei tauchte nur vereinzelt unter einigen der „Netizens“ auf. Die Internetpolizei war aber sofort zur Stelle, Begriffe wie „fandui“, „ich bin dagegen“, wurden sofort gesperrt. Auch die „#Notmy-president“-Poster von kritischen Austauschstudierenden an US-amerikanischen und australischen Universitäten wurden schnell von linientreuen Kommilitonen entfernt.

Trotz Zensur und Kontrolle wissen Xi und seine Partei große Teile der Bevölkerung hinter sich. Der massive ökonomische Aufstieg Chinas hat der Partei eine enorme Legitimitätsgrundlage gegeben. Große Teile der Mittelschicht sind dankbar dafür, dass sie vom Boom profitieren konnten und heute in einer vollkommen anderen Welt als der ihrer Großeltern aufwachsen

können. Demokratische Teilhabe steht nur bei wenigen auf der Prioritätenliste. Die Mehrheit fühlt sich von der Kommunistischen Partei vertreten und ist stolz auf die Errungenschaften der letzten 30 Jahre. Auch in der jüngeren Generation sind die Zustimmungsraten hoch. So sagt etwa Ren Qing, Wirtschaftsstudent an der renommierten Nanjing-Universität, dass „es heute mehr Freiheit in China gibt als je zuvor.“ Eine Studie der Stanford University unter chinesischen Studierenden von 2018 hat gezeigt, dass es der KPCh gelungen ist, eine Umgebung zu schaffen, in der die Bevölkerung gar nicht auf die Idee kommt, dass ihr etwas vorenthalten wird. Keine 5% der Probanden, denen ein kostenloser VPN zur Verfügung gestellt wurde, nutzten ihn, um auf den gesperrten westlichen Internetangeboten zu surfen.

Um die Gefolgschaft auch in Zeiten langsameren Wirtschaftswachstums zu erhalten, dreht die Partei zudem fleißig das Rad des Nationalismus. Die Staatsmedien verbreiten das Narrativ von China als wiederaufstehender Großmacht. Nationale Interessen werden auf internationaler Ebene inbrünstig vertreten. So werden auch Feindseligkeiten gegen die Nachbarstaaten je nach Bedarf angeheizt. Als Südkorea 2016 etwa ein Raketenabwehrsystem mit Hilfe der USA installierte, wurde die koreanische Supermarktkette „Lotte“ des Landes verwiesen, anti-koreanische Ressentiments in der Bevölkerung wurden durch staatliche Kommentatoren angeheizt.

Akademische Debatten über den Zusammenbruch des politischen Systems in China, die etwa der renommierte Politikwissenschaftler und ehemalige außenpolitische Berater der USA David Shambaugh 2015 in seinem Artikel „The Coming Chinese Crackup“ im Wall Street Journal entfacht hatte, sind heute weitgehend verstummt. Xi Jinping sitzt fest im Sattel. Das zeigen nicht nur die 2958 Stimmen im chinesischen Volkskongress, die für die Verlängerung seiner Amtszeit gestimmt haben.

.....
Mario Loozt

- Humboldt-Universität zu Berlin -

Break of Dawn in Southern Africa: What's next for Zimbabwe after the resignation of Robert Mugabe?

Zimbabwe In Transition?

*“Under a dictatorship, a nation ceases to exist.
All that remains is a fiefdom, a planet of slaves
regimented by aliens from outer space.”*

– Wole Soyinka

There once was a country ruled by a defiant and eloquent native, who dared to challenge the global political hierarchy. Hailed by many as a visionary pan-African, reviled by others as a murderous despot. The old ruler is now removed. The country and its people face the task of redefining a nation without the Commander in Chief.

On 21st November 2017, speaker of parliament Jacob Mudenda read to the world the words which for 37 years seemed an impossibility: ‘I, Robert Gabriel Mugabe ... hereby formally tender my resignation as the President of the Republic of Zimbabwe with immediate effect.’ As if emerging from a dream, following the “soft” coup, Zimbabweans are still coming to terms with life without the overbearing figure of Robert Mugabe. In this state of uncertainty, the legacy of repressive leadership and resistance to change in governance remains firmly entrenched.

There can be no positive foreseeable future for Zimbabwe without removing the stifling repression at the core of how the state operates.

Perhaps the greatest irony, and hypocrisy, of Zimbabwe's political journey from its independence in 1980, is the vehement rejection yet maintenance of oppressive colonial structures. The revolutionary Pan-African governing party - the Zimbabwe African National Union Patriotic Front (ZANU PF) - has systemically used the machinery left by the white-minority led government of Rhodesia to consolidate power over the country. There is little separation between party and state. Take for example legislation such as the infamous *Access to Information and Public Order and Security Act* (AIPPA), and the *Public Order and Security Act* (POSA), whose broad wording and oversight restrict basic human rights such as freedom of speech and freedom of political association.

Paradoxically, former Vice President now President Emmerson Mnangagwa has re-entered the political domain with a marked intention of distancing himself from Robert Mugabe's legacy – a difficult task to achieve given that Mnangagwa was one of Mugabe's

key allies throughout his 4-decade long rule. The obvious question is how can a man whose entire political career has been marked with repression turn into a reformist almost overnight? Many point towards Mnangagwa's economics as a sign of good will. The reasoning being: if he wants to boost the Zimbabwean economy, particularly the removal of the infamous “Western imperial economic sanctions” (as ZANU PF have denounced colourfully), Mnangagwa must make concessions that promote and implement democratic principles. Much noise has been made about securing a more prosperous future for the country, encouraging reintegration into the international community, and neo-liberal fiscal policies such as attracting foreign direct investment. “Zimbabwe is open for business” is the new mantra taken all over the world from Johannesburg to Davos. However, old habits die hard. The military intervention which ousted Mugabe from power further eroded the already precarious adherence to democratic principles and constitutionalism. Former military commanders Constantino Chiwenga, Sibusiso Moyo and Perence Shiri have been deployed to key cabinet positions as Vice President, Minister of Foreign Affairs, and Minister of Agriculture respectively. There are simple steps the so-called new dispensation could have taken to show good faith and willingness to sever themselves from the old style of leadership; repealing POSA and AIPPA, and freeing up the media space to allow opposition parties to campaign on state media, but has not.

As Zimbabweans know all too well, ZANU PF will not initiate democratic reforms which in essence will allow for the party to be removed from power.

With these developments one has to ask if life has changed for the average Zimbabwean. The answer is, little has changed. The country has still no currency of its own, unemployment is estimated at around 80%, the cash liquidity crisis is crippling what little industry and commerce was left, and the cost of living continues to rise. Casting a shadow on the nation are many unaddressed horrors, such as the Gukuruhundi Massacres in Matebeleland during the 1980s, in which the *Catholic*

Church Commission for Justice and Peace in Zimbabwe estimates as many as 8,000 people were killed. President Emmerson Mnangagwa has been implicated as having played an instrumental role in these killings as the Minister of State Security at the time. Forced disappearances of prominent activists like Itai Dzamara are still unsolved.

As Wole Soyinka accurately pointed out, one of the major tragedies of a dictatorship is it strips people of their imagination. Democracy is a burgeoning process, particularly in a country where *Realpolitik* has been the order of the day for 37 years. Zimbabweans are still finding their voices after living in a country where speaking out often cost people their liberty or their lives. Social media platforms such as Twitter, Facebook, podcasts, and microblogging sites have become essential tools for decentralising political discourse. The attraction for young Zimbabweans is the free flow of information which has been heavily restricted in traditional media outlets.

Many are looking towards the upcoming general and presidential elections to determine whether Zimbabwe genuinely emerges from this dark period. Although the date of the elections has yet to be announced, according to the electoral laws laid out in Part 8 of the Zimbabwean Constitution, general elections must be held by 21st July of this year. True to form the new leadership has made verbal proclamations guaranteeing free and fair elections. As one interrogates the political landscape the benchmark for legitimate elections must be higher than simply less instances of politically motivated violence and intimidation as compared to the Mugabe era. The independence of the Zimbabwe Electoral Commission (ZEC) has been called into question, as has the impartiality new biometric voter registration process. The ZEC estimates over 5 million people have registered, showing there is a renewed vigour and enthusiasm amongst the voting population to engage.

What are the options for voters in the upcoming elections? As reviled as the ruling party has become the alternatives arguably do not inspire confidence that they are capable of bringing Zimbabwe into a new era.

The famous cry “Mugabe Must Go!” which opposition politics so long relied on is no longer relevant. The death of opposition politician Morgan Tsvangirai in February has shone light on the disarray in the Movement for Democratic Change Party (MDC). The MDC's new leader Nelson Chamisa, the 40-year-old former Vice President of the party and Minister of Information Communications and Telecommunications from 2008 – 2013, is seen by many, especially the youth, as a charismatic maverick with the capacity to take on ZANU PF with renewed vigour. Chamisa has quickly consolidated power within the MDC, whilst being affirmed as the presidential candidate. He swiftly hit the road on the political campaign locally with a series of highly energised rallies, and abroad in the United Kingdom engaging with British Foreign Secretary Boris Johnson, speaking at Chatham House and braving scrutiny on BBC Hardtalk. Many citizens believe a coalition of opposition parties is needed to take on the behemoth that is ZANU PF. Unfortunately, even the opposition space has become restrictive – intimidation, tribalism and sexism have reared their ugly heads. As a result, a robust coalition has proven elusive: aspiring young political candidates like the #ThisFlag creator Pastor Evan Mawarire have opted to run as independent candidates under the People's Own Voice (POVO) Zimbabwe coalition.

The outcome of the election is as unpredictable as the events of last November's coup. One has to watch and as naïve as it may be, to dare to hope for a better future for the young country.

.....
Tonderai Mudambo

- Alumna of University of Edinburgh -

More inside-stories and photos from Harare, Zimbabwe, can be found on Tonderai's Blog: www.theyoungafricanblog.wordpress.com

Neue Ära für den Welthandel?

Wie Donald Trump den Handelskrieg als geökonomisches Mittel für den Machterhalt der USA nutzt

„Trade wars are good, and easy to win.“ – so lautete die simple Antwort des US-amerikanischen Präsidenten auf die Kritik an seiner Handelspolitik. Für Trump war schließlich schon immer offensichtlich, was ihm sein Wirtschaftsministerium im Februar bestätigte: die hohen Importe von Stahl und Aluminium würden die nationale Sicherheit der USA bedrohen. Trumps Gegenmittel: Zölle. Trotz mehrfacher Warnungen auch aus den eigenen Reihen haben Trump und sein Team einseitig hohe Zölle auf Stahl, Aluminium und zahlreiche weitere Produkte erlassen. Erklärtes Ziel ist der Schutz der nationalen Sicherheit. Viele Beobachter sehen dies kritisch. Sie argumentieren, dass ein solches Vorgehen eine Abkehr von der internationalen liberalen Weltordnung bedeute und betrachten Zölle sogar als Gefahr für die US-Sicherheit. Andere meinen, dass Zölle nicht ausreichend seien, um die nationalen Sicherheitsinteressen zu befördern. Die Deutungsansätze sind zahlreich, insbesondere da Trump sich selbst mit elaborierten Erklärungen zurückhält. Wie also ist der Zusammenhang zwischen Trumps Handelspolitik und den nationalen Interessen der USA? Und in welcher Beziehung steht sie zur Politik seiner Vorgänger?

Die Geoökonomie als Analyseansatz

Als analytisches Konzept erfasst die „Wirtschaftsstaatskunst“ (economic statecraft) oder Geoökonomie den Zusammenhang von Handels- und Sicherheitspolitik. Geoökonomie ist definiert als eine Politik, die ökonomische Instrumente nutzt, um außenpolitische Ziele zu erreichen. Sie erlaubt es einem Staat, seine geopolitischen Ziele mit ökonomischen Mitteln zu verfolgen, indem er seine ökonomischen Aktivitäten für seine umfassenderen, allgemeinen Ansprüche gegenüber anderen fruchtbar macht. Die Geoökonomie ist eine beliebte außenpolitische Strategie, nicht zuletzt, weil sie in der Regel effektiver als Diplomatie und kostengünstiger als Krieg ist.

Je nach geopolitischem Interesse können die unterschiedlichsten ökonomischen Instrumente zum Einsatz kommen. Bekannt ist vor allem der Einsatz negativer Anreize wie beispielsweise Embargos, Sanktionen und Zölle. In Betracht kommen jedoch auch seltener diskutierte, positive Anreize. Sie umfassen unter anderem Hilfszahlungen und die Öffnung nationaler Märkte durch internationale Handelsabkommen. Welche ökonomischen Instrumente zum Einsatz kommen, ist durch die nationalen Interessen bedingt.

Die Strategie der USA in der Vergangenheit

In den USA war die Geoökonomie, neben Diplomatie und Krieg, schon immer eine wichtige außenpolitische Strategie. Auch Trumps „Handelskrieg“ nutzt die internationale Handelspolitik als geökonomisches Mittel. Er reiht sich damit in die Tradition vorheriger US-Regierungen ein. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs etablierten die USA eine internationale liberale Ordnung, zu deren Grundpfeilern neben rechtsstaatlichen Prinzipien

auch der freie internationale Handel gehörte. Die Öffnung nationaler Märkte ohne Diskriminierung ausländischer Produkte wurde unter der faktischen US-Schirmherrschaft zunächst mittels des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und später durch die Welthandelsorganisation (WTO) realisiert. Beide dienten als Instrumente für geökonomische Ziele der USA, indem sie eine möglichst breite Ausweitung des Freihandels sicherstellten und ihn den rechtsstaatlichen Prinzipien und den Regeln von GATT bzw. WTO unterordneten. Diese Öffnung und Absicherung des Weltmarkts wiederum waren für die USA als stärkste ökonomische Macht die Grundlage für weiteren ökonomischen Erfolg.

Die multilaterale Struktur von GATT/WTO hat beinahe alle Staaten unter einem Regelwerk vereint. Dieses öffnete Märkte, schreibt die Nichtdiskriminierung ausländischer Produkte vor und generierte so einen weltweiten Markt. Grundgedanke ist dabei stets die Prosperität aller beteiligten Staaten gewesen. Der wirtschaftliche Aufschwung im Ausland wurde mehr als Voraussetzung denn als Hemmnis für den ökonomischen Fortschritt im Inland angesehen. Dieser Status-quo des internationalen liberalen Systems galt als win-win-Situation für alle, wenngleich immer deutlich zu erkennen war, dass sich die Gewinne zu unterschiedlichen Anteilen verteilen: Je besser ausgestattet ein Staat in den Weltmarkt einsteigt, desto größer wird der Vorteil sein, den seine Wirtschaft daraus zieht. Für die Ökonomie der USA war diese multilaterale Ordnung ein überaus geeignetes Mittel zur Sicherung der eigenen Interessen. Sie ging aber auch mit dem Erfolg anderer Staaten einher.

Kontinuität vom Multi- zum Unilateralismus

Die USA haben jedoch schon immer gegen multilaterale Verpflichtungen verstoßen, wenn es ihnen zur Sicherung nationaler Interessen notwendig schien. Die Verstöße waren aber in der Regel auf konkrete Interessenslagen und temporäre Maßnahmen beschränkt. Ein Beispiel ist Reagans Zollpolitik gegenüber Japan. Aus der US-Außenhandelspolitik der letzten 30 Jahre ergibt sich jedoch ein neues Bild: An den zahlreichen sog. „präferenziellen“ Freihandelsabkommen der USA wird deutlich, dass die USA immer öfter vom multilateralen System abgerückt sind. Auslöser dieses Trends war die relative Abnahme der hegemonialen Stärke der USA. Die internationalen Machtverhältnisse haben sich verschoben. Die USA büßten ihre alleinige Gestaltungsmacht in den multilateralen Institutionen ein und mussten zunehmend Zugeständnisse an andere Mächte machen. Daher verloren jene Institutionen zunehmend ihre Attraktivität als geökonomische Instrumente. Immer öfter wichen die USA von der multilateralen Idee ab.

Stattdessen beabsichtigen die USA heute, ihre internationale Gestaltungsmacht mit einem Netz aus pluri- und bilateralen Abkommen zu sichern. Denn trotz internationaler Machtverschiebungen sind die USA nicht

von ihrem Anspruch als Ordnungsmacht der liberalen Welt abgerückt. Nicht die grundlegenden Prinzipien haben sich also verändert. Vielmehr haben die USA als Reaktion auf internationale Veränderungen ihre geökonomischen Instrumente angepasst. Schon seit Bush jr. gilt etwa die WTO nicht mehr als geeignetes ökonomisches Instrument zur Sicherstellung nationaler Interessen. Stattdessen wurde an pluri- und bilateralen Freihandelsabkommen gesponnen. Beispiele sind das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPP) und die Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft mit der Europäischen Union (TTIP).

Insofern setzt Trump den bereits in den 1990er Jahren begonnenen Weg fort. Dieser hat sich von der einstigen Fokussierung auf multilaterale Instrumente, über die zunehmende Nutzung präferenzieller Freihandelsabkommen, bis hin zu Trumps unilateralen Aktivitäten fortentwickelt. Es kann folgende Parallele gezogen werden: auch Trump sieht in den hergebrachten geökonomischen Instrumenten kein geeignetes Mittel mehr, um US-Interessen durchzusetzen. Deswegen hat er den Wechsel von präferenziellen Handelsabkommen hin zu unilateralen Vorgehensweisen vollzogen. In diesem Sinne wäre Trump nur den konsequenten nächsten Schritt gegangen, um die Vormachtstellung der USA zu sichern. Jedoch kennzeichnet nicht Kontinuität, sondern der Bruch mit zentralen Prinzipien der bisherigen US-Außenpolitik Trumps geökonomische Strategie.

„America First!“ weltweit

In einem gewichtigen Punkt bricht Trump mit seinen Vorgängern. Anders als diese stellt er die internationale liberale Ordnung und den freien Weltmarkt in Frage. Bush jr. und Obama nutzten ihre Freihandelsabkommen als dem Ideal eines freien Weltmarkts dienende geökonomische Instrumente. Die politische sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit zum beidseitigen Vorteil und unter Verbündeten waren zentrale Eckpfeiler ihrer Außenhandelspolitik. Das hat sich mit Trump grundlegend geändert. Mit seinem Slogan *American First!* erteilt er der Idee von internationaler Kooperation zum Nutzen aller beteiligten Staaten eine radikale Absage. Für ihn sind die internationalen Beziehungen keine win-win-Situation, sondern ein Nullsummenspiel, in dem nur einer gewinnen kann. Folgerichtig kann für ihn nur eine exklusiv an den Interessen der USA ausgerichtete Politik den USA dienen. Seine zollpolitischen Vorschläge orientieren sich daher einzig und allein an innenpolitischen Faktoren – ob befreundete Staaten dadurch Nachteile zu erwarten haben, spielt für ihn keine Rolle. Selbst wenn die für die EU angedrohten Zölle auf Stahl und Aluminium lediglich als Drohkulisse dienen sollten, um so Zugeständnisse der EU in anderen Handelsfragen zu erpressen: Das unilaterale Vorgehen zeigt die vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen des Verbündeten EU.

Zu diesem ausschließlich auf eigene Interessen ausgerichteten Unilateralismus gehört

auch, dass die USA keinen Souveränitätsverlust hinnehmen. Zwar besteht in den USA seit jeher Skepsis gegenüber potenziellen Souveränitätsverlusten bei internationalen Vereinbarungen. Bislang wurden diese Bedenken aber meist zugunsten der zu erwartenden Vorteile beiseite gewischt. Für Trump ist jedoch jegliche Bindung an internationale Verträge gleichbedeutend damit, dass die USA Souveränität abgeben und übervorteilt werden. Konzessionen sind für ihn inakzeptabel, weil US-Interessen uneingeschränkt durchgesetzt werden müssen. So gilt es achtsam zu sein, wenn Trump „Deals“ vorschlägt: denn der „beste Dealmaker aller Zeiten“ strebt darin keine Kompromisse an. Vielmehr will er US-Interessen ohne jegliche Zugeständnisse an den Verhandlungspartner durchsetzen. Mit Kooperation hat das nicht mehr viel zu tun. Wenn Trump sich gegen Multilateralismus ausspricht, dann nicht, weil er präferenzielle Abkommen bevorzugt, sondern weil er unilaterale Aktionen favorisiert. Nur so können die USA seiner Meinung nach im Nullsummenspiel der internationalen Beziehungen gewinnen.

Trump ist seiner Sache treu geblieben: „America First!“ bedeutet für ihn keine Isolationspolitik sondern die Fokussierung auf Eigeninteressen innerhalb der internationalen Beziehungen. Statt sich vom Rest der Welt loszusagen, will er den Rest der Welt noch mehr als zuvor für die Eigeninteressen der USA nutzbar machen. Trumps Kritik am internationalen Engagement der USA gilt demnach nicht dessen genereller Existenz. Vielmehr missfällt ihm, dass es nicht ausschließlich dem Vorteil der USA diene. In diesem Sinne ist Trumps Beteuerung beim Weltwirtschaftsforum in Davos zu verstehen, dass „America First!“ nicht „America Alone“ bedeute. Auch er erkennt, dass die USA ihren Wohlstand und ihre Sicherheit nicht isoliert von der Welt garantieren können. Der Wohlstand anderer Staaten spielt dabei aber nur dann eine Rolle, wenn Auswirkungen auf die USA zu erwarten sind.

Auf gewisse Weise folgt Trumps Unilateralismus damit dem vorherigen Trend in der US-Politik. Beide stellen eine Abwendung vom Multilateralismus dar. Während aber die Neujustierung seiner Vorgänger auf andere geökonomische Mittel einem Eingeständnis des relativen Machtverlustes der USA gleichkam, ist Trumps unilaterales Vorgehen das genaue Gegenteil: Er empört sich über die vermeintliche Übervorteilung durch andere Staaten, lehnt jede Bereitschaft zu Zugeständnissen ab und verkündet Amerikas uneingeschränkten Wiederaufstieg. Trump bricht mit der bestehenden Ordnung. Mittels unilateraler Aktionen beabsichtigt er, den USA zu ihrer einstigen Machtfülle zu verhelfen. Getreu dem Motto „Make America great again!“.

.....
 Elisabeth Winter
 - Freie Universität Berlin -

Mit Panzern zum 100.

Wie Erdogan den Militarismus in der Türkei neu entfacht

Es sieht gut aus für Recep Tayyip Erdogan. Sein größtes Ziel wird immer greifbarer, der erforderliche Weg dorthin immer konkreter. In fünf Jahren wird die Republik Türkei ihr 100-jähriges Bestehen feiern. Aller Voraussicht nach wird er dann der mächtigste und einflussreichste Präsident der türkischen Geschichte sein und als Staatsoberhaupt zum 100. Geburtstag in die Annalen der Türkei eingehen. Viel hat die Türkei von heute nicht mehr mit der Atatürks zu tun. Dessen großes Erbe, ein strenger, in der Verfassung verankerter Laizismus, wurde durch Erdogans islamischen Kurs fast vollends zerstört. Was die beiden jedoch eint, ist das Bewusstsein um die machtpolitische Bedeutsamkeit des Militärs und Militarismus in der türkischen Gesellschaft. Die türkische Kriegsbeteiligung in Syrien und ein neu beschworener Militarismus sollen und werden Erdogan die Präsidentschaft zum 100-jährigen Bestehen der Republik sichern.



Seite an Seite mit Islamisten in Westkurdistan

Seit knapp zwei Jahren beteiligt sich die Türkei aktiv am Krieg in Syrien, wo sie militärisch gegen kurdische Einheiten vorgeht. Doch schon lange zuvor hat sie indirekt Einfluss auf die Vorgänge im Nachbarland genommen. Zum einen machte der sunnitische Erdogan durch mehrfache Rücktrittsforderungen deutlich, dass er nie ein Freund des schiitischen Präsidenten Baschar al-Assad war. Zum anderen ließ die Türkei seit Beginn des Syrienkrieges islamistische Rebellen die türkisch-syrische Grenze passieren und wurden bewaffnete Milizen des Islamischen Staates (IS) in türkischen Krankenhäusern behandelt, die danach ungehindert nach Syrien zurückkehrten. Das türkische Militär hingegen blieb stets hinter der Grenze. Bis Rojava kam.

Im März 2016 riefen kurdische, assyrische und arabische Kräfte die autonome Föderation Nordsyriens aus, besser bekannt als Rojava oder Westkurdistan. Der militärische Erfolg der kurdischen Volksbefreiungseinheit (YPG) und die medienwirksame Befreiung von Kobane vom IS verschaffte den Kurden die Gunst der internationalen Gemeinschaft. Ein weitestgehend autonomes, von Kurden beherrschtes Gebiet unmittelbar an der türkischen Grenze war die Folge. Man musste kein Nahostexperte sein, um zu erahnen, dass Erdogan dieses unter keinen Umständen dulden würde. Es verstrichen keine sechs Monate, ehe sich die Türkei als dritter Staat, nach Russland und dem Iran, militärisch in Syrien beteiligte mit dem erklärten Ziel, Rojava zu zerschlagen und zu „säubern“. In einer ersten Militäroffensive (Schutzschild Euphrat) wurde der zusammenhängende kurdische Gebietskorridor im Norden Syriens durchbrochen. Premier Yildirim erklärte die Operation im März 2017 für erfolgreich beendet. Das im Vorhinein erklärte Ziel der Offensive, das gesamte Territorium westlich des Euphrat -Ufers zu besetzen, schlug jedoch fehl. Insbesondere die Stadt Afrin im Gouvernement Aleppo verblieb weiterhin in der Hand kurdischer Truppen und war ein sicherer Hort für Tausende vertriebene Syrer. Nachdem die Türkei im Oktober 2017 be-

reits in das Gouvernement Idlib im Nordwesten Syriens eingerückt war, kündigte Präsident Erdogan im Januar dieses Jahres an, dass auch die letzte kurdische Enklave Afrin im Rahmen einer dritten Militäroffensive, der Operation Olivenzweig, fallen sollte. Seite an Seite mit unterschiedlichen Milizen der Freien Syrischen Armee (FSA) eroberte das türkische Militär im März die Stadt Afrin. Für die FSA kämpften hierbei unter anderem die islamistische Rebellengruppe Ahrar al-Scham, welche vom Generalbundesanwalt als ausländische terroristische Vereinigung eingeordnet wird, und die dschihadistische Gruppe Dschunud asch-Scham, die im engen Kontakt zur Terrororganisation Al-Nusra-Front steht. Der Einmarsch in Afrin blieb zwar nahezu ohne Widerstand, war aber keinesfalls gewaltlos. Laut Amnesty International und Human Rights Watch flohen knapp 50.000 Menschen aus Afrin, dutzende Zivilisten starben, Häuser wurden geplündert und zerstört.

Suche nach den Gründen: nicht außerhalb, sondern innerhalb der türkischen Grenze

Die drei türkischen Militäroffensiven gingen ohne Einwilligung der syrischen Regierung und ohne Mandat des UN Sicherheitsrats vorstatten. Erdogan verwies immer wieder auf das Selbstverteidigungsrecht der Türkei nach Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen. Die Selbstverteidigungslage, insbesondere eine gegenwärtige Gefahr für die Türkei, wird dabei von Experten wie der Direktorin des Max-Planck-Instituts für Völkerrecht, Anne Peters, und auch dem wissenschaftlichen Dienst des deutschen Bundestages zurecht bezweifelt.

Dass einem Autokraten wie Erdogan, der seit Jahren Opposition und Medien mundtot macht, Menschenrechte mit Füßen tritt und sich auf dem internationalen Parkett wie ein rüpelhafter Junge benimmt, das Völkerrecht egal ist, ist nicht verwunderlich. Denn Erdogan schaut momentan nicht nach außen, sondern nur nach innen. Die türkische Wirtschaft, deren Aufblühen der Präsident in den letzten Jahren immer wieder seinen Kritikern entgegenhalten konnte, schwächelt.

Der Tourismussektor hat herbe Niederschläge zu vermelden; ausländische Investoren haben sich, bedingt durch sich häufende Streitigkeiten mit anderen Staaten, aus der Türkei zurückgezogen; die türkische Lira erreichte Anfang April 2018 ein Rekordtief – keine guten Vorzeichen für die kommende, so elementare Parlaments- und Präsidentschaftswahl dieses Jahr. Denn erst mit der Wahl des „neuen“ Präsidenten tritt die kürzlich vom Parlament beschlossene Verfassungsreform in Kraft. Erst dann kann Erdogan auch per Verfassung alleiniger Herrscher der Türkei sein. Um das Volk wieder hinter sich zu vereinen und seine zukünftige Präsidentschaft zu sichern, greift er auf ein altbekanntes Szenario zurück: der eigene Staat verwickelt in einen Krieg.

Mit Militarismus zum inneren Zusammenhalt

Erdogans Propagandamaschinerie läuft seit gut zwei Jahren auf Hochtouren und spätestens seit dem Einmarsch in Afrin hat eine regelrechte Kriegseuphorie die türkische Gesellschaft erfasst. Eine Euphorie, aufgrund derer eine Vielzahl von Türken den Einsatz des eigenen Lebens für die richtige und notwendige Handlungsweise halten und die Erdogan die Gunst der Wählerschaft verschafft. Im Fernsehen laufen ununterbrochen Bilder der Operation Olivenzweig; Erdogan lässt die bekanntesten Musiker des Landes Lobgesänge auf das glorreiche türkische Militär dichten; die drei großen Istanbul Sportclubs Besiktas, Fenerbahce und Galatasaray twittern Lobeshymnen auf die türkischen Streitkräfte; in Ankara geht es so weit, dass Industrielle unter Erdogans Fittichen ihren Arbeitnehmern Sonderurlaub anbieten, damit diese an den Kämpfen in Afrin teilnehmen können. Der stets auf sein Aussehen bedachte Präsident trägt bei Auftritten neuerdings Generalsuniformen und droht US-Truppen, die im Norden Syriens stationiert sind, sie „hinwegzufegen“, sollten diese die türkischen Streitkräfte behindern. Unvergessen bleibt auch Erdogans Auftritt in Kahramanmaraş im Südosten der Türkei: Der Präsident holt ein weinendes Mädchen in Militäruniform auf die Bühne. Er erklärt,

dass Soldaten des türkischen Militärs nicht weinen und dass sie, sollte sie als Märtyrerin fallen, mit einer türkischen Fahne zugedeckt werde. Vor tausenden Menschen fragt er dann das verweinte Mädchen, ob sie zu allem bereit wäre. Unter dem tosenden Beifall und „Boss, bring uns nach Afrin“-Schreien aus dem Publikum antwortet das Mädchen, dass sie bereit sei, für die Türkei zu sterben.

Der türkische Militarismus wurzelt tief

Dass die Instrumentalisierung eines Kindes für Kriegszwecke keine breite Verwirrung hervorgerufen hat, dass Erdogans Kriegshetorik und Propaganda auf einen so fruchtbaren Boden stößt, ist nicht verwunderlich. Bereits Kindern wird in der Grundschule eingetrichtert, dass jeder Türke als Soldat zur Welt kommt; im Schulsport bilden das Ausführen von Kommandos wie Strammstehen oder Marschieren einen wesentlichen Bestandteil. Auch das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ist in der Türkei nicht existent. Der türkische Generalstab ist überzeugt, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung stünde im Widerspruch zum Kulturverständnis der Türkei. Jenes Verständnis von Krieg und vom Militär reicht bis zur Gründung der Republik Türkei zurück.

Die Gründungsväter der Türkei bestanden aus militärischen Eliten, die Feldherren zur Zeit des 1. Weltkrieges waren. Durch sie eingesetzt fungierte das Militär seit 1923 als eine Art Über-Vater des Staates, und kontrollierte politische Parteien, Gewerkschaften und andere zivile Organisationen.

Fast wichtiger noch: das Militär bestimmte das vorherrschende Narrativ innerhalb der Gesellschaft. Durch ritualisierte Verlautbarungen des Militärs unter dem Motto ‚Wir sind von Feinden umzingelt, die die Türkei spalten wollen‘ wurden im Verlauf der Geschichte immer neue Feindbilder geschaffen, um undemokratische und unverhältnismäßige Maßnahmen zu legitimieren. Bedrohungsszenarien durch Islamisten und Terroristen wurden beschworen und vor der ‚Kolonialisierung der Türkei‘ durch die USA und Europa gewarnt.

Politische Parteien und gar Regierungen, die das Militär zügeln wollten, bekamen die geballte Kraft des Generalstabs zu spüren. Das Militär putschte in den 60ern, den 70ern und den 80ern und zerschlug Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse; es zwang den politischen Ziehvater Erdogans, Ministerpräsident Necmettin Erbakan, Ende der 90er zum Rücktritt. Vereinnahmt durch die Rhetorik des Militärs und deren ständige Machtdemonstration standen auch Teile der türkischen Linken sowie der größte Teil der Zivilgesellschaft hinter dem Generalstab der Türkei. Eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Militärvergangenheit konnte dadurch nie stattfinden. Der Völkermord an den Armeniern zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts, zahlreiche Pogrome gegen Aleviten sowie der brutale Krieg gegen die Kurden seit den 80er Jahren sind bis heute Tabuthemen. Zwar hat die islamische AKP um Erdogan in den letzten zwei Jahrzehnten den traditionell kemalistischen, damit laizistischen Generalstab erheblich geschwächt, der vorherrschende Nationalismus gepaart mit Militarismus hingegen wurde

aufrecht erhalten und zudem religiös besetzt.

Unterdrückung kritischer Stimmen

Ein weiterer Grund, weshalb Erdogan problemlos eine solche Kriegseuphorie auslösen kann, ist wesentlich einfacher erklärt: Es gibt keine Gegenstimmen mehr. Denn Erdogan lässt Kritiker nach Belieben inhaftieren und verurteilen. Die Vehemenz, mit der er dabei gegen erklärte Gegner der Operation Olivenzweig vorgeht, ist erschreckend. Seit Januar dieses Jahres wurden über 800 Menschen verhaftet, die sich zur Offensive kritisch geäußert hatten. Unter ihnen Künstler, Wissenschaftler, Politiker, aber auch schlichtweg Türken und Kurden, die über soziale Netzwerke für Frieden appellierten.

Beide Umstände sind verantwortlich dafür, dass Erdogans Kriegspropaganda erfolgreich gedeihen kann. Problemlos konnte Erdogan sich mit der Einnahme von Afrin im März 2018 als Held im Kampf gegen die Kurden und Schutzpatron der Turkmenen und Araber aufspielen. Tausende Tote und

abertausende Vertriebene erscheinen nicht auf der Bilanz. Es ist kaum verwunderlich, dass er, der Gunst seiner Wähler nun sicher, einen Monat später verkündete, die angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen um anderthalb Jahre auf Juni 2018 vorzuziehen. Bei einer fünfjährigen Legislaturperiode wäre er bis 2023, 100 Jahre nach Atatürk, Staatsoberhaupt der Türkei.

Öl in die Glut eines fast ausgekämpften Konflikts

Kriegsbeteiligungen sind für Politiker klassischerweise heiße Eisen, ein Feld, auf dem man sich schnell die Gunst der Wähler verspielt. Doch noch hat sich die Kriegsbeteiligung in Syrien nicht innerhalb der Türkei ausgewirkt. Die erwarteten Gegenschläge bewaffneter kurdischer Milizen wie der YPG und der PKK sind bisher ausgeblieben. Auch die islamistischen Verbündeten der FSA sind bisher nicht von Erdogans Seite gewichen. Es fällt schwer zu glauben, dass das so bleiben wird. Die Offensiven im Nordwesten Syriens haben zu einem Wie-

deraufglühen des verfahrenen türkisch-kurdisch Konflikts geführt. Ein Konflikt, der allein in den letzten 30 Jahren 40.000 Menschen das Leben gekostet hat und den vor einigen Jahren noch viele für beendet hielten. Die Bundesregierung diskutierte kürzlich, ob man Wahlkampfauftritte Erdogans in Deutschland gestatten lassen soll. Dabei hat sie dem amtierenden Präsidenten bereits jetzt schon durch ihr Wegducken vor dessen völkerrechtswidrigem Einmarsch in Afrin eine entscheidende Wahlkampfhilfe geleistet. Die Beteiligung des militärfanatischen Landes am Syrienkrieg wird Erdogans Weg zur historischen Präsidentschaft ebnen. Dabei hat er der Türkei einen Bärendienst erwiesen. Sie wird es ihm mit der Präsidentschaft zum 100. Jubiläum der Republik Türkei danken.

.....
Miran Aymaz

...und ihr wollt den Himmel stürmen?

Über Parteien, neue Bewegungen – und Parteien in Bewegung



Das Deckblatt vom Kursbuch 194

Dieser Vorabdruck des Beitrages „...und ihr wollt den Himmel stürmen? Über Parteien, neue Bewegungen – und Parteien in Bewegung“ von Jan-Werner Müller wurde mit freundlicher Genehmigung der Kursbuch Kulturstiftung bereitgestellt. Der vollständige Beitrag erscheint im Kursbuch 194 „anders alternativ“ am 02. Juni 2018.

Beakanntlich leben wir in politisch bewegten Zeiten. Ganz konkret heißt dies unter anderem: Zeiten, in denen neuartige Bewegungen eine Revitalisierung der Demokratie versprechen. Man braucht sich nur einmal flüchtig in der europäischen politischen Landschaft umzuschauen, und der Blick trifft auf Neugründungen, die sich plakativ von traditionellen Parteien abgrenzen: Podemos in Spanien, die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) in Italien, die Liste Sebastian Kurz in Österreich, En Marche in Frankreich – das sind nur die bisher bei Wahlen erfolgreichsten Bewegungen. Mancher sieht in ihnen Vorboten einer postrepräsentativen Demokratie, in welcher mit kontinuierlicher Bürgerbeteiligung an der Politik endlich ernst gemacht wird (oder in welcher zumindest noble Amateure aus der Zivilgesellschaft die egoistischen Berufspolitiker ersetzen). Kritiker hingegen rechnen sie ohne zu zögern einer populistischen, für die liberale Demokratie gefährlichen Welle zu. Beide Seiten liegen falsch. Es ist kein Zufall, dass die sich selbst als Bewegung vermarktenden Neugründungen de facto zu Parteien geworden sind; von einer Überwindung des Prinzips der Repräsentation oder der Vorstellung von Politik als Vollzeitberuf kann keine Rede sein. Es ist aber auch falsch, die wirklichen Newcomer wie Podemos und M5S einfach als Protestler ohne langfristige Perspektiven abzutun. Ihre, wie man sie nennen könnte, neuen Polit-Technologien sind wirklich innovativ (was nicht immer gleich heißt, demokratischer). Und nicht zuletzt haben sie die Repräsentationsverhältnisse wirklich zum Tanzen gebracht; unsere Demokratien wären ärmer ohne sie. Parteien sind nicht erst seit wenigen Jahren ganz, ganz unpopulär.

Was in den 1990er-Jahren unter dem Begriff »Politikverdrossenheit« firmierte, war vor allem Verdruss an den etablierten Parteien. Überall in Europa nahmen die Mitgliederzahlen rapide ab; zudem identifizierten sich immer weniger Bürger dauerhaft mit einer

Partei, bei Wahlen wurden sie dementsprechend sprunghafter. Sozialwissenschaftler bestätigten, was der Stammtisch im Zweifelsfalle schon immer vermutet hatte: Es hatten sich »Kartellparteien« herausgebildet, die nicht nur in vieler Hinsicht miteinander, sondern vor allem auch mit dem Staat selber fusioniert hatten. Wenn doch einmal Herausforderer wie die Grünen auftraten – Störenfriede, die sich partout nicht außen vor halten ließen –, wurden sie schließlich ins Kartell aufgenommen. Kurzum, seriöse Stimmen sagten, was dann später auch Populisten immer behaupten würden: Es gibt eine politische Klasse mit ganz eigenen Interessen, die sich hinter der Kulisse divergierender Parteiprogramme formiert.

Bei solch erstarrten Verhältnissen verspricht das Wort »Bewegung«, na ja, erst einmal, Bewegung in die Sache zu bringen. Wobei so gut wie keine einzige Organisation, die sich heute als eine Art spontaner Massenbewegung verkauft, wirklich direkt aus einem Kollektiv sich zivilgesellschaftlich engagierender Bürger entstanden ist. Man denke beispielsweise an Podemos. Nach dem Platzen der Immobilienblase in Spanien waren in der Tat eine ganze Reihe von wichtigen Selbsthilfeorganisationen wie Plataforma de Afectados por la Hipoteca oder Plataforma por una Vivienda Digna entstanden. Im Mai 2011 versammelten sich Tausende auf der Puerta del Sol in Madrid, um gegen traditionelle Parteien (und Banken) zu protestieren. Ihre immer wiederholte Anklage: »Sie repräsentieren uns nicht.« Ihre Forderung: »Wirkliche Demokratie.«

Es dauerte aber noch fast drei Jahre, bevor eine Reihe junger Aktivisten – von Beruf her größtenteils Politikwissenschaftler – Podemos ins Leben riefen. Podemos war also keine direkte Folgeerscheinung des Auftretens der indignados. Podemos-Parteitheoretiker haben selber darauf hingewiesen, dass sich die Energien der Proteste von 2011 auch in ganz andere Richtungen hätten wenden kön-

nen (frühere Versuche, die Demonstrationen in parteipolitische Kanäle zu führen, wie beispielsweise von Partido X, blieben erfolglos). Einer der wichtigsten Vordenker von Podemos, Íñigo Errejón, äußerte sich 2015 gar eher abschätzig über die Vorstellung einer permanenten Mobilisierung der Bürger. Irgendwann, so Errejón, müsse jeder wieder nach Hause gehen; einen »konstanten Heroismus« von Aktivisten gebe es nicht (und wenn, würde er nicht reichen, um wirklich an die Macht zu gelangen und irreversible Tatsachen zu schaffen).

Die eigentliche Lektion von »15-M« für die Podemos-Gründer war denn auch weniger, dass aufgebrachte Leute mal auf die Straße gingen – sondern, dass traditionelle linke politische Sprachen bei den Spaniern nicht mehr Anklang fänden. Sie entschieden sich bewusst für eine »transversale« Strategie, welche die traditionelle Trennung zwischen links und rechts überschreiten und einen neuen politischen Gegensatz zwischen Volk und »Kaste« (oder, noch simpler, zwischen den vielen und den wenigen, oder, am simpelsten, zwischen abajo und arriba) konstruieren sollte. Inspiriert von postmarxistischen Denkern wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe – sowie erfolgreichen populistischen Politikern in Lateinamerika wie Evo Morales – sollte Spanien bewusst in ein »Volk« und ein »Anti-Volk« aus korrupten Politikern und Bankern gespalten werden. Errejón erklärte, die Begriffsbildung sei hier nicht deskriptiv, sondern performativ [...]

.....
Jan-Werner Müller

Der Autor ist deutscher Politikwissenschaftler. Er lehrt seit 2005 an der University of Princeton.

GESELLSCHAFT

Neue Lösungen für Städte

Wie Mexiko-Stadt sich als grüne Innovatorin profiliert

Mit über 22 Millionen Einwohnern in der Metropolregion ist Mexikos Hauptstadt die größte Stadt der westlichen Hemisphäre. Neben Luftverschmutzung und Verkehrsproblemen hat Mexiko-Stadt auch mit teils starken Erdbeben, Wasserknappheit und sumpfigen Böden zu kämpfen. Zugleich macht sich die Stadt in jüngster Zeit einen Ruf als Modell für nachhaltige, grüne Lösungen, die zumindest einige dieser Probleme wirksam angehen.

Täglich verstopfen etwa vier Millionen Autos die riesige Stadt, die mit doppel- und dreistöckigen Straßen beeindruckt. Trotz zahlreicher Parks und tropischer Vegetation wirkt die Stadt deshalb oft grau und ist von einer Smoglocke bedeckt. Tatsächlich ist Mexiko-Stadt die Stadt mit der unreinsten Luft in der gesamten westlichen Hemisphäre. Verantwortlich dafür sind zu 75% die vielen Fahrzeuge.

Vielseitige Lösungsansätze im Stadtzentrum

Allerdings sind im Stadtbild bereits viele Lösungsansätze zu erkennen, die insgesamt eine Verbesserung der Situation bewirkt haben.

Leihfahräder von verschiedenen Firmen leuchten in bunten Farben an unzähligen Orten in der Stadt und laden mit sehr günstigen Preisen zur Rundfahrt ein. Allein der von der Regierung finanzierte größte Anbieter, Ecobici, verfügt über fast 500 Docks. Auch Pendler nutzen die Räder, um zum Beispiel von der nächstgelegenen U-Bahn-Station zur Arbeit zu kommen. Jeden Sonntag wird der größte Boulevard in Mexiko-Stadt namens La Reforma, normalerweise eine Verkehrshölle, von Fahrradfahrern bevölkert und für die leidigen Autos gesperrt. Dies lädt auch Fußgänger dazu ein, an der zumindest etwas frischeren Luft und in einer leiseren Atmosphäre, ihren Sonntagsspaziergang zu genießen.

Die öffentlichen Verkehrsmittel wie die beliebte Metro (U-Bahn), die schnellen Metro-Busse sowie die normalen Linienbusse werden von der Regierung subventioniert, sodass eine U-Bahn-Fahrt umgerechnet nur 20 Cent kostet. Solange man das Untergrund-System nicht verlässt, kommt man mit der Fahrkarte unbegrenzt weit. Mexiko-Stadt hat zudem ein besonders innovatives Schildersystem für das U-Bahn-Netz: Die einzelnen Haltestellen haben sowohl Namen

als auch ein dazu passendes Bild, ein Icon. Dies hilft beispielsweise weniger gebildeten Menschen, sich schnell zurechtzufinden. Obwohl die Stadt bemüht ist, die Metro jedem zugänglich zu machen, erreichen die zwölf Linien zahlreiche Randgebiete sowie ärmere Siedlungen der Stadt überhaupt nicht. Das gleiche gilt für den Metrobus, der mit eigens für ihn reservierten Spuren eigentlich auch besonders schnell vorankommen soll. In den Stoßzeiten braucht man trotzdem mit jedem Verkehrsmittel häufig die doppelte Zeit im Vergleich zum eigenen Auto, um nach Hause oder zur Arbeit zu kommen.

Neben den Versuchen, den Verkehr zu reduzieren, investiert Mexiko-Stadt stark in ihre Grünflächen. Die wunderschönen öffentlichen Parks werden gründlich gepflegt und beständig erweitert. Es fällt auf, dass in der dicht besiedelten Stadt selbst Hausdächer zu Gärten werden. Zahlreiche, vor allem höhere Gebäude, überraschen mit einer grünen Fassade oder Seitenwand.

Die Via Verde – Innovative Lösung oder teures Prestigeobjekt?

Für besonderes Aufsehen hat dabei in jüngster Zeit die Via Verde, der grüne Weg, gesorgt. Entlang einer der Hauptverkehrsstraßen der Stadt sollen die Pfeiler, die die zweiten und dritten Geschosse der Ringstraße Periférico tragen, nach und nach mit vertikalen Gärten begrünt und dadurch verschönert werden. Gestartet durch eine change.org Petition hat dieses Projekt schnell sehr viel Unterstützung aus ganz Mexiko erhalten, sodass der Stadtrat sich entschlossen hat, die Via Verde zu fördern. Zwar ist die Förderung durch die Regierung problematisch, weil an vielen Ecken Korruption lauert und Gelder oft versickern. Dennoch ist dies ein schönes Beispiel für gelungene Partizipation und Innovation „von unten“, also von den Bürgern selbst.

Die Via Verde ist das größte vertikale Gartenprojekt weltweit. Insgesamt sollen über 1.000 Pfeiler begrünt werden, was 60.000 m² entspricht. Diese sollen Schadstoffe filtern und täglich Sauerstoff für viele tausend Menschen bereitstellen. Mit Tröpfchenbewässerung, die ausschließlich durch Regenwasser und Grauwasser gespeist wird, und Recycling-Materialien sowie speziell ausgewählten Spezies, die besonders effizient CO₂ filtern, sind die Gärten ein Vorbild an Nachhaltigkeit.



Foto: www.flickr.com/photos/fotoreiseberichte/5670684211

200 Säulen sind bereits begrünt und sorgen laut Fernando Ortiz Monasterio, dem Architekten der Via Verde, für gesundheitliche und umweltliche Vorteile. Jedoch ist das Projekt kein öffentlicher Raum. Es ist für Fußgänger nicht zugänglich und nur beim Vorbeifahren kurz zu sehen. Zudem setzt Via Verde nicht am eigentlichen Problem, den Fahrzeugen, an. Es ist lediglich der Versuch, die Folgen des Verkehrs einzudämmen. Das Projekt kommt unzähligen Bewohnern der Metropole überhaupt nicht zu Gute, da die Luft nur punktuell verbessert wird. Außerdem kursiert die Behauptung, ein grüner Pfeiler koste so viel wie die Neupflanzung von 300 Bäumen. Der Projektbegründer, Ortiz Monasterio, kommentierte, bei der Via Verde gehe es zu einem großen Teil um den Verschönerungsaspekt der Stadt.

Inzwischen wollen auch indische Städte dieses Modell übernehmen, um Luftverschmutzung in Metropolen wie Neu-Delhi und Mumbai zu bekämpfen. Weltweit hat die Via Verde für Inspiration gesorgt und sogar Deutschland will nun Straßenpfeiler begrünen. Obwohl es so einige Kritikpunkte an den vertikalen Gärten gibt, hat das Projekt

zumindest eine Debatte ausgelöst, wie verkehrsbedingte Luft- und Lärmverschmutzung verringert werden könnte. Der Trend in der Stadtplanung geht dazu, Fußgänger zu bevorzugen und in „echte“ Grünflächen zu investieren. Solch ein Projekt kann aufseherregend sein, ist aber dennoch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist ein Anfang und ein Modell, welches in Kombination mit vielen anderen Maßnahmen international als Vorbild dienen sollte.

Der soziale Aspekt kommt zu kurz

Wichtig ist aber, neben einem ganzen Bündel von Luftqualitätsverbesserungsmaßnahmen auch den sozialen Aspekt dieser Projekte im Hinterkopf zu behalten. Alle hier vorgestellten Lösungswege in Mexiko-Stadt, und das gilt auch für unzählige andere Städte, richten sich hauptsächlich an die Zentrumsbewohner. Die ärmere Bevölkerung wohnt häufig in den Vororten und anderen Siedlungen, die von derartigen Schutzprojekten nicht berücksichtigt werden. Zugleich ist in den ärmeren Gegenden die Luftqualität häufig besonders schlecht. Dort werden aufgrund mangelnder Opti-



Foto: R. Sheppard
www.flickr.com/photos/25222005@N08/260318914

Vier Millionen Autos verstopfen täglich die Straßen der Stadt.



Foto: L. Rashid, Wikimedia Commons, cc-by-sa-2.0

Leihräder laden mit günstigen Preisen zur Rundfahrt ein.



Foto: TheMadater, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0

Vertikale Gärten des Projektes „Via Verde“ sollen die Luftqualität erhöhen.



Foto: M. Druck, www.flickr.com/photos/mandruck/475793576/

Liftsystem der kolumbianischen Stadt Medellín.

onen ältere Autos, Gaskocher und andere, nicht erneuerbare Energien genutzt, die für schlechte Luft sorgen. Auch wenn die Metro pro Fahrt nur 20 Cent kostet, was für die Mexikaner ein durchaus erschwinglicher Preis ist, und auch wenn die Hauptstraße am Sonntag autofrei ist, den besonders Betroffenen ist dies oft fern und bietet ihnen keine Hilfestellung. Von prestigeträchtigen Projekten wie der Via Verde hat eine große Mehrheit in Mexiko-Stadt also überhaupt nichts.

Das kürzliche Osterfest, an dem sicherlich die Hälfte der Stadtbewohner von Mexiko-Stadt für ihren traditionellen Urlaub die Stadt verließ (pro Minute fuhren 164 Autos aus der Stadt), hat gezeigt, dass drastische Lösungen der beste Weg sind, die Luftqualität schnell und effizient zu verbessern. Denn für drei oder vier herrliche Tage gab es kaum Verkehr und die Luft war spürbar frischer. Ge-

nau wie wohlhabendere europäische Städte bekämpft auch Mexiko-Stadt hauptsächlich die Auswirkungen der Luftverschmutzung. Zwar gibt es einige nachhaltige Ansätze, die auch an der Ursache, nämlich den Fahrzeugen selbst, ansetzen, aber diese Maßnahmen müssen noch deutlich intensiviert werden und sie sollten der ganzen Stadt zu Gute kommen. Investitionen in die Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs sind unerlässlich und auch Anreize für Autofahrer, auf andere Verkehrsmittel umzusteigen, müssen dringend geschaffen werden. Hierbei sollten Städte weltweit voneinander lernen.

Ja, Mexiko-Stadt begegnet der Luftverschmutzung mit innovativen Lösungsansätzen – aber sind dies die Lösungen, die wirklich gebraucht werden? Oder müssen wir alle in größeren und drastischeren Dimensionen denken, um die Luftqualität tatsächlich zu verbessern?

Die Lösung muss an der Wurzel ansetzen

Weil von der Luftverschmutzung besonders die ärmeren Stadtbewohner betroffen sind, müsste ein Lösungsansatz auch diese soziale Dimension berücksichtigen. Deshalb ist es aus meiner Sicht essentiell, gemeinsam mit diesen Nachbarschaften nach Lösungen zu suchen und die Prioritäten der Stadt- und Verkehrsplanung, die momentan zu sehr auf der bloßen Eindämmung des Problems liegen, neu zu organisieren. Grüne Pfeiler werden dabei kaum Thema sein, sondern es muss in partizipativen Budget-Sitzungen darum gehen, wie finanzielle Mittel für alle sinnvoll und effizient eingesetzt werden können. Beispielsweise wäre ein Liftsystem, wie es in der kolumbianischen Stadt Medellín praktiziert wird, ein guter Weg, um die Fahrtzeit zum Arbeitsplatz sowie die Autonutzung zu reduzieren. Zusätzliche Busse sowie weitere, strenge Maßnahmen

gegen Autos sind wichtig, um so die Wurzel des Übels zu bekämpfen und einen Neuanfang des Verkehrssystems in Mexiko-Stadt zu lancieren. Das letzte Wort müssen hier aber diejenigen Bevölkerungsteile haben, die unfairerweise besonders unter der Luftverschmutzung leiden, ohne bisher von grünen Projekten zu profitieren. Sicherlich gibt es eine Vielzahl an ungenutzten Potenzialen und kreativen Ideen!

.....

Laura von Puttkamer

- Alumna der University of Manchester -

Die Autorin arbeitet an einem Projekt, das die 25-jährige Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Mexiko-Stadt feiert und bloggt auf parCitypatory.org zu ihren Erfahrungen in der mexikanischen Hauptstadt.

The Cogito Virus: Language is Code

Just like species evolve, so do languages

Programming languages evolve too, but not without the guidance of an intelligent being rearranging elements from previous languages.

Language is men's primal invention. Without the ability to express thoughts, emotions, ideas and vital bits of survival-related information in symbolic form, human civilization wouldn't have started at all. However, unlike the steam machine or the Hypertext Transfer Protocol (HTTP) language does not have a single inventor. Therefore, the creation of language must have been a collective effort. To function as such, language requires a sufficiently large number of participants in its network of meaning. In its early stages, language must have faced an adoption problem — much like the blockchains of today which only make sense after meeting a certain threshold of acceptance among its target group of users.

Mainstream views on the origin of language argue that human language is an ultra-advanced iteration of what began as the wild gesturing and angry teeth-showing of ape-like proto-humans. Words, according to this theory, are essentially patterned sounds produced by the anatomic speech apparatus of homo sapiens. They are devoid of any intrinsic significance and attain their meaning purely through social conventions. For example, the word “danger” has come to mean what it means because, at some point in the past, that specific string of consonants and vowels was accepted as the signal for a potentially life-threatening situation by a majority of speakers. Whenever someone screamed “Danger!”, the heads of our ancestors quickly turned around and everybody knew there was a saber-tooth tiger hiding in the bushes. So, what would have begun as an arbitrary collection of sounds, ultimately became canonized over generations as a code word with a definite message.

Linguistic Drift

Theories positing that the words of a given language came about as arbitrary labels for environmental phenomena are supported by new insights from evolutionary linguistics. These findings suggest that, much like genes, individual words are sometimes subject to

random change. According to evolutionary science, natural selection usually only allows genes that carry beneficial traits to survive into the next generation. However, occasionally some genes propagate by mere chance — an occurrence known as genetic drift.

By employing statistical methods from biology, linguists investigated why one out of two rivalling past tense forms (e.g. sneaked vs. snuck or dived vs. dove) became more frequently used over time. The preponderance of one variant over the other was not due to a beneficial property, such as brevity. Instead, the results of the study showed that just like some genes the past tense forms seem to randomly drift.

If a word's survival is a matter of pure chance, then it is hard to argue that words harbor an innate hard-wired meaning to begin with. Instead, they are more like versatile carriers for fleeting meanings — just like species evolve, so do languages.

The authors of this study certainly did not consider the possibility that language, beyond being molded to a degree by randomness and natural selection, might originate from another foundational principle altogether: technology.

It is difficult to imagine cave-dwelling early humans sitting around a bonfire while slowly but surely conceiving and organizing intricate grammar for whatever ancestral language they supposedly spoke, in order to create a fully evolved language.

Interestingly, older languages such as Sanskrit, Avestan and Church Slavonic are more complex and harder to learn than modern ones. Using this occurrence to extrapolate about the past, would posit that the mother of all languages was the pinnacle of linguistic achievement. But how can the perfected precede the primitive?

The Anonymous Creator of Language

What if natural languages, just like programming languages, had an original creator? The syntax of a given programming language is the result of deliberate design decisions and the setting of various conventions of meaning for basic commands. Programming languages do evolve, but not without the guidance of an intelligent being to carefully select,

rearrange and integrate elements from previous languages.

According to the authors of a recent paper, programming languages improve when coding polyglots splice together bits and pieces from various existing languages, resulting in the introduction of previously unknown functionalities. Progress is not slow and gradual, but punctual and explosive. Most importantly, the evolution of programming languages requires the intervention of thinking minds who are fluent in different programming languages. Through lateral thinking, these architects are able to identify structural components in a variety of disparate languages that are to be extracted, recombined and embedded in a new synthetic syntax.

Investigations into the origin of language seem to raise more questions than they answer. Who was the architect that engineered the Proto-Language from which all other natural languages derive? Was it a human mind? Was it God who brought forth the λόγος (“logos”), as argued by classical theology? Or does language come from some other intangible place? Is language the umbilical cord to the divine realm? Or could language be a technology invented by a nonhuman agent — by a virus perhaps?

Learning from Anime: Language as a Virus

This, admittedly, rather outlandish claim is inspired by an anime series called “Ergo Proxy” created by Shukō Murase and Dai Satō. The apocalyptic series is set in the domed city of Romdeau — humanity's last shelter under skies darkened by a previous environmental crisis. In this future a totalitarian regime rules over the society made up of tank-bred humans and their android companions called AutoReivs. The story begins when intelligence officer Re-L Mayer is assigned to investigate an unprecedented series of mysterious murders committed by amok AutoReivs infected by the Cogito Virus, which endows the robots with a soul.

It is the conception of the Cogito Virus that is particularly fascinating about the series and most relevant here. When considering the origin of language, it is difficult not to regard it as a kind of hack that had befallen human biology. In fact, new neurolinguistics research reveals that language acquisition in

children goes hand in hand with deep neurological rearrangements. In other words, learning a language has the same effect as undergoing brain surgery.

Language has traditionally been interpreted as the defining feature of being human. However, as this research demonstrates, linguistic capabilities are not innate. Rather, our brains seem to be fundamentally altered by becoming language-receptive.

So, is language a Cogito Virus that has injected our pristine minds with a sort of payload that enables us to decipher letters and communicate verbally with each other? Moreover, could our compulsion to use language and its overriding necessity be the result of an intrusion from a technology of unknown origin?

Language, Viruses and the Definition of Life?

This debate also gives rise to the equally unconventional question: could the writings that we produce be the host for a life form that inhabits texts?

While at first glance the idea that speech could be the habitat for a life form may appear rather fanciful, as early as in the mid-90s, acclaimed physicist Stephen Hawking pointed out that, based on the biological definition of life, a computer virus can be said to be alive. Our ability to decipher letters and to communicate verbally among each other has become the fabric of the world around us, but language also enslaves us to the rule of wordy legal codices and commentaries, and to questionable records of the past entombed in volumes upon volumes of historical chronicles. We know our own DNA to be made up out of letters — what if the letters we produce are someone else's book of life?

.....

Claudio Flores

- Universität Hamburg -

Danilo Flores

- Bucerius Law School -

This article was first published on 29 January 2018 on www.journal.binarydistrict.com.



„Kein Weg führt an den Frauen vorbei.“

Ein Interview mit Düzen Tekkal

Düzen Tekkal wurde 1978 in Hannover geboren. Seit April 2014 ist sie als freiberufliche Journalistin, Filmemacherin und Kriegsberichterstattein tätig. 2015 gründete sie in Reaktion auf den Genozid an den Jesiden im Irak und Syrien den gemeinnützigen Verein Hawar.help e.V. Am 9. Mai wurde sie von der Europäischen Bewegung Deutschlands zur Frau Europas 2018 gekürt.

DÜZEN TEKKAL. Kriegsjournalistin. Philanthropin. Frauenrechtlerin. Filmemacherin. Frisch gekürte Frau Europas. Zwischen zwei Reisen „an die Front“ in den Irak nahm sie sich im sonnigen Berlin eine Stunde Zeit für zwei Studentinnen und ein sehr lehrreiches Gespräch ...

Liebe Düzen, vielen Dank, dass Du heute unsere neue Interview-Reihe „Vorbilder“ eröffnest. Wir sind sehr gespannt auf dieses Gespräch. Hattest Du selbst Vorbilder?

Ich hatte ganz viele Vorbilder. Früher kamen die Vorbilder von außen und ich habe erst viel später begriffen, dass die größten Vorbilder unmittelbar in meinem Familienumfeld sind. Das war zum einen meine Großmutter – Gott hab sie selig, sie ist 107 Jahre alt geworden. Man könnte meine Oma als „Mannsfrau“ bezeichnen, die ihre Rechte verteidigt hat, auch mit Waffen – die hat sie zwar nicht eingesetzt, aber ganz selbstbewusst im Dorf getragen. Sie hat an der syrisch-türkischen Grenze gelebt, hat als Hebamme unzählige Kinder entbunden und war sehr respektiert. Als Mitglied einer religiösen Minderheit war das schon etwas Besonderes.

Sie hat sich nie den Mund verbieten lassen. Eigentlich war sie die erste Frauenrechtlerin, die ich kennenlernen durfte.

Auch meine Mutter ist ein Vorbild für mich, weil sie aus dem Wenigen, was sie hatte, alles gemacht hat: Sie hat elf Kinder zur Welt und auf den Weg gebracht. Obwohl meine Mutter nicht lesen und schreiben kann, haben uns Kinder ihre Werte sehr geprägt, hat sie uns viel über das Leben beigebracht. Ich sage immer, meine Mutter denkt mit den Händen. Sie ist sehr pragmatisch. Das fand ich toll.

Und als Du jünger warst?

In der Jugend kamen meine Vorbilder noch eher von außen.

Persönlichkeiten wie Martin Luther King, Nelson Mandela und andere Menschen-

rechtsaktivisten haben mich damals sehr beschäftigt und berührt. Deren Biographien habe ich verschlungen. Es gibt ja Menschen, die sagen, sie wollen die Welt retten und andere, die sich eher wünschen, eine Familie zu gründen. Mein Weg war immer dieses Welt-Retten-Prinzip. Ich hatte immer die größeren Ziele und bin dann oft an den kleinen gescheitert, am Alltag. Aber das große Ganze, das war immer da. Diese Kraft hat mich immer fasziniert; dass doch viel mehr möglich ist, als wir glauben, wenn man lang genug dafür kämpft.

Wann wusstest Du, was Du werden willst?

Das wusste ich ganz früh. Schon im Kindergarten habe ich gerne Geschichten erzählt. Als ich dann in die erste Klasse kam, habe ich bereits in die Poesiealben geschrieben, dass ich – das Wort konnte ich noch nicht richtig schreiben – Journalistin werden will oder Politikerin. Das lag sicher auch daran, dass ich ein starkes Sendungsbewusstsein hatte, was ich von meinem Vater geerbt habe. Wir hatten bei uns zuhause immer viele Politiker und Menschenrechtsaktivisten zu Besuch. Wir, also das heißt insbesondere mein Vater, kämpften ja darum, als Jesiden anerkannt zu werden. Ich bin quasi zwischen Kamerateams und Politikern aufgewachsen. Das hat etwas in mir ausgelöst. Schon damals wusste ich, dass ich das auch machen will; der Wille und diese Kraft waren also immer schon da. Auf der anderen Seite hatte ich früher aber auch viele Ängste, ob ich reiche und ob ich das schaffe. Und ich bin so dankbar, dass es diese Ängste nicht mehr gibt.

Die Ängste sind also mit der Zeit vergangen?

Genau. Als kleines Kind hatte ich solche Zweifel oft, fragte mich: wirst du das schaffen? Wirst du den Schulabschluss erlangen? Wirst du irgendwann die Universität abschließen? Und so weiter. Meine Wünsche gingen immer auch mit der Sorge einher, ob ich das schaffe. Erst Jahre später habe ich begriffen, dass es gar nicht nötig ist, Angst zu haben.

Du wusstest ja nun schon sehr früh, was Du willst. Wie hast Du Deine Stärken entdeckt?

Also die Stärke war ja immer in mir – die haben wir übrigens alle. Wichtig war, dass ich gelernt habe, mir von denjenigen nichts einreden zu lassen, die das anders sehen. Wir alle haben ja diesen Lebenskern und wenn wir tief in uns horchen, dann spüren wir den auch und werden ihn im Laufe unseres Lebens entdecken.

Im Grundsatz ist die Frage doch, ob wir leben oder uns leben lassen. Den tiefen Willen, etwas zu erreichen, hatte ich immer, aber das reicht nicht! Man muss auch damit umgehen lernen, wenn die eigenen Wünsche und Visionen nicht berücksichtigt oder nicht ernstgenommen werden.

Vielleicht ist daher meine wahre Stärke gewesen, dass ich die Steine, die mir in den Weg gelegt wurden, beiseite geräumt habe. Das tue ich übrigens bis heute. Es kann schon sein, dass ich nach außen nach bestimmten Faktoren sehr erfolgreich wirke, aber auch für mich gibt es noch viel zu kämpfen. Und natürlich freue ich mich über Lob, aber trotzdem lasse ich weder Lob noch Beleidigung wirklich an meinen Lebenskern herankommen. Ich verfolge einfach strikt meinen Weg.

Stärke ist sehr wichtig für Dich, das wird deutlich. Aber wie gehst Du mit Niederlagen um?

Natürlich habe ich auch viele Niederlagen erfahren, aber die habe ich nie persönlich genommen. Ich habe mir dann einfach gesagt, da kommt der- oder diejenige auch noch hin! Also gerade nicht dieses typisch „Weibliche“: „Mein Gott, was habe ich falsch gemacht?“ Sondern, „naja, der wird's auch noch begreifen“.

Auf der anderen Seite habe ich natürlich auch Phasen gehabt, in denen ich dann mal geschmolzt habe, aber das ging höchstens eine Woche. Mir hat mal jemand gesagt, dass das Gefährliche an der Schmollecke ist, dass einen da niemand rausholt. Das heißt,

wir müssen uns immer wieder selbst motivieren und sagen, „jetzt müssen wir da wieder raus“, ob wir wollen oder nicht. Dann gibt's manchmal scharfen Gegenwind und dann ist man manchmal stark und manchmal ist man halt schwach.

Was ist das Beste an Deiner Arbeit?

Die Freiheit! Ganz konkret heißt das, dass ich jetzt heute hier mit euch sitzen und dieses Interview führen kann, weil ich dazu Lust habe und das wichtig finde. Das heißt, die größte Freiheit, die ich mir nehme, ist selber zu entscheiden, was meine Prioritäten sind; dass ich, wenn ich eine Idee habe, diese einfach umsetzen und durchsetzen kann und einfach mal schaue, was passiert, nicht um Erlaubnis bitten muss. Das sieht man schon an meinem Alltag: In vier Wochen bin ich zweimal als Kriegsberichterstattein an der Frontline; einmal bin ich die Leiterin meines „Hawar.help“-Projekts und setze unsere NGO-Projekte vor Ort um. Dann wieder bin ich im Bundestag und äußere mich politisch. An einem anderen Tag schreibe ich einen Gastbeitrag für die ZEIT – bin also wieder Autorin oder Publizistin. Im nächsten Moment sitze ich im Schnittraum und schneide einen Film – dann bin ich Filmemacherin. Und ich liebe das, ich liebe es! Ich liebe, dass ich alles sein darf.

Und das auch im In- und Ausland? Wie hängt die inländische mit der ausländischen Tätigkeit zusammen?

Die ausländische Tätigkeit ist ganz wichtig für die Brille, durch die ich gucke. Meine Auslandseinsätze erlauben es mir, immer wieder neu auf meine Heimat, Deutschland, zu gucken und selbstverständlich erweitern sie meinen Horizont. Ich verstehe es als meinen Auftrag, dass ich das, was da unten passiert auch mit denen ganz oben, mit den Entscheidungsträgern, zusammenbringe.

Wenn ich „ich“ sage, meine ich eigentlich „wir“. Wir sind ja ein Verein mit ganz viel-

en Frauen: Christinnen, Musliminnen, Jesidinnen. Uns verbindet, dass wir etwas bewegen wollen und dass das, was wir tun, über theoretische Debatten hinausgeht. Wir bringen unsere gemeinsamen Stärken – jede, das, was sie kann – zusammen und daraus entwickelt sich eben auch unsere Arbeit.

Gibt es für Dich ein „nach der Arbeit“?

Ich muss gestehen, die Arbeit ist immer da. Ich werde oft gefragt, wie ich das schaffe. Dann kann ich nur antworten: Weil ich liebe, was ich tue. Natürlich komme ich ab und zu an meine Belastungsgrenzen. Aber es ist der Weg, den ich mir ausgesucht habe. Man muss sich dann eben „Inseln“ schaffen – wobei ich nicht der Typ bin, den eine Woche Strandurlaub zufriedener macht. Mich würde es viel mehr stressen, wenn ich, sagen wir, in die entscheidende Debatte über die Frauenquote nicht eingebunden wäre.

Ich habe mit der Zeit aber auch gelernt, dass ich nicht über jedes Stöckchen springen muss – auch mein Tag hat nur 24 Stunden. Ich kann gut delegieren: allein die Welt retten, das geht nicht. Diese Verantwortung muss von vielen Schultern getragen werden. Nichts von dem, was ich geschafft habe, habe ich allein geschafft.

Es gab aber durchaus Phasen, in denen mir das nicht so gut gelungen ist und ich an meine Grenzen stieß. Bei meiner Arbeit geht es um Leben und Tod – da passiert es schnell, dass man sich selber vergisst. Alles andere erscheint dann wichtiger. Genau das ist aber falsch! Mein Leben, meine Bedürfnisse und ich sind genauso wichtig. Früher habe ich mir manchmal nichts gegönnt, wenn es stressig wurde. Aber die Zeiten sind vorbei! Ich lebe noch und das ist auch gut so. Nur mit dieser positiven Einstellung kann ich meine Arbeit, die emotional sehr herausfordernd ist, überhaupt machen.

Wie gehst Du mit Zweifeln um?

Natürlich zweifle ich, aber diese Zweifel sind meine Triebfeder. Ohne Zweifel wird man selbstzufrieden. Ich verlasse diese Komfortzone regelmäßig. Zweifel hören dann auf, wenn man Dinge einfach macht. Dabei bringt mich meine Familie immer wieder zur Ruhe. Ohne sie würde ich nichts geregelt bekommen; da werde ich aufgefangen, wenn ich mal schwach bin. Ganz viel Kraft geben mir meine Nichten. Bei ihnen kann ich so sein, wie ich bin. Da werde ich um meiner selbst willen geliebt und nicht für das, was ich tue. Diese gemeinsamen Momente sind mir sehr wichtig, ich habe die Normalität liebgewonnen. Gerade, weil mein Leben oft auf der Überholspur stattfindet. (Lacht.) Es tut gut, mal die Seele baumeln zu lassen.

Was war ein Schlüsselmoment in Deiner Karriere?

Ich hatte mehrere Schlüsselerlebnisse. Eines war noch während meiner Festanstellung bei der RTL-Mediengruppe. Da habe ich mich irgendwann nachts gefragt: „Lebst du schon oder wirst du noch gelebt?“. Dem vorausgegangen war wieder einmal eine leidenschaftliche Idee meinerseits, die abgelehnt wurde, wie das eben in Redaktionen so ist. Ich war immer mehr als nur die Journalistin, was sicher für meine Redaktionsleiter nicht immer einfach war. Ich habe mich also gefragt, ob ich da noch richtig

bin. Eine meiner wichtigsten Entscheidungen war dann, am nächsten Tag ohne Plan B zu kündigen. Das war eine intuitive Entscheidung.

Mein zweites Schlüsselerlebnis war 2014: der Völkermord durch den sogenannten Islamischen Staat an meiner Religionsgemeinschaft, den Jesiden. Die vielleicht wichtigste Entscheidung meines Lebens war es wohl, das sichere Deutschland zu verlassen und in diesen Krieg zu fahren, um die Geschichte der Jesiden zu erzählen. Das (unsere Geschichte erzählen) wollte ich schon immer. Durch den IS-Terror wurde sie erzählbar. Das war mein Weg. Ich wusste, dass ich diesen Schritt gehen musste. Sich seinen Ängsten nicht zu stellen, ist eben auch keine Option. Für mich gab es in diesem Moment keine andere Wahl. Ich musste dahin. Für den Mut, diesen Schritt zu gehen, bin ich dankbar.

Direkt daran anschließend: 2014 bist Du mit Deinem Vater ins Kriegsgebiet gereist. Was hat sich durch diese Reise verändert? Wie hat sich Dein Blickwinkel auf Deine eigene Familiengeschichte – Dein Vater kam selbst als jesidischer Flüchtling nach Deutschland – verändert?

Meine jesidische Identität hat sich mehr ausgeprägt. Ähnlich wie viele Migranten der zweiten und dritten Generation habe ich ein Leben lang dafür gekämpft, mit der Mehrheitsgesellschaft zu verschmelzen, ich wollte dazu gehören, nicht anders und exotisch sein.

Ein kleines Beispiel: Meine Oma hatte knallrote Haare und war tätowiert. Einmal als 14-Jährige kam ich mit meinen deutschen Freunden nachhause und sie saß dort auf dem Bürgersteig. Da habe ich so getan, als würde ich sie nicht kennen, weil sie mir peinlich war. Heute schäme ich mich natürlich dafür, aber damals hatte ich einfach noch nicht begriffen, was für ein wunderbarer Mensch sie war.

Dadurch, dass ich nun Augenzeugin dieses Völkermordes geworden bin, habe ich erst verstanden, was meinem Volk seit Jahrhunderten passiert. Die Jesiden werden verfolgt, seitdem es sie gibt. Ich habe plötzlich verstanden, nicht weil ich darüber gelesen habe, sondern weil ich es erlebt, gefühlt habe. So habe ich auch Ängste meiner Mutter verstanden, die früher immer Angst davor hatte, dass ihre Töchter entführt würden. Und auf einmal war das Realität!

Besonders wenn ich vor Studenten spreche, zum Beispiel an vielen sogenannten Eliteuniversitäten in den USA und anderswo, betone ich deshalb immer wieder: Bei Themen wie einem fortwährenden Völkermord reicht es nicht aus, darüber zu lesen. Ihr müsst direkt davon erfahren und auch an Eurer Herzensbildung arbeiten. Ihr müsst verstehen und fühlen, dass Ihr als künftige Entscheidungsträger dieser Welt gegenüber eine Verantwortung habt.

Du hast bereits angedeutet, dass Du mit Kameras und Menschenrechtlern großgeworden bist; Dein Vater kämpfte ja für die Anerkennung jesidischer Flüchtlinge. Trägst Du – gewissermaßen als Staffellauferin – diese Arbeit weiter?

Das hast du schön gesagt, so beschreibe ich das auch in meinem Buch. Da kommt mir ein Bild in den Sinn: Ich komme aus Hannover, da liegt der Maschsee. Gewissermaßen

hat mein Vater mit seiner Arbeit den ersten Stein geworfen – jedes Mal, wenn so ein Stein wieder aufplopt, wird der Stab übergeben. Er hat übrigens den ersten jesidischen Verein in Deutschland gegründet. Nun ist es meine Aufgabe, seine Arbeit fortzuführen.

Wie siehst du die Aufgaben deines Vereins? Wie hat sich die Wahrnehmung der jesidischen Gemeinschaft durch deine Arbeit verändert?

Es geht viel um die Macht der Begegnung und der Akzeptanz. Unsere Vereinsarbeit teilt sich in zwei Bereiche: Einerseits die Dokumentation des Völkermordes an den Jesiden, da arbeiten wir auch mit verschiedenen Bundesministerien zusammen. Die andere Säule ist die Integration. Wir haben ein Bildungs- und ein Sportprojekt, da engagiert sich meine Schwester, Tuqba (ehem. HSV-Spielerin in der Bundesliga; Anmerkung der Redaktion), sehr. Sie bietet etwa Fußballtraining für Bedürftige und Geflüchtete an. Unser Bildungsprojekt heißt „Hawar macht Schule“. Wir klären über die Entstehung von Vorurteilen und Feindbildern auf und helfen, diese abzubauen. Ich sehe es auch als meine Aufgabe an, Grenzen zu überschreiten, Impulsgeber zu sein in Deutschland. Auch in der Politik. Ich glaube daran, dass wir Möglichkeiten schaffen müssen. Und das was mich stört, verändere ich.

Gibt es eine Begegnung, die Dich nicht mehr loslässt?

Die Gründung des Vereins folgte aus meinen Begegnungen im Kriegsgebiet 2014, als ich gesehen habe, was Menschen anderen Menschen antun können. Ich habe dagestanden und habe zu mir gesagt: „Das war's mit Deinem alten Leben. Es gibt zu viel zu tun, nur Journalistin sein reicht nicht. Ich muss nach Möglichkeiten suchen, die Menschen vor Ort im Irak und in Syrien zu retten.“ Ein weiteres Erlebnis war, als ich den Entwicklungsminister, Dr. Gerd Müller, zum ersten Mal auf Delegationsreise begleitete und die Projekte vor Ort vorgestellt wurden. Da habe ich gemerkt, dass wir mehr für die Frauen tun müssen. Die Frauen müssen auch selbst Akteure sein! Dr. Gerd Müller hat mich da sehr unterstützt.

Wie groß ist der Verein jetzt?

Wie haben viele Freiwillige, aber der Kern, das sind vier Leute.

Hat es für Dich eine Rolle gespielt, dass Du eine Frau bist?

Dass ich eine Frau bin, ist mir jeden Tag bewusst. Das ist ein großes Thema, wichtiger denn je. Ich erlebe Rückschritte – wenn man sich etwa die Zusammensetzung des aktuellen Bundestags anschaut. Es sollte meiner Meinung nach aber nicht darum gehen, Frauen Sonderrechte zu geben, sondern die gleichen Rechte! Ich höre oft: Du bist aber selbstbewusst, dafür dass Du eine Frau bist, dafür, dass Du Migrantin bist. Dieses Denken ist noch weit verbreitet, da liegt noch ein langer Weg vor uns. Ich möchte nicht auf solche Labels reduziert werden.

Das Thema Frauenrechte beschäftigt mich immer, mein gesamter Lebenslauf fußt darauf. Mein Ticket in die Unabhängigkeit war die Bildung – das macht den Unterschied. Die Integration beginnt in der Familie, bei den Müttern, den Geschwistern – die müs-

sen wir unterstützen! Und wir als Frauen müssen uns miteinander solidarisieren. Ich sage Frauen immer: Seid selbstbewusst! Holt Euch, was Euch zusteht! Kein Weg geht an den Frauen vorbei!

Zum Abschluss noch ein paar kurze Fragen; bitte antworte in ein bis zwei Sätzen.

Was wolltest Du als Kind werden?

Ich konnte mich damals schon nicht entscheiden! (lacht) Ich habe immer gesagt: Journalistin oder Politikerin.

Hast Du ein Motto?

„Die Tat ist das treibende Element“, ein Zitat von Goethe.

Die schwierigste Entscheidung Deiner Karriere?

Die Entscheidung 2014 in diesen Krieg zu fahren, was ja auch mit Ängsten zu tun hatte. Und die Kündigung, das Aufgeben dieser Sicherheit, das Verlassen meiner Komfortzone. Ich habe schon oft Entscheidungen getroffen, die mit harten Konsequenzen verbunden sind.

Würdest Du es wieder tun?

Immer wieder.

Bist Du Feministin?

Das Wort ist so vielseitig besetzt. Nennt es, wie Ihr wollt, ich kämpfe für Frauenrechte.

Für welche drei Dinge bist Du im Leben besonders dankbar?

Für meine Familie, für die Tatsache, dass ich in Freiheit leben darf. Und ich bin dankbar für meine Kraft.

An wen wendest Du Dich für Rat?

An meinen ältesten Freund Karl, der im Altersheim lebt. Er ist mein bester Freund, er ist immer für mich da, von dem kann ich alles bekommen, außer Komplimente (lacht). Und genau das brauche ich. Er macht mich besser.

Was ist der beste Rat, den Du bekommen hast? Würdest Du diesen an andere junge Frauen weitergeben?

Das hat mir mein Vater beigebracht, indem er es vorgelebt hat: Das Glück ist mit den Tüchtigen. Wenn Dich etwas stört, dann mach was Besseres draus: Machen, nicht jammern. Das Leben selbst in die Hand nehmen.

Letzte Frage: Welche Frage würdest Du Dir noch stellen?

(lacht) Die Fragen waren großartig! Mir hat eigentlich nichts gefehlt.

(Überlegt lange) Vielleicht: wovor hast Du Angst?

Die Antwort darauf? Herausforderungen, vor denen man Angst hat, muss man meistern; und das Gefühl danach, wenn man etwas geschafft hat, das ist Glück für mich. Von Ängsten freisprechen kann ich mich trotzdem nicht, ich versuche, ehrlich damit umzugehen. Ich akzeptiere das Unperfekte. Und gebe niemandem das Recht mein Leben zu dominieren.

Vielen Dank, Düzen Tekkal, für dieses spannende Interview!

Das Interview führten
Valérie Greitens und Anna Seifert.



Foto: Anna Seifert

Raúl Castro geht – Quo vadis, Kuba?

Eine Momentaufnahme

Kuba – karibisches Urlaubsparadies und sozialistischer Einheitsstaat. Das Land, dessen jüngere Geschichte von der sozialistischen Revolution geprägt ist, könnte vor einer Zeitenwende stehen: Die Ära Castro geht zu Ende. Nachdem Revolutionsführer und langjähriger Staatschef Fidel Castro 2016 starb, übernahm sein Bruder Raúl offiziell die Regierungsgeschäfte. Im April 2018 trat er zurück, nachdem er seinen Rückzug aufgrund des Hurricanes Irma verschoben hatte. Nach ersten Reformen in den letzten Jahren fragt sich, wohin Kuba unter einer neuen Regierung steuern wird. Wird sich das Land in Richtung westlicher Demokratie und Marktwirtschaft wenden? Oder bringt die Machtübergabe keinen Neuanfang, sondern den organisierten Stillstand?

Wenn man durch die Straßen Havannas schlendert, macht sich die Veränderung bemerkbar. Sozialistische Parolen treffen auf quirliges Nachtleben. Während am Platz der Revolution Che Guevaras Antlitz an der Hausfassade prangt, funkeln in anderen Stadtvierteln Havannas die Namen von Luxusboutiquen.

In unmittelbarer Nähe zum alten Präsidentenpalast Batistas, welcher nach der sozialistischen Revolution nun ein Museum über die Heldentaten von Fidel und Che beherbergt, entstehen neue Hotels. Die verfallenen Fassaden werden restauriert – zumindest die in erster Reihe an der Promenade Malecón. Längst tuckern nicht mehr nur bunte Oldti-

mer über die Straßen. Auf öffentlichen Plätzen versammeln sich die jungen Kubaner, um sich in die dort verfügbaren Internet-Hotspots einzuwählen. Es tut sich etwas auf Kuba.

Jahr 60 nach der Revolution

1959 stürzt Fidel Castro mit einer Gruppe Revolutionäre durch eine Revolte das US-hörige, auch bei Bürgerlichen verhasste Batista-Regime. Einer seiner Mitstreiter: Che Guevara, der zu einer Ikone der linken Studentenbewegung wird. Seither gilt in Kuba eine neue Zeitrechnung: 2018 etwa ist das 60. Jahr nach der Revolution.

Danach errichtet Castro selbst ein totalitäres Regime, angelehnt an die europäischen Ostblockstaaten. Sein Bruder Raúl Castro wird Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Die Revolution bringt zunächst in vielen Bereichen Fortschritt: Die Alphabetisierung der Landbevölkerung wird vorangetrieben, das Bildungssystem reformiert, die Gesundheitsversorgung modernisiert, die Stellung von Homosexuellen in der Gesellschaft verbessert. Von diesen Modernisierungen profitiert Kuba noch heute.

Andersdenkende müssen jedoch zunehmend mit Repressionen rechnen. Bereits 1961 erklärt Fidel: „Mit der Revolution geht alles, gegen die Revolution geht nichts.“ Viele Intellektuelle verlassen das Land.

In den 1990er Jahren beginnt Kuba, sich der Marktwirtschaft zuzuwenden, nachdem die – auch durch den Zusammenbruch der

Sowjetunion verursachte – Wirtschaftskrise das Land an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Fidel Castro führte das Land näher an Venezuela heran und versuchte so, der Krise Herr zu werden. Noch heute erinnern sich viele Kubaner mit Schrecken an die als „Sonderperiode in Friedenszeiten“ in das kollektive Gedächtnis eingebrannten Jahre. Auf selbstgebauten Booten versuchen viele über das Meer in die USA zu fliehen – und riskieren ihr Leben.

Als Fidel 2008 offiziell seine Ämter niederlegte – man munkelt, Raúl habe die Regierungsgeschäfte bereits spätestens 2006 übernommen – beginnt dieser behutsam, das Land zu modernisieren. Raúl tritt auch in der Öffentlichkeit ganz anders auf als sein Bruder. Während Fidel teils stundenlange Reden auf dem zentral in Havanna gelegenen Platz der Revolution vor seinen Anhängern hielt, gibt sich Raúl eher zurückhaltend, sagt nur das Nötige.

Ein Stückchen Freiheit

Nach und nach wird per Lizenz der Betrieb von privaten Unterkünften, Restaurants und Betrieben erlaubt. Die Kubaner können – wenn auch kontrolliert – auf das Internet zugreifen.

Doch der große wirtschaftliche Aufschwung lässt bislang auf sich warten. Noch immer sind die Regale in vielen Geschäften leer. Fleisch gibt es in kaum einer Metzgerei zu kaufen, mit etwas Glück gibt es ein paar Eier.

An den Wänden hinter leergekauften Auslagetischen prangen Che-Zitate. Viele Kubaner sind nach wie vor auf die Bezugsscheine der Regierung angewiesen, mit denen sie in sogenannten Bodegas Lebensmittel rationiert und vergünstigt einkaufen können – doch die sollen nach und nach verschwinden.

Die Verlierer dieser Entwicklungen sind die Kubaner, die keinen Zugang zu Devisen haben. Bereits während der großen Krise am Ende des vergangenen Jahrhunderts waren es vor allem die Exilkubaner, die mit Überweisungen aus dem Ausland die Insel am Leben hielten.

Den Sprung geschafft?

Viele Kubaner nutzen die neu gewonnenen Freiheiten und betreiben etwa private Restaurants, Hostels oder kleine Betriebe; eine vollständige Öffnung der kubanischen Wirtschaft bedeutet das jedoch nicht.

Heute gibt es in Kuba zwei Währungen: den Peso Cubano und die an den US-Dollar gebundene „Touristenwährung“ CUC. Die staatlichen Gehälter und Renten, die in Peso Cubano ausbezahlt werden, reichen kaum aus, um sich mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs einzudecken. Eine alte Matratze etwa kostet in einem staatlichen Laden so viel wie eine monatliche Rente. Ein Kellner, der Zugang zu Devisen hat, verdient mit Trinkgeld in einer Woche mehr als ein staatlich eingestellter Arzt in einem Monat. Ein Gehalt reicht meist nur bis zur Mitte des Mo-

nats. Die Kubaner sind erfinderisch: Es wird sich gegenseitig unter der Hand ausgeholfen und es wird improvisiert. Da wird schon mal ein Autotank aus einer Plastikflasche gebastelt. Doch wie lange wird die Gesellschaft diesen Spannungen standhalten?

Ein Draht nach draußen

Bis vor wenigen Jahren noch galt Kuba als „Offline-Insel“. Für eine Modernisierung der Wirtschaft ist Internetzugang in Zeiten der Globalisierung unerlässlich, allerdings würden so auch regimekritische Informationen und Beiträge ins Land kommen. Der Zugriff auf das Web ist daher zeitlich begrenzt, nur an öffentlichen Plätzen möglich und selbstverständlich sind nicht alle Seiten ohne Probleme zu erreichen. Eine Stunde surfen kostet 1 CUC – viel Geld für den Draht nach draußen. Fernsehsender und Zeitungen unterliegen nach wie vor der Zensur. Kritische Journalisten wie die Bloggerin Yoani Sánchez werden streng kontrolliert.

Eine postrevolutionäre Generation

Die Errungenschaften der Revolution waren beachtlich. Doch es zeigen sich Risse wie in den Fassaden vieler Häuser, Schulen und Krankenhäuser.

Es herrscht Lehrermangel auf der Insel. Das

einst gepriesene Schulsystem leidet. Häufig wird der Unterricht von schlecht ausgebildeten Hilfslehrern gehalten oder komplett durch das Zeigen von aufgezeichneten Lernvideos ersetzt. Doch noch immer skandieren die Schüler vielerorts nach dem Singen der Nationalhymne: „Wir werden sein wie Che“. Auch im medizinischen Bereich gibt es Schwierigkeiten: Viele Ärzte haben das Land verlassen, sie wurden von der Regierung in Länder wie Venezuela geschickt im Tausch gegen dringend benötigtes Erdöl.

Eine junge, postrevolutionäre Generation Kubaner, die die Entbehrungen der 1990er Jahre kaum erlebt hat, die – wenn auch beschränkt – Zugriff auf das Internet hat, wird erwachsen. Wie viele der gut ausgebildeten, jungen Kubaner werden bleiben? Wie werden sie das Land verändern? Fragen, auf die sich wohl erst in einigen Jahren eine Antwort finden lassen wird.

Schwierige Beziehung zum großen Nachbarn

Es bleibt auch abzuwarten, wie sich die Beziehungen Kubas zu den USA entwickeln werden. Auf nicht offizieller Ebene sind die beiden Länder eng verbunden: Rund 1,2 Millionen Auslandskubaner leben in den USA, vor allem in der Gegend rund um Miami in Florida – nur eine Flugstunde, aber dennoch

Welten von Havanna entfernt. Ein kubanischer Witz etwa geht so: Wie miauen die Katzen in Havanna? „Miami, Miami“.

Unter Raúl und Obama findet eine erste Annäherung statt. Das von den Vereinigten Staaten 1960 verhängte Handelsembargo wird gelockert, die Botschaft in Havanna direkt an der Uferpromenade wiedereröffnet. Von amerikanischen Flughäfen starten wieder Direktflüge nach Kuba, der Tourismus nimmt zu. 2016 besucht Barack Obama die Insel. Viele Kubaner sind noch immer stolz darauf. Eine alte Dame mit Zigarre im Mund fegt die Straßen von Havanna. Auf ihrer Brust prangt ein Obama-Button. Ein betagter Herr, der seine Rente durch den Verkauf von Erdnüssen aufbessert, erzählt stolz, auch Obama habe seine Erdnüsse probiert.

Doch der Regierungswechsel hin zu Trump und die bislang nicht aufgeklärten Verletzungen von US-Botschaftsmitarbeitern auf Kuba belasten das Verhältnis der beiden Staaten. Der Ton ist schärfer geworden, weniger Touristen besuchen Kuba.

Ein langer Weg

Trotz erster Reformen: Der Weg hin zu einer Demokratie mit freier Marktwirtschaft und gesicherten Menschenrechten ist noch weit. Es ist noch nicht klar abzusehen, wohin sich Kuba entwickeln wird. Auch viele Kubaner

zweifeln – und warten. Warten scheint auf Kuba ohnehin zum Alltag zu gehören. Man wartet vor der Bäckerei, ob es heute Brot gibt. Man wartet auf den Bus, der mal wieder ausfällt. Oder man wartet auf den politischen Neuanfang in Havanna, der kommt – oder eben auch nicht.

Mittelfristig wird der Staat wohl nicht jegliche Kontrolle über Staat und Wirtschaft abgeben – auch wenn ein Prozess der Liberalisierung eingesetzt hat. Der im April als Nachfolger von Raúl Castro eingesetzte Miguel Díaz-Canel gilt als zurückhaltend und regimetreu – sorgfältig ausgewählt. Er versichert bereits kurz nach seinem Amtsantritt, am Sozialismus festhalten zu wollen. Denn selbst wenn nun eine postrevolutionäre Generation an der Reihe ist, die Geschicke Kubas zu lenken: Die Castro-Brüder haben die Insel über Jahrzehnte hinweg geprägt. Gerade Fidel ist noch immer präsent, auch wenn er selbst einen Personenkult um sich stets ablehnte. Viele Mauern zieren Graffiti mit seinem Gesicht und Zitaten aus seinen Reden. An den Autobahnen erinnern große Tafeln an die Heldentaten des „Comandante en jefe“. Die parteieigene Zeitung ist überall in mehreren Sprachen verfügbar. Ein Titel: „Fidel. Wir werden treu zu dir stehen.“

.....
Anna Seifert

Longing for Life to Continue

On Being an Underage Asylum Seeker in Greece

„Some nights,“ Jamil says, looking at the airplane in the sky becoming smaller as it gains height, “some nights, when I can’t sleep, I come here and watch the airplanes. And I imagine it is me on the plane, flying to Germany to see my family.“

We are sitting on the balcony of a shelter for unaccompanied minor asylum seekers in Greece. Jamil, 17 years old and from Syria, is one of them. The shelter has been painted in bright happy colours by the caring social workers of a local NGO. Since it is located outside the city, everything is far away; the only exception, ironically: the airport.

I must have met him in September or October 2017. I do not remember exactly, and it does not matter since days and months easily turn into one blurred, yet seemingly endlessly drawn-out time span when waiting underlies everything one does. It is his fate and the fate of many other young people I want to talk about.

How the Waiting Began

The boys I am talking about came to Greece during the so-called refugee crisis, widely accepted to have started in 2014 with the increased influx of asylum seekers into Europe. Most of us have seen the distressing pictures of undignified living conditions in improvised camps, such as Idomeni close to the Greek-Macedonian border. In 2014, 50.000 people crossed the Greek border; within the first six months of 2015 another 76.000 arrived in the country. A year later, the EU closed its internal borders along the popular Balkan route and, in March 2016, signed a deal with Turkey to prevent more people from crossing its borders. People who did not plan to stay in Greece got stuck in the country. After some time, the camps were cleared. And with this, the indefinite waiting for the migrants in Greece began.

What They are Waiting For

Officially, refugees in Greece are left with three options: Applying for asylum in Greece, applying to be transferred to another country under the EU emergency relocation scheme, or applying for family reunification with family members in another EU country. Whatever option they choose, though, waiting is inevitable.

Some are waiting for a decision on their application. Others, whose application was successful, are waiting to be told when they will be allowed to buy a ticket, like Jamil. And when they are finally allowed to leave, they will wait again: for a decision on their claim for asylum in their destination country. Waiting, every day, for months or even years.

Why Governments Encourage a Lengthy Procedure

The procedures are complicated and lengthy. During my time working for a Greek NGO in 2017, I met applicants who had been waiting for up to two years for a decision on their future. The CEAS, the Common European Asylum System, is not as common as it aims to be. Definitions of who is a „real“ refugee and therefore deserving of asylum and what dignified reception conditions exactly are, are vague. Every country is free to interpret these guidelines differently. This bears the danger of countries trying to have the lowest standard in order to create a repellent effect on asylum seekers. Making people wait for what seems an eternity, appears to be one strategy in this disgraceful competition.

Why the Waiting Has to Stop

While I was researching young asylum seekers’ experiences in Greece, the topic of wait-

ing came up in every conversation. The boys described psychological impacts such as anxiety, stress and depression as consequences. It is hard to wait for a life-determining decision. Not knowing the outcome of one’s application, and – maybe even worse – not knowing when one will finally know the outcome. Some of the boys even claimed that they would accept a rejection, if only they were told what was going to happen to them, if only they could regain control over their own lives. “We are in between two lines – acceptance and rejection,“ one of my interviewees told me. “You can’t even be active in between.“ Asylum limbo is what this state of uncertainty is called in migration research. Plans for the future can only be vague, as everything one is working towards can be lost easily within a second, should the decision finally arrive. Being in this situation is strenuous. It severely affects the well-being of people who, very often, have gone through traumatic experiences. I would even say: Asylum applicants’ time is stolen from them. The power to determine their own lives is taken away from them. But shouldn’t this be a basic right: being able to determine one’s own life? I strongly believe this to be the right of everyone, regardless of what kind of migrant one is, “real refugee“ or “economic migrant“, those being questionable categories anyway. Making people wait for months or even years violates this basic right and is not justifiable.

Ending the Waiting is a Political Imperative

The „refugee crisis“ did not turn into a crisis because of the number of migrants arriving in Europe. After all, the 4 million people that applied for asylum from 2011–2016 represent only 1% of the EU’s total population. Rather than that, it is a crisis of EU migration policies. It was and is a crisis because of the inability of the EU to govern asylum in a way that respects peoples’ basic rights and dignity. Although the so-called “refugee crisis“ does not have the highest priority on the news media’s agenda anymore, the waiting continues. This is a defect that needs to be addressed and dealt with.

At the shelter for unaccompanied minors, outside the city, the boys are far away in many ways. Far away from their previous lives, and even further from knowing what their future lives will look like. “In Greece, my life has stopped,“ Jamil says, smiling vaguely. I am thinking about this as we watch the airplanes together, day after day, waiting for the waiting to be over.

.....
Leona Weiher
- Aalborg University -



Illustration: Philip Heider

RECHT



Foto: Anna Seifert

„Was uns zusammenhält, ist die Verfassung“

„Keep calm and go to Karlsruhe“ – Die 2015 in Berlin gegründete Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. kämpft durch strategische Prozessführung für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in Deutschland. Sie begleitet juristisch brisante Einzelfälle vor Gericht, um über den Weg der Rechtsprechung über den Einzelfall hinausgehende Ziele zu verfolgen. Im Interview schildert Gründungs- und Vorstandmitglied Prof. Dr. Nora Markard, M.A. die Ziele und Rolle der Organisation.

Hannah Arendt prägte die Forderung nach dem „Recht, Rechte zu haben“. Wie ordnen Sie dieses Zitat für sich ein – gerade in Bezug auf Grund- und Menschenrechte?

Das ist natürlich ein sehr anspruchsvolles, rechtsphilosophisches Konzept. Konkret übersetzen lässt es sich für mich damit, dass der Zugang zu den Rechten, die man auf dem Papier hat, ein ganz wesentlicher Aspekt für die Verwirklichung der Verfassung ist.

Dazu gehören für mich – und das geht teils natürlich über Arendt hinaus – die Kenntnis dieser Rechte, die grundlegenden Voraussetzungen zur Ausübung dieser Rechte, die Anerkennung als Rechtsträgerin in der politischen Gemeinschaft, in der ich mich bewege. Viel davon ist auch für uns in der GFF (Gesellschaft für Freiheitsrechte, Anm. d. Red.) wichtig.

Auf der praktischen Ebene bedeutet dies, dass ich meine Rechte kenne, dass ich eine Möglichkeit habe, sie zu verteidigen und, dass ich Zugang zu Expertise habe.

Und auf einer ganz grundlegenden Ebene ist die Anerkennung als Rechtssubjekt wichtig. Wenn es um sogenannte Gefährder, den Status von Flüchtlingen oder diskriminierte Minderheiten geht, ist es wichtig festzustellen, dass das alles Menschen mit Grundrechten in Deutschland sind; dass es keinen rechtsfreien Raum, keinen rechtsfreien Status und keinen Ausnahmezustand gibt.

Die Verfassung muss immer gelten. Und wir als Demokratie mit einer freiheitlichen Verfassung müssen uns innerhalb des von uns gesetzten Rahmens mit diesen und anderen Problemen auseinandersetzen.

Wie würden Sie die Ziele der GFF konkret formulieren?

Eines unserer Ziele ist sicherlich, den Gesetzgeber immer wieder dazu zu verpflichten, seiner Pflicht, die Verfassung zu wahren, nachzukommen. Idealerweise passiert dies bereits im politischen Diskurs, in welchem auch die Grenzen der Verfassung diskutiert werden. Aber es gelingt nicht immer so, wie man sich das wünschen würde – da haken wir ein. Insofern ist unser Ziel die Sicherung des verfassungsrechtlichen Rahmens für die freiheitliche und solidarische Gesellschaft. Dieser Rahmen soll demokratisch ausgestaltet werden. Es geht uns nicht darum, konkrete

politische Vorgaben mit rechtlichen Mitteln durchzusetzen, sondern um das Freihalten des Raumes für Auseinandersetzungen und der Sicherung der Teilhabe an diesem Diskurs.

Direkt daran anschließend: In welche Richtung soll sich die GFF bewegen, wie definieren Sie ihre gesellschaftliche Rolle? Sehen Sie eine politische Verantwortung oder nur eine juristische?

Die GFF-Mitglieder sind alle politisch denkende Menschen. Sie alle haben zu gesellschaftlichen Fragestellungen oft eine dezidierte, aber durchaus nicht immer dieselbe Meinung. Wir bilden ein gewisses Spektrum ab – sowohl hinsichtlich der Parteimitgliedschaft, als auch was sonstige außerparteiliche Zugehörigkeiten angeht.

Was uns in der GFF zusammenbringt ist das, worauf wir uns auf jeden Fall einigen können, nämlich das Ziel, die Verfassung gegen Untergrabungen oder eine zu starke Geringschätzung im gesellschaftlichen Diskurs zu verteidigen zu wollen. Insofern ist das unsere Agenda. Sicherlich hat jede und jeder von uns zusätzlich auch persönliche politische Gründe, manche Verfahren als besonders wichtig anzusehen.

Im Wesentlichen geht es uns darum, dass es eine Organisation gibt, die die Arbeit von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren schützt oder ermöglicht, wenn sie mit ihrer oftmals rein politischen Arbeit an ihre Grenzen stoßen.

Welche Grund- oder Menschenrechte sehen Sie aktuell in Deutschland gefährdet? Hat sich die Situation in den letzten Jahren verändert? Sind die Bürger*innen weniger grundrechtsbewusst geworden?

Bezogen auf den ersten Aspekt: Im weltweiten Vergleich steht Deutschland natürlich relativ gut da im Bereich Menschenrechte. In manchen Regionen fehlt es schon an der Achtung der grundlegenden Rechte, wenn der Staat Gewalt zulässt oder gar fördert, zum Beispiel, wenn gewaltsame Vertreibungen stattfinden oder Paramilitärs Menschen „verschwinden“ lassen. Allgemein gesprochen geht es uns in Deutschland auf den Grundrechtsschutz bezogen also gut. Natürlich gibt es aber immer ein Spannungsfeld zwischen politischen

Präferenzen und verfassungsrechtlichen Bindungen. Das ist typisch für eine Demokratie. Ich glaube trotzdem, dass es in letzter Zeit eine Entwicklung gegeben hat, die ich mit Sorge beobachte und die sich in anderen europäischen Ländern bereits stärker bemerkbar gemacht hat als bei uns. Es entwickelt sich ein Wille, der weit in die Gesellschaft hineinreicht, die Verfassung auch mal zurückzustellen, wenn es „sein muss“. Das haben wir im Rahmen der Flüchtlingsschutzkrise erlebt, das sehen wir auch im Auftreten von Parteien wie der AfD.

Da werden meiner Ansicht nach teils wichtige Grundlagen unserer gesellschaftlichen Organisation zur Disposition gestellt. Hier sehe ich auch einen Bildungsauftrag der GFF, den Menschen in Erinnerung zu rufen, dass die Verfassung nicht einfach existiert, auch wenn wir uns nicht um sie kümmern. Stattdessen gibt es gesellschaftliche Prozesse, die ihr Funktionieren in Frage stellen und vielleicht dazu führen können, dass Entwicklungen wie wir sie in Polen oder Ungarn beobachten können, vielleicht gar nicht so weit von uns weg liegen, wie wir glauben.

Wir hören immer öfter, der gesellschaftliche Kitt gehe verloren, die Menschen sehnen sich nach einem „Heimatgefühl“. Da ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass das, was uns in einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft zusammenhält, die Verfassung ist.

Was die Grundrechtssensibilität angeht, gibt es meiner Meinung nach ein paar Themen, die an Brisanz verloren haben. Gerade im Bereich Datenschutz und Überwachung hat es eine gewisse Gewöhnung an Datenfreigabe gegeben, sodass etwa eine Diskussion wie über den Großen Lauschangriff heute so nicht mehr vorstellbar ist. Da werden gerade die Kompetenzen der staatlichen Stellen auf eine Weise ausgeweitet, die noch vor 20 Jahren undenkbar war – und es interessiert scheinbar niemanden. Auch hier ist die GFF gefragt; es gilt, Gefahren für Bürger und Bürgerinnen aufzuzeigen.

Wie kann hier die strategische Prozessführung, welcher sich die GFF bedient, Abhilfe schaffen? Was sagt die Notwendigkeit einer strategischen Prozessführung über unseren Rechtsstaat aus?

Strategische Prozessführung bedeutet nicht

nur zu überlegen, wie ich einen konkreten Prozess so führe, dass ich ihn möglichst gewinne. Es geht vielmehr darum, die uns als Nichtregierungsorganisation zur Verfügung stehenden Ressourcen und Gelder so effizient wie möglich einzusetzen. Wir suchen uns die wichtigsten Probleme und die dafür entscheidendsten Fälle, um eine Klärung für darauffolgende Fälle zu schaffen, die sich daran orientieren können. Wir versuchen also Präzedenzurteile zu erreichen, die eine Wirkung über den Einzelfall hinaus haben. Wir arbeiten also selektiv, um den Kern der Sache zu treffen.

Einer unserer Slogans ist „Besseres Recht durch bessere Klagen“. Strategische Prozessführung heißt also auch, die Fälle mit besonders großer Expertise zu begleiten. Klar, eine Verfassungsbeschwerde kann grundsätzlich jeder Mensch erheben. Allerdings gibt es in Deutschland nur wenige Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die sich gerade auf diesem Gebiet besonders gut auskennen. Leider sind die prozessualen Hürden sehr hoch, viele Verfassungsbeschwerden werden daher als unzulässig abgewiesen – und das ist oft vermeidbar. Wir als GFF versuchen, genau solche Fehler durch unseren Rat zu verhindern. Auf der Jahrespressekonferenz des Bundesverfassungsgerichts wurde auf Nachfrage die hohe Qualität unserer Schriftsätze betont – fast alle unserer dort anhängigen Fälle haben es in die monatlich erscheinende Liste der wichtigen Neueingänge geschafft!

Natürlich werden wir trotzdem nicht jeden unserer Fälle gewinnen. Bei Verfassungsbeschwerden gegen Gesetze gewinnt man häufig in der Sache, indem man offiziell verliert, da das Gericht die betreffende Norm eben verfassungskonform auslegt. Was zählt, ist das Ergebnis: eine verfassungskonforme Situation.

Provokant gefragt – gibt es Fälle, die Sie kategorisch ablehnen würden? Personengruppen, die Sie nicht begleiten würden?

Diesen Fall hatten wir noch nicht; das müssten wir also im Vorstand beraten. Ausschließen will ich es nicht.

Aber grundsätzlich gilt ja gerade bei Grund- und Menschenrechten, dass sie eben für alle gelten und dass eben gerade keine Ausnahmen gibt. Beispiel: die unbegrenzte Präventivhaft, die in Bayern für sogenannte Ge-

fährder eingeführt wurde. Solche Leute sind tendenziell das Gegenteil von Sympathieträgern, aber trotzdem sehe ich hier eine wirklich grundlegende Problematik, weswegen ich es sinnvoll fände, wenn die GFF diesen Fall betreuen würde.

Wir etablieren hier eine Präventivhaft; eine Person kann festgehalten werden, ohne dass ihr konkret etwas vorgeworfen wird. Das ist ein gefährlicher Dammbreach, in einem Bereich, in dem wohl vom Gefühl her kaum jemand etwas dagegen hat, aber der Gefahr laufen kann, sich auszubreiten. Das ist so eine schwere Grundrechtsverletzung, das können wir nie dulden – deswegen nehmen wir uns auch solcher Fälle an. Da müssen wir sagen: Halt! So können wir als verfasste Demokratie mit Grundrechten nicht mit Menschen umgehen.

Wenn jemand wegen Volksverhetzung verurteilt wird und nun Verfassungsbeschwerden wegen des Rechts auf Meinungsfreiheit erheben möchte, würde ich das ungern machen. Da sehe ich persönlich aber auch kein größeres gesellschaftliches Problem dahinter.

Wie gestaltet sich Ihre Öffentlichkeitsarbeit, gerade bei „unliebsamen“, aber grundlegenden Fällen?

Wir versuchen immer, einen Fall gewissermaßen zu „erzählen“, also deutlich zu machen, was gerade passiert. Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen: Das eine betrifft die Durchsuchung von Mobiltelefonen von Geflüchteten, das andere die Ausweitung der Kompetenzen des BND (Bundesnachrichtendienst, Anm. d. Red.) im neuen BND-Gesetz. Im ersten

Fall gab es tatsächlich – für uns zum ersten Mal – einen kleinen sogenannten Shitstorm auf Facebook. Wir hatten in einem auf Facebook veröffentlichten Artikel darauf hingewiesen, dass wir es für äußerst problematisch halten, wenn systematisch Daten von diesen Personen gesammelt und gespeichert werden sollen. Darunter fanden sich plötzlich im Minutentakt gepostete Kommentare, die zum Teil sowohl sprachlich als auch von den vertretenen Positionen jenseits einer gesunden Diskussionskultur lagen.

Auf einzelne, kritisch aber höflich formulierte Kommentare haben wir natürlich geantwortet, und erklärt, dass sich der Gesetzgeber in jedem Fall an die Verfassung halten muss. Wir verlieren als Gesellschaft etwas, wenn sich der Staat gegenüber einer Minderheit aufgibt. Salopp gesprochen: Selbst, wenn du politisch etwas gegen Flüchtlinge hast, musst du akzeptieren, dass nach unserer Verfassung jeder Mensch Rechte hat.

Der BND-Fall ist sehr abstrakt und kompliziert, daher haben wir uns auf eine besonders gefährdete Berufsgruppe konzentriert: Journalistinnen und Journalisten; wir arbeiten sehr eng mit der Organisation Reporter ohne Grenzen zusammen.

Wir haben also mit einigen investigativ, mit Quellen im Ausland Arbeitenden Gespräche geführt, um so die Problematik für die Öffentlichkeit leichter zugänglich zu machen – ohne es so zu vereinfachen, dass es rechtlich nicht mehr präzise ist.

Eine Nachfrage zur Zusammenarbeit mit Organisationen wie Reporter ohne Gren-

zen: Wie sehen Sie die Rolle der GFF in der Kooperation mit „klassischen“ Menschenrechtsorganisationen, deren Fokus vor allem auf dem Aufzeigen von Missständen liegt?

Ich glaube, dass sich unsere Aufgabenbereiche teilweise überschneiden, gerade im Bereich der Sensibilisierung. Was Organisationen wie Amnesty International leisten – Kampagnenarbeit, Lobbying, Aktionen, Demos, Unterschriftensammeln – das machen wir alles nicht. Wir beschränken uns bewusst auf die juristische Arbeit, bringen die rechtlichen Fragen an die Öffentlichkeit und kommunizieren auch in die wissenschaftliche Öffentlichkeit hinein. Es geht uns nicht darum, für politische Ziele zu werben. Es sind also komplementäre Aufgaben: Andere Organisationen sind im politischen Diskurs aktiv, und wir unterstützen sie auf der rechtlichen Seite, indem wir den Raum dafür freihalten. Wenn es um die Verteidigung der Grundrechte geht, sind unsere Kommunikationsziele sicher ganz ähnlich, deshalb arbeiten wir gerne zusammen.

Zudem liefern Partnerorganisationen oft die inhaltlichen Informationen unserer Fälle, wir entwickeln hieraus die juristischen Problematiken.

Zum Abschluss noch ein paar kurze Fragen: Welchen Prozess würden Sie gerne führen?

(lacht) Puh, schwierig; in allen Rechtsbereichen gibt es Problemfelder! Ein Fall, der in den Medien herumgeistert, unterstützen wir jetzt: Die Gießener Frauenärztin Kristina Hänel, die wegen eines Verstoßes gegen § 219a StGB verurteilt ist und jetzt Rechtsmittel einlegt. Dieser Fall ist mir persönlich

wichtig, da es um reproduktive Rechte geht. Was ich als Flüchtlingsrechtlerin relevant finde: Im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes gibt es Kürzungsmöglichkeiten für Mittel, die ohnehin schon unter dem Hartz IV-Satz liegen. Da läuft man Gefahr, in einen Bereich unterhalb des Existenzminimums zu rutschen, das darf nicht sein.

Gibt es Fälle, die Sie nachts wachhalten?

Ja, ständig! Jeder Fall, für den wir uns entscheiden, ist eine Herzensangelegenheit.

Ihr Slogan ist: „Keep calm and go to Karlsruhe.“ Provokant nachgefragt: Soll da Schluss sein? Ist eine Zusammenarbeit auf europäischer oder internationaler Ebene geplant?

Unsere Fälle werden immer einen Bezug zu Deutschland haben, das ist unsere Ausrichtung. Aber sicher ist auch denkbar, dass wir auch Vorlagen am Europäischen Gerichtshof anregen oder bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gehen.

Was die transnationale Zusammenarbeit angeht: Wir haben bereits Pläne für ein „Litigation Lab“ in der Schublade, wo wir Organisationen aus anderen Ländern unsere rechtliche Expertise zur Verfügung stellen würden. Und international vernetzt sind wir natürlich auch. Alles Weitere würde ich nicht ausschließen, aber das wird sicher nicht in der nahen Zukunft passieren. Wir möchten erst langsam in Deutschland wachsen.

.....
Das Interview führten
Anna Seifert und Isabelle Stein.

Die Rettungen der spanischen und italienischen Banken im Sommer 2017:

Ist die Bankenunion funktionsfähig oder nicht?

Einführung: Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus und seine Ziele

Das Scheitern der viertgrößten amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers führte 2008 zu weltweiter Panik auf den Finanzmärkten. Man hatte sich dagegen entschieden, der Bank die benötigte finanzielle Hilfe zu gewähren. Der darauffolgende Kollaps von Lehman Brothers verursachte jedoch weitaus größere Probleme, da Lehman Brothers zu viele kritische Funktionen erfüllte und international zu verknüpft war. Daher verursachte das systemlose Scheiternlassen der Bank eine Kettenansteckung anderer Finanzinstitute und führte zum Zenit der globalen Finanzkrise. Lehman Brothers zeigte also, dass es nicht möglich war, große Banken einfach scheitern zu lassen. In der Folge setzten Staaten hohe Summen von Steuergeldern zur Unterstützung anderer in Schieflage geratener Banken ein (Bail-out). Die Folge war eine enorme Belastung der Staatshaushalte. Es wurde klar, dass man eine dritte Option für kranke Banken brauchte: kein bedingungsloses Bail-out durch den jeweiligen Staat; denn dies provoziert und fördert unseriöses Wirtschaften seitens der Banken und belastet die Staatshaushalte, aber auch kein einfaches strategieloses Kollabierenlassen großer „systemrelevanter“ Banken, weil

durch die weitreichenden Verknüpfungen großer Banken die Weltwirtschaft in Gänze gefährdet wird.

Diese dritte Option sollte innerhalb der EU der 2015 neu geschaffene Einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) sein. Der SRM ist eine der drei Säulen der Bankenunion. Statt Banken strategielos scheitern zu lassen, schafft er die Möglichkeiten, scheiternde – korrekt bezeichnet „ausfallende“ Banken – durch einen bankenspezifisch erarbeiteten Plan abzuwickeln. Die Regie für die Erarbeitung dieses Plans und für den gesamten Abwicklungsprozess wurde auf die europäische Ebene verlagert. Darin zeigt sich die Lehre aus der Finanzkrise, dass die Kontrolle der Banken durch ihren jeweiligen Heimatsstaat nicht funktioniert; denn aufgrund eines sogenannten Home Bias beaufsichtigten Staaten ihre eigenen Banken zu nachlässig. Eine Abwicklung auf europäischer Ebene soll die schädlichen Interdependenzen zwischen Staaten und ihren Banken nun auflösen.

Um es kurz zusammenzufassen: Der SRM soll ein neues „Abwicklungsregime“ als Alternative zum normalen Insolvenzverfahren bei Banken schaffen, weil insolvente Banken nicht einfach scheitern gelassen werden dürfen. Dieses Regime soll sicherstellen, dass trotz Abwicklung kritische Funktionen von Banken weitergeführt werden können. Zu-

dem sollen die Steuerzahler nicht mehr für das Kapital aufkommen müssen, das von den Banken benötigt wird, um den Kollaps abzuwenden. Bei kleineren Banken ist dieses recht aufwändige Verfahren nicht notwendig, weil ihr Kollaps die Finanzstabilität in der Regel nicht gefährdet.

Im Sommer 2017 kam der SRM das erste Mal zum Einsatz und zwar bei gleich vier Banken, die in seinen Zuständigkeitsbereich fielen: der spanischen Bank Banco Popular, der italienischen Bank Monte Paschi und den beiden italienischen Veneto-Banken.

Ablauf der Bankenrettungen im Sommer 2017:

Spanien

Die Rettung der spanischen Bank Banco Popular war der erste Fall einer Bankenrettung, die nach europäischem Abwicklungsrechts unter Regie des neuen europäischen Abwicklungsausschusses (SRB) erfolgte. Der SRB entschied, dass das Abwicklungsverfahren einschließlich eines Bail-ins eingeleitet werden müsse, nachdem die Bank erhebliche Liquiditätsprobleme aufgewiesen hatte. Sein Abwicklungsplan wurde von der europäischen Kommission gebilligt und innerhalb von 24 Stunden umgesetzt. Aktionäre und Inhaber nachrangiger, das heißt besonders riskanter Schuldverschreibungen, mussten

der Bank das nötige Kapital zur Verfügung stellen: Ihre Finanzinstrumente wurden in Eigenkapital umgewandelt und vollständig herabgeschrieben, sodass Banco Populares Unternehmenswert wieder bei 0 und nicht mehr im negativen Bereich lag. Anschließend erwarb die spanische Großbank Santander Banco Popular für den symbolischen Kaufpreis für einen Euro. Einige Finanzexperten hatten zuvor befürchtet, dass der Bail-in zu Unruhen auf den Finanzmärkten führen würde, weil nun Aktionäre und Anleihegläubiger anderer weniger solider Banken versuchen würden, ihre Finanzinstrumente zu verkaufen. Dies geschah jedoch nicht. Trotz des Bail-ins reagierten die Finanzmärkte ruhig. Zur befürchteten Ansteckung kam es nicht. Zusammengefasst haben also die Aktionäre und Anleihegläubiger die Kosten des Ausfalls – also quasi der Insolvenz – der Banco Popular getragen. Der spanische Staat musste keinerlei finanzielle Unterstützung für das instabile Kreditinstitut leisten. Dank des raschen, weniger als einen Tag dauernden Abwicklungsverfahrens konnten alle bedeutenden Funktionen der Bank weitergeführt werden.

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Italien: Monte Paschi und die Veneto-Banken

Die Rettung der italienischen Banken lief wesentlich anders ab. Die Details sind komplexer als bei Banco Popular. Entscheidend ist eigentlich nur, dass bei allen italienischen Banken keine Abwicklung nach EU-Recht und durch den SRM stattfand und dass bei allen Rettungen der italienische Staat finanzielle Unterstützungsleistungen in Milliardenhöhe bewilligte. Zwar mussten die Aktionäre und Inhaber nachrangiger Anleihen mit ihrem gesamten Kapital haften, jedoch fehlte den Banken danach immer noch Kapital. Für diese Lücke kam der italienische Staat auf. Nach europäischem Abwicklungsrecht hätten noch andere Anleihegläubiger, nämlich die Inhaber vorrangiger – das heißt besser geschützter, damit sicherer Anleihen – haften müssen. Deren Haftung hätte den Banken jeweils genug Eigenkapital zur Verfügung gestellt, sodass der Staat keine Unterstützung hätte leisten müssen. Die Haftung von vorrangigen Anleihegläubigern wollte Italien jedoch verhindern.

Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus: funktionsfähig oder nicht?

Diese Ereignisse waren die erste Bewährungsprobe für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus. Hat er seine Ziele also erreicht oder nicht?

Spanien

Im Falle der spanischen Bank hat der SRM gezeigt, dass er die Abwicklung einer systemrelevanten Bank gewährleisten kann. Es konnte schnell abgewickelt werden und alle angestrebten Abwicklungsziele wurden erreicht: Durch die Veräußerung der Bank an eine andere spanische Großbank wurden die wichtigen Funktionen Banco Popolars nahtlos aufrechterhalten. Aktionäre und Anleihegläubiger hafteten (Bail-in) in Höhe des gesamten benötigten Kapitals, sodass keine öffentlichen Mittel zur Rettung benutzt werden mussten. Oft wurde vor den Anstreichungsrisiken, die ein Bail-in aufgrund der Signalwirkung für Gläubiger und Investoren birgt, gewarnt. Jedenfalls im Falle der Banco Popular hat sich diese Gefahr aber nicht realisiert, denn die Finanzmärkte reagierten ruhig auf die Rettung trotz des Bail-ins.

Italien

Deutlich problematischer waren die Bankenrettungen in Italien. Ein wichtiges Ziel des SRM ist wie oben genannt, dass ein Bail-out, also eine Rettung mithilfe von staatlichen Geldern, vermieden werden sollte. Sowohl bei der Rettung Monte Paschis als auch bei der Liquidation der Veneto-Banken leistete Italien jedoch finanzielle Unterstützungsleistungen im teilweise zweistelligen Milliardenbereich.

In beiden Fällen wurden zwar juristische Ausnahmeregelungen in Anspruch genommen, die ermöglichen, dass auch bedeutende Banken unter gewissen Voraussetzungen staatliche Finanzhilfen bekommen können, ohne dass EU-Abwicklungsrecht angewandt wird. Jedoch unterliegen diese Ausnahmeregelungen eigentlich strengen Voraussetzungen, die Missbrauch vorbeugen sollen.

Monte Paschi

Im Falle Monte Paschis war dies die sogenannte „vorsorgliche Rekapitalisierung“. Sind deren Voraussetzungen einschlägig, muss nicht abgewickelt werden und die Bank kann trotzdem staatliche Unterstützungsleistungen bekommen. Die Voraussetzungen sind, dass die Bank solvent sein muss und die Unterstützungsleistungen nach ei-

ner Prognose nur vorsorglich und zeitweise erfolgen werden. Vor dem Hintergrund der jahrelang anhaltenden Finanzprobleme der Bank ist schwer nachzuvollziehen, dass Monte Paschi als eigentlich solvent, das heißt als solvent genug für eine sogenannte vorsorgliche Rekapitalisierung eingeschätzt wurde. Die Bank hatte in den Vorjahren Nettoverluste in zusammengerechnet zweistelliger Milliardenhöhe verzeichnet. Im EU weiten Bankenstresstests von 2016 schnitt sie im Stressszenario, dem Worst-Case-Szenario, als schlechteste Bank überhaupt ab. Sie war das ungeschlagene spektakuläre Schlusslicht des Tests. Auch beim Stresstest von 2014 wies die Bank erhebliche Kapitaldefizite auf. Nach der Veröffentlichung der Stresstestergebnisse brach die Aktie sowohl 2014 als auch 2016

Warum also wurde eine vorsorgliche Rekapitalisierung bewilligt? Zu befürchten ist, dass keine rechtliche, sondern eine rein politische Erklärung zu suchen ist: Italien wollte aufgrund der Anlegerstruktur der meisten italienischen Banken ein Bail-in unbedingt vermeiden. Wie oben schon erwähnt hielten in Italien nämlich besonders viele Kleinanleger vorrangige und nachrangige Anleihen. 70 Prozent der italienischen ausfallenden Kredite wurden von Privatanlegern und kleineren Unternehmen besessen. Ohne die Rekapitalisierung hätte Monte Paschi wahrscheinlich über ein Bail-in abgewickelt werden müssen. Dann hätten nicht primär die Großunternehmen, sondern auch die normalen Durchschnittsbürger haften müssen, weil diese die Finanzinstrumente halten, die entwertet

italienische Staat – und damit letztendlich der Steuerzahler – haftete für den größten Teil des benötigten Kapitals. Der Fall Monte Paschis zeigt zudem, dass es der SRM jedenfalls nicht vollständig schafft, die Interdependenzen zwischen Staaten und ihren Banken aufzulösen und einem Home Bias vorzubeugen.

Veneto-Banken

Im Falle der Veneto-Banken wurde eine weitere Ausnahmeregelung in Anspruch genommen, die es ermöglichte, dass nach nationalem Insolvenzrecht abgewickelt werden konnte. Die Pressemitteilung des SRBs stellt dazu nur kurz und pauschal fest, es sei kein öffentliches Interesse an einer Abwicklung nach EU-Recht vorhanden. Die Feststellung erscheint jedoch mehr als zweifelhaft. Insbesondere hätte man jedenfalls begründen können, warum das öffentliche Interesse nicht schon deshalb besteht, weil durch eine Abwicklung beträchtliche öffentliche Mittel des italienischen Staats geschützt würden. Im Falle der Veneto-Banken hätte es überhaupt keiner staatlichen Unterstützungsleistungen bedurft, sofern vorrangige Anleihegläubiger gehaftet hätten.

Auch hier ist Grund für die Beurteilung auf EU-Ebene wahrscheinlich die erhebliche Lobbyarbeit Italiens, die wie schon bei Monte Paschi auch bei den Veneto-Banken einen Bail-in aus den gleichen Gründen verhindern wollte. Auch bei den Veneto-Banken halten viele Privatpersonen und kleine Unternehmen vorrangige Anleihen, was das Bail-in vor der Wahl politisch heikel machte. Wiederrum wurde auf EU-Ebene nicht verhindert, dass Italien eine Ausnahmeregelung nutzte, deren Anwendung im konkreten Fall mehr als schwierig erscheint.

Fazit

Hat die Rettung der spanischen und italienischen Banken also gezeigt, dass die der Einheitliche Abwicklungsmechanismus funktionsfähig ist? Teilweise, im Idealfall. Jedenfalls zeigen sich zahlreiche Probleme, die die Funktionsfähigkeit der zweiten Säule der Bankenunion infrage stellen.

So ist deutlich geworden, dass politische Opportunität das Erreichen der SRM-Ziele verhindert. Überraschend ist, wie wenig die entscheidenden unionsrechtlichen Institutionen – der SRB, die Kommission, die EZB – Italiens Umgehungsversuche gebremst haben. Die rechtlichen Möglichkeiten dazu hätte das neue EU-Recht geboten: Nicht Italien, sondern die EU-Institutionen hatten die Entscheidungshoheit darüber inne, ob die genutzten Ausnahmeregelungen Anwendung finden würden oder nicht. Es scheint jedoch so, als hätten sie mehr Italiens Drängen stattgegeben als eine eigene ausgewogene Ermessenentscheidung zu treffen. Dadurch führte die Anwendung des gleichen Rechts in Spanien und Italien zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen. Es hat sich ein Einheitlicher Abwicklungsmechanismus gezeigt, der alles andere als einheitlich ist und dessen Funktionsfähigkeit gerade in wirtschaftlich problematischen Mitgliedstaaten mehr als fragwürdig ist.

.....
Katharina Watzke

Die Autorin hat diesen Artikel auf Grundlage einer rechtswissenschaftlichen Bachelorarbeit im Schwerpunktbereich „Europäisches und Internationales Recht“ erstellt. Die Bachelorarbeit mit dem Titel „Rettung spanischer und italienischer Banken im Sommer 2017 im Vergleich: ist die Bankenunion funktionsfähig und ‚no bail-out‘-bewahrt?“ kann auf unserer Homepage eingesehen werden.



Der SRM erklärt: Was passiert, wenn eine Bank abgewickelt wird?

Abwicklung kann bedeuten, dass eine Bank liquidiert wird, aber auch, dass andere Maßnahmen ergriffen werden, sodass die Bank weiterarbeiten kann. Dies kann durch verschiedene Instrumente geschehen, die auch kombiniert eingesetzt werden können: die Unternehmensveräußerung, die Ausgliederung von Vermögenswerten, das Brückeninstitut und das Bail-in Instrument. Die Instrumente haben den Zweck, dass – anders als im normalen Insolvenzverfahren – kritische Funktionen der Bank erhalten und weitergeführt werden können und die nationale und internationale Finanzstabilität nicht gefährdet wird.

Unternehmensveräußerung und Brückeninstitut

Wendet der SRM das Instrument der Unternehmensveräußerung an, so wird ein Käufer für die Bank gesucht. Ist kein Käufer auf dem Markt verfügbar, kann die Abwicklungsbehörde das Instrument des Brückeninstituts anwenden. Dann wird ein Brückeninstitut gegründet und Anteile an der abzuwickelnden Bank oder Verbindlichkeiten dieser auf das Brückeninstitut übertragen. Daher können auch beim Scheitern einer Bank deren für den Finanzmarkt wichtige Funktionen weitergeführt werden.

Bail-in

Das Bail-in-Instrument unterstützt die anderen Instrumente: Bail-in bedeutet, dass die sachnahen Personen das notwendige Kapital für die Abwicklung bereitstellen. Es haften nach einer sogenannten Haftungskaskade zunächst die Anteilseigner, das heißt in der Regel die Aktionäre, anschließend die Inhaber nachrangiger Schuldverschreibungen, dann die Inhaber vorrangiger Schuldverschreibungen und dann die Inhaber nicht geschützter Einlagen. Insbesondere Einlagen von unter 100.000 €, die von Privatpersonen und kleinen Unternehmen gehalten werden, sind geschützt und damit nicht Bail-in-fähig. Bail-in bedeutet dann, dass die genannten Finanzinstrumente in Eigenkapital umgewandelt werden und/oder vollständig herabgeschrieben werden. Dies geschieht entsprechend der oben dargestellten Haftungskaskade bis zu der Stufe, bei der die ausfallende Bank das benötigte Kapital zur Verfügung gestellt bekommen hat.

signifikant ein, teilweise wurde sogar der Handel ausgesetzt. Die anhaltenden Finanzprobleme der Bank suggerierten daher vielmehr, dass sie auf Dauer nicht überlebensfähig sein würde und dass eine Unterstützung keineswegs nur zeitweise und vorsorglich sein würde, sondern vielmehr eine konkrete Rettungsmaßnahme, um dringend nötiges Kapital zu beschaffen. Nichtsdestotrotz bewilligte die EZB die vorsorgliche Rekapitalisierung Monte Paschis. Die genannten Kriterien, die eigentlich verhindern können und sollen, dass notleidende Banken mithilfe von staatlichen Geldern gerettet werden, verlieren bei einer solchen Auslegung seitens der EZB ihre eingrenzende Wirkung. Denn folgte man der gewählten Auslegung, müsste strenggenommen jede Bank in Italien eine vorsorgliche Rekapitalisierung erhalten.

worden wären. Dies wäre im Sommer 2017 politisch – gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden Wahl in Italien – schwierig zu vermitteln gewesen. Der italienische Ministerpräsident unternahm daher in Verhandlungen mit den relevanten europäischen Institutionen beträchtliche Anstrengungen, um die Abwicklung der Bank zu verhindern.

Weder SRB noch Kommission noch EZB verhinderten diese politisch motivierte Flucht vor dem EU-Abwicklungsrecht im Fall Monte Paschis. Sollte Monte Paschi als Präzedenzfall für den Umgang mit der vorsorglichen Rekapitalisierung in der Zukunft dienen, läuft die Regelung Gefahr, die „alternative Bail-out-Möglichkeit“ zu werden. Im Fall der drittgrößten italienischen Bank war sie genau das. Dadurch konnte das Ziel des Schutzes öffentlicher Mittel nicht erreicht werden. Der

Before the Law

The Fiction of Entering the Law as the Ideal of Justice

In 1915, Kafka published a short story called 'Before the Law' describing the attempts of a common man to enter the law. Kafka portrays the law as a closed space with a guard at its door where the commoner presents himself, asking the guard to allow him to enter. The guard explains that entering the law was possible but 'not now'. The commoner wastes away his entire life waiting for the door to be opened, attempting to convince the guard to let him in, wondering why everyone seeks the law but no one else attempts to get inside it.

Kafka's "Before the Law" can serve as a metaphor to understand certain flaws of modern law that arise in the context of comparative law and the transfer of laws. By transfer of laws I mean the transfer of a complete legal system from one country to another. This was very common in post-colonial countries that adopted the laws of their colonizers; for example, still today you will find the French "Code civil" in numerous African countries where it has become part of the local law.

I will go on to argue that despite adopting the legal systems of western nations, these countries did not gain access to justice.

Like the commoner in Kafka's short story, they stand before the law and wait in vain, too. After showing the deformities caused by the transfer of law, I will conclude that there may be a way out for the commoner and those non-Western countries: They will have to demystify their transferred legal system by critiquing it. Critique then, might have been the commoner's route into the law.

Part I – Transferring Kafka's Story to the Context of Globalization: What is the Nature of Law?

Kafka's story includes three major players: (1) the gate keeper, (2) the commoner, and (3) the law. I will use these elements to analyze law within the context of globalization. At first glance, Kafka's symbolism is quite easy to follow: the guard with his fur coat symbolizes the bureaucracy and the concentration of power. The man from the country represents the average commoner. The interplay of power between these two main characters can be seen as a struggle of power between two extremities.

The 'set of original circumstances' in this text can roughly lead us to the following interpretation: the text addresses class struggle within the specific context of access to justice.

This article, however, does not aim at interpreting Kafka's short story in depth and I will refrain from speculating about Kafka's own ideas. Instead, I will – in an utter lack of mercy – take the text out of its context and use it as a framework for analysis.

If we think about class struggle in our own globalized world, we find that the roots of the struggle among nations for wealth are deeper than the class struggle within one society. Henceforward, I will therefore proceed on the premise that the common man represents a developing country hoping to access rights-based universalized structures of the law nationally, and internationally. By "universalized structures", I mean modern law in its Kantian rights-based approach, as we so hegemonically identify it.

Before dwelling on the transferred structure,

we must first examine the last player in Kafka's tale: the law. To the commoner, as well as to the naïve first year law student, law retains its legitimacy through upholding the claim of its idealistic neutrality. To preserve this position, the law is kept at a distance - much like idealized humans with whom we tend to fall in love. In order to uphold the claim of idealism, law is placed in a fiction that reinforces this idea, namely the claim of pragmatism: "It works well, so we keep it". If I may resort to anthropomorphic imaging, it can be said that the law in Kafka's tale is a psychopath who upholds a nice charismatic image, the claim that he will always be friendly and helpful if you simply resort to him. In reality, however, he would never give a second glance at realistic attempts to achieve the promised results. Take, for example, the pleas of Third World countries for economic rights: such appeals do not play to the law's interests (because the law in its universalized form represents the First World; and the First World benefits from the given economic world order). Traditional human rights law is based on notions of natural law, as found, for instance, in Kant's doctrine of the 'universality of state law based on equality, freedom, autonomy of the

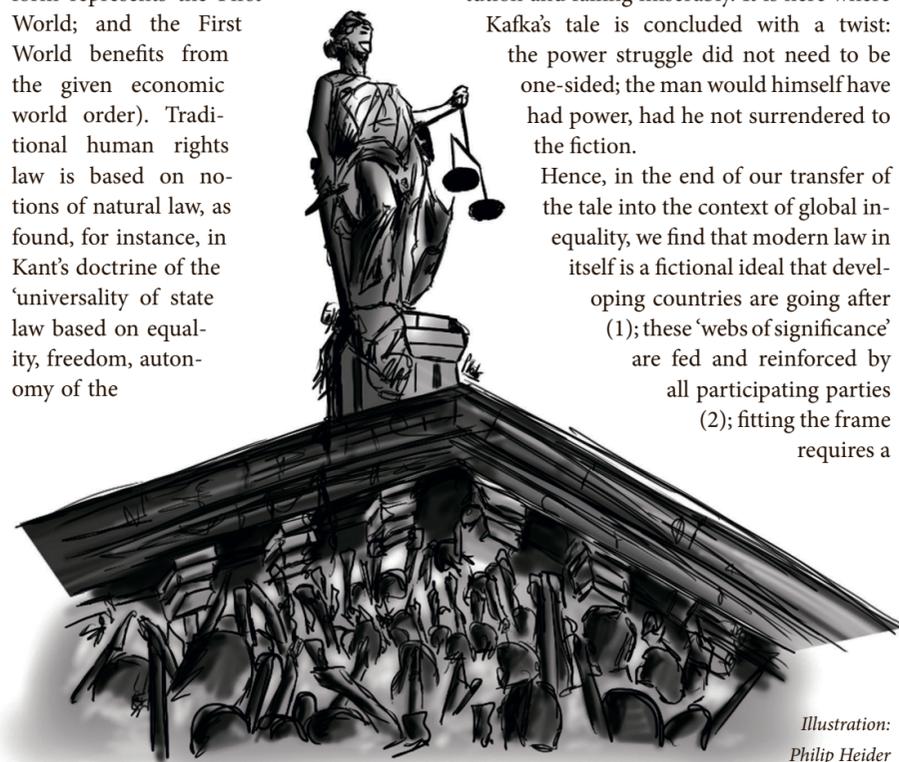


Illustration:
Philip Heider

citizen'. These concepts are pillars of Western history, philosophy and culture. Law based on these premises works in the cultures where it was developed.

In our transfer of law to the developing world we need to find a suitable alternative. One possible approach to the concept of 'law' could be that presented by some modern legal scholars who view law as a demystified tool that comes to life when used to persuade. The law by itself is not an institution. It is only after merging all the elements of the tale that the institution is henceforth created. In this model, the institution's door is kept open to sustain the fiction of inclusivity. The man stands outside as the stranger before the bureaucracy and, being the least advantaged in power and knowledge, he is questioned about his homeland and origins. His otherness is hereby reinstated, much like that of developing countries whose cultural political and economic otherness is constantly stressed in their relations with the rest of the world. His tributes to the guard resemble developing countries' efforts to change their political identity to fit the universalized ideals in

the pursuit of entering the law, and while the guard accepts them, he knows they will never be enough. The outcome of such an endeavor is bound to be deformity. The guard is not directly violent: he offers the man a chair and refrains from hurting him. However, it is his silence that hides the violence underneath, the violence that has pushed the man into obedience and wasted his life away.

Moving on, the man develops an obsession with the guard, much like developing countries develop an obsession with the First World when they believe the fiction drawn by their economic superiors. As the hegemonic ideals are reinstated over and over, the guard (seemingly) becomes the only path towards the law, and the reality of the situation is blurred as the man fades away, drugged by the fiction. He then becomes a close image of Foucault's madman, as the result of his constant struggle to become part of the institution and failing miserably. It is here where Kafka's tale is concluded with a twist: the power struggle did not need to be one-sided; the man would himself have had power, had he not surrendered to the fiction.

Hence, in the end of our transfer of the tale into the context of global inequality, we find that modern law in itself is a fictional ideal that developing countries are going after (1); these 'webs of significance' are fed and reinforced by all participating parties (2); fitting the frame requires a

change of one's conceptions of political identity (3) and consequently, the ideal did not really achieve justice, but has instead served to conceal the violence beneath it (4).

Part II – The Ottoman Attempt to Enter the Law: Al Tanzimat and the Limitation of Access to Justice

In the second half of the Nineteenth century, the Ottomans initiated legal reforms to integrate French and European models of 'Doing Law' into their systems, in the hope of fostering trade with their European counterparts. This part will briefly discuss this transfer and its effect on access to justice in Ottoman society. I will thereby seek to find out whether legal transfers can ever result in access to justice: did the guard let the man into the law, or did the Ottomans get a knock-off justice?

Prior to al *Tanzimat*, where the ottoman's decided to adopt European models of law to facilitate trade, dispute resolution as such had been administered by the local principalities, khanates and emirates. Their administration was decentralized and many of those run-

ning the dispute resolution system were volunteers. Some scholars call the system 'Sharia courts' even though it was not structured as a court as such. The procedures of these 'courts' were closer to the idea of mediation and a large number of disputes ended with reconciliation, as these 'courts' embodied informal legal institutions that reflected the agency of the surrounding society. Accordingly, the old system offered open access to justice for all classes and all fractions of society. The new *Tanzimat* system did not completely dismiss the prior system of adjudication, particularly in its religious concepts. Nonetheless it limited the jurisdiction of the 'Sharia courts' to matters of personal statuses and pious endowments.

The adaptation of a court system close to the French procedural system brought to life a new bureaucratic institution which placed the law in a confined space and limited access to it to a few. The effects of this newly established institution were: 1) Many rights were lost due to procedural errors by the litigants, the cost of litigation, lengthy procedures and the administration. 2) Furthermore, it opened up new litigation opportunities for the wealthier classes while disadvantaging and alienating the lower strata of society. 3) Being a bad fit, these new structures did not adequately address local problems, meaning that they in turn affected the nature of the problems themselves: these foreign legal structures filtered, represented and reconstructed the different aspects of local disputes so as to fit them into their own legal rationale. In the end, this process not only deformed the dispute resolution system but the disputes themselves as reflected in society.

The Ottomans asked to enter the Law in its Western sense, and though they transferred its structures with the help of elites educated abroad, adopting the system did not give the Ottoman Empire the enlightened vision of justice as marketed by French revolutionaries. Instead, the Ottomans gained trade opportunities along with national limitations on access to justice. It is here where my transfer, admittedly, falls short: in its first wave of the *Tanzimat*, the Ottomans cannot be compared to the commoner because they did not view the law as an ideal but rather accepted it for what it was: a socio-economic tool. They were able to integrate the law through changing it as it went on. It is here that the Ottomans represent another level of the power-relations in Kafka's story. Nonetheless, the 'Young ottomans' (an Ottoman political movement) were in the situation of the commoner: They idealized the European standards and believed that ottoman society would find salvation in their principles. They wanted to take the *Tanzimat* a step further (i.e. make it more Western). However, their pursuits would have never worked because the notions they admired, such as freedom as an ideal of justice, are fictional.

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

Part III – Conclusion: Realizing the Fiction

So far, this paper has shown how hegemonic structures showcase the law as an ideal, thereby giving it legitimacy - a legitimacy that is reinforced by the guard and believed by the commoner. The Ottomans realized the fiction and yet participated in it by transferring western laws to their own legal system. As a result access to justice was hampered.

There comes a moment of realization in the life of every law student when they realize that the law is a fiction and so is its legitimacy. It

is a shocking realization. To non-western students the shock is even bigger – much like when you realize that your parents are not superheroes but messy humans like yourself. It is an existential moment when you decide to either keep on believing in this fiction, thus becoming either the guard or the commoner, or endeavor outside of Kafka's tale into an existential crisis with the law. This crisis may be hurtful, however, you will come out of it reborn as a pessimistic realist who knows that law is not justice, much like Sisyphus in Camus' interesting reading of the myth (reproduced by Jochen von Bernstorff as follows):

“Sisyphus is portrayed on the one hand as suffering under the pointless and interminable routine of having to roll a huge rock up a steep hill (just to see it roll down again), but on the other hand as a happy man, having fully acknowledged the absurdity of the routine in a self-reflective fashion. It is the full acceptance of the paradoxical nature of the imposed routine that has the power to create a new self-perception, which emancipates Sisyphus intellectually from outside-domination.”

Coming out of this fiction and accepting the inner contradiction of all concrete things allows us to engage in a critique of the law. This will help us understand how these idealistic concepts tear us away from justice - especially in the realm of international law. Critique, then, could have been the happy ending of Kafka's tale.

.....
Shahd Hammouri
 - Sciences Po, Paris -

KUNST & KULTUR

Ja, sie ist unbekannt und noch ist ihr Name Programm. Auffallen ist sie einigen Chance the Rapper-Fans aber schon durch ihr Feature in seinem Song „Lost“ (Mixtape Acid Rap). Im Folgenden nenne ich euch vier Gründe, warum das Debütalbum von Fatimah Nyeema Warner – Künstlername Noname – es wert ist, einmal im Mittelpunkt zu stehen.

Foto: Nicolas Vöcker, Wikimedia Commons, CC-BY-SA



Album-Rezension: Noname – Telefone

Der Stil

Herausragend ist zunächst der Stil des Albums: Ein ruhiger, aber vielschichtiger Hintergrund trifft auf Rap mit Anspruch und nachdenklichen Texten. Noname macht Hip-Hop ohne Synthesizer und Autotune – Alternative vom Feinsten, die definitiv kein Mainstream ist. Das Album gurgelt dahin, einfach so. Nach Nonames eigener Aussage sind die Blues- und Jazz-Sängerin Nina Simone und OutKast-Mitglied André 3000 sie prägende Künstler. Zudem hat sie schon öfter mit Rappern wie Mick Jenkins und Chance the Rapper zusammengearbeitet. Aus dieser Kombination ergibt sich ihr Stil: Hip-Hop-Rhythmen und Rap treffen auf Blues und Soul. Dabei bildet das Album ein Gesamtwerk, das einen Hall im Kopf hinterlässt.

Die Produktion

Das Album ist ein Produkt gegenseitiger künstlerischer Inspiration: An seiner Entstehung waren insgesamt 14 befreundete Künstlerinnen und Künstler beteiligt. Jeder Song bildet ein Puzzle aus verschiedenen Melodien, der Hintergrund zieht sich nicht als Faden, sondern als leichtes Tuch durch das Album.

Überhaupt: „Telefone“ ist geprägt von einer Leichtigkeit. Es ist die Mischung aus Dissonanzen im Hintergrund und der gleichförmigen Stimme der Künstlerin. Nonames Stimme bringt Ruhe. Im Zusammenspiel mit den wechselnden Rhythmen und ineinandergreifenden Effekten sorgt sie dafür, dass kein Song überladen, aber auch keiner langweilig wirkt. Mit seiner künstlerischen Schaffenskraft hinterlässt das Album ein Flimmern im Herzen.

Die Texte

Nonames Gedanken schaffen ein Gefühl der Wärme. Sie sucht die Schönheit in Themen wie Drogenabhängigkeit, Leben und Sterben junger Afroamerikaner in Chicago, Abtreibung, Erwachsenwerden – und findet sie.

Das Salz dabei: die Texte. Als wäre ihr musikalisches Können nicht schon genug, sind Nonames Texte kluge, lyrisch-anspruchsvolle Verse. In den Songs finden sich dabei einzelne Worte immer wieder. Es sind die Themen, um die sich das ganze Album dreht: Phonecalls, Caskets, Babies und Sunshine.

Der Flow

Er ist der Pfeffer dabei: Nonames Flow. Sie besteht nicht auf Bars und Doubletime, sondern schwebt darüber, virtuos und ganz selbstverständlich. Hierbei kann ich noch nicht einmal sagen, ob ein Song besonders heraussticht. „Reality Check“ wäre zum Reinhören aber schon mal ein Anfang.

Wenn ich nach alledem euer Interesse an der Künstlerin wecken konnte, empfehle ich euch, das Album als Ganzes zu hören – draußen bei Sonnenschein, Kaffee und einer halben Stunde Zeit. Nehmt sie euch, es lohnt sich!

.....
Arlette Greitens

Neu- anfang



Neuanzufangen heißt, oft viel aufzugeben, sich stundenlang mit Fragen seiner Freunde und Verwandten rumzuquälen, die dir sagen, es wäre besser, deine Aufgaben anders anzugehen.

„Du bist für Anderes vorhergesehen. Du könntest schon so viel weiter in deinem Leben stehen!“ Heißt es dann oft.

Aber darf ich nicht selbst entscheiden, wann etwas für mich aufhört und wann etwas Neues beginnt?

Denn für mich heißt neuanzufangen auch, dass mein Blut nicht gerinnt, sondern viel eher gerade erst anfängt zu fließen wie bei einem neugeborenen Kind.

Deswegen: limitier´ dich nicht selbst.

Analysier´ nicht jedes Detail und hab keine Angst davor, dass du fällst. Kapier´, dass du entscheidest, ob du dein eigenes Glück an erste Stelle stellst.

Also wie wär´s?

Nimm den Stift in die Hand.

Leg das Papier auf den Tisch.

Trau dich endlich bis an den Rand

Und frag dich, was für dich wichtig ist.

Denn sobald du das hast, ist es schon fast geschafft.

Selbst wenn du mal stolperst, hast du dich im

Handumdrehen wieder aufgerafft mit neuer Kraft.

Neuanzufangen heißt oft viel aufzugeben.

Für mich heißt es gleichzeitig aber auch ein Stück mehr zu Leben und sich wieder seinen Träumen hinzugeben.

.....

Mario Malki

▶ Mitternachtsgedanken

Exklusives Video: https://youtu.be/m5BP_nID0PU



frei.

Ich stand am Fenster und schaute hinaus,
in die Weite, in die Ferne.

Ich ließ den Blick schweifen,
über die Felder, über's Gras.

Diese unendlichen Weiten,
wie sehr ich sie mag.

Und wie mein Blick,
so schweifen die Gedanken,
wie eine Brise über's Meer.

Denn eines Tages bin ich frei,
kann fliegen, wohin ich will.

Über die Wiesen, über die Felder.
Lass' mich tragen über's Meer.
Hinaus auf den Ozean, zu den Wolken empor.

.....
Isabelle Stein

VORLÄUFIG GENEHMIGT

Ich stand um 6:53 Uhr vor der verschlossenen Tür des Bürgeramts Mitte. Es war taghell, hinter dem Glas der Eingangstür grelles Neonlicht. Eine buntgemischte Gruppe wartete mit mir, da war ein älterer Herr im Trainingsanzug mit akkuratem Seitenscheitel, eine Frau, die an ihrer Zigarette zog, als hinge ihr Leben davon ab, ein Mädchen mit orangenem Kopftuch, das nur ihr Gesicht freiließ, die Augenbrauen dunkel und der Lidschatten schwer, die Hände mit langen bemalten Fingernägeln auf einem Kinderwagen ruhend. Bewegung hinter der Glasscheibe. Eine kleine runde Frau mit Brille und purpurrot gefärbten Haaren drehte den Schlüssel und öffnete die Tür.

„Wer von Ihnen hat keinen Termin?“ Es klang wie ein allmorgendlicher Gebetsruf, fünf Tage die Woche, dreihundertfünfundsechzig Tage im Jahr, abzüglich der Wochenenden, gesetzlichen Feiertage und der zwei Wochen an der Costa Brava, die weit weniger wild war, als ihr Name vermuten ließ.

Alle Hände streckten sich in die Höhe. Zögerlich hob ich auch meine Hand.

„Sie müssen vorher online einen Termin buchen, ohne Termin kommen Sie nur noch in Notfällen dran.“

Der ältere Herr im Trainingsanzug protestierte, er habe ja gar keine Möglichkeit online einen Termin zu buchen. Dann müsse er sich wohl einen Termin vor Ort geben lassen.

Ich lief an den Wartenden vorbei direkt auf die Frau vom Bürgeramt zu.

„Jetzt aber nicht vordrängeln“, sagte der Mann im Trainingsanzug und hielt mir seinen knochigen Zeigefinger ins Gesicht. Er wirkte wie jemand, der es gewohnt war Befehle zu geben. Ich versicherte ihm, dass ich keineswegs vorhätte mich vorzudrängeln, mein Problem sei nur von besonders dringlicher Natur.

„Junger Mann, wir haben alle dringliche Probleme“, sagte er. Der Geruch von billigem Rasierwasser stieg mir in die Nase. Ich ignorierte ihn und erläuterte der Frau vom Bürgeramt mein Problem.

„Da haben Sie also wieder geschlafen.“

Eine wirklich missliche Lage, versuchte ich zu erklären, könne ja jedem mal passieren und so.

„Wissen Sie, wie viele missliche Lagen ich jeden Tag hier habe?“

Ja, natürlich, ich verstünde, mein Fehler, aber ich hätte nun mal diesen Flug am folgenden Tag und die Visastelle nehme nur Expressanträge bis 9:30 Uhr an.

„Dann müssen Sie wohl hoffen, vorher dran zu kommen.“ Damit trat sie zur Seite. Der alte Mann im Trainingsanzug drückte sich an mir vorbei. Ordnung musste sein.

Ich setzte mich auf einen der olivgrünen Stühle im Warteraum. An der Wand hing eine olivgrüne Uhr mit drei Zeigern, daneben verkündete eine Digitalanzeige in roten eckigen Ziffern, wer als nächstes dran ist.

Ich hielt einen Zettel mit der Nummer 018 in meiner Hand. Warum ich die Nummer 018 hatte, wusste ich nicht, ich zählte nur sieben Leute vor mir.

Der Alte mit der Trainingshose saß mir gegenüber und las in einem Reiseprospekt. Auf dem Cover das Bild eines Kamels mit Zaumzeug, daneben der Treiber, lächelnd, auch wenn sein Lächeln nicht zu sehen war hinter dem weißen Tuch, das sich um seinen Kopf schlang. Im Hintergrund ragten die beige Steine einer Pyramide in die Höhe. Unter dem Foto in Großbuchstaben: ENTDECKEN SIE

DAS GEHEIMNIS DER PYRAMIDEN!

Als gäbe es da noch etwas zu entdecken, als hätte es Howard Carter, Champollion, Lepsius und all die anderen in Khakihosen und Tropenhelmen nicht gegeben.

Als Kind interessierte ich mich für das antike Ägypten, so wie Kinder sich für phantastische Welten, Ritter und Drachen interessieren. Warum, weiß ich nicht, ich war nie in Ägypten gewesen. Wahrscheinlich wegen der Sphinx und der Götter mit ihren wilden Tierköpfen, Anubis und Thoth, die mir nachts Angst einjagten und Ma'at, die alles zusammenhielt und dabei lächelte oder zu lächeln schien.

Von allen Göttern gefiel mir Thoth am besten mit seinem Ibiskopf, dem langen gebogenen Schnabel und den kleinen Augen, insgesamt eine dümmliche Erscheinung. Seine Frau Ma'at wog die Herzen der Verstorbenen, er protokollierte, übertrug akribisch die Ergebnisse in sein Büchlein, zusammen entschieden sie, ob dem oder der Verstorbenen ein glückliches Nachleben beschert sei oder er oder sie gefressen und für immer vergessen würde.

Dreitausend Jahre bestand das ägyptische Reich, ich konnte mir damals kaum vorstellen, wie lang dreitausend Jahre waren, manchmal kam mir die Zeit bis zum nächsten Geburtstag, den Sommerferien oder Weihnachten wie dreitausend Jahre vor. Die Römer schafften gerade mal tausend, lächerlich.

Im Geschichtsunterricht hieß es, die alten Ägypter hätten Zeit als einen Zyklus angesehen, das Auf und Ab des Nils als Etwas, das sich ewig im Kreis bewegte, wie ein Karussell, das sich drehte und drehte, Anfang gleich Ende gleich Anfang gleich Ende gleich Anfang ... bis einem übel wurde. Vielleicht konnte das Reich auch nur deshalb so lange bestehen. Vielleicht konnte man die Zeit nur anhalten, wenn man ständig im Kreis lief. Was hatte Dan gesagt, wir müssen dem Kreislauf entfliehen. Ich glaubte nicht mehr daran, dass das wirklich möglich sei.

Der Zeiger der Uhr bewegte sich. Ich starrte auf meinen Bildschirm, aber es gab nicht wirklich etwas zu sehen. Nichts passierte um 7:34 Uhr an einem Freitagmorgen. Nicht hier zumindest.

Wieviel Uhr war es in Paris? 7:34 Uhr, keine Zeitverschiebung.

Wieviel Uhr in New York? 01:34 Uhr.

Und in Peking? 13:34. Pling.

Die Anzeigetafel zeigte die Nummer 006 an. Die Stühle im Wartezimmer waren nunmehr vollständig belegt, Neuankommlinge blickten sich verloren im Raum um, so als hätten sie gerade erst gemerkt, dass die Musik nicht mehr lief und sie die Verlierer in diesem Spiel waren. Der Mann im Trainingsanzug las noch immer in seinem Reiseprospekt.

Ich stand auf und ging mit schnellen Schritten zum Empfangsschalter. Die Frau vom Bürgeramt hatte ihren Blick auf ihren Bildschirm gerichtet. Ich schilderte mein Problem nochmals, wiederholte mich, nur mit anderen Worten, so als könnten andere Zeichen ein anderes Ergebnis erzielen, flehte schließlich, auch wenn ich nicht sehr gut im Flehen war. Mein Flug ginge morgen. Neuer Job. Mein Boss würde mich umbringen. Blabla.

Ihr Gesicht erinnerte mich an einen aufgeblasenen Kugelfisch, kleiner Mund, große Augen. Sie warf mir nur einen kurzen Blick zu, 100 Millisekunden, solange braucht das Gehirn, um sich einen Eindruck zu bilden, ungesehen laufen die Programme im Hintergrund ab, INPUT, schwarze

Jeans, an den Knien abgeschnitten, die Enden fransig, darüber ein weißes T-Shirt mit weitem Ausschnitt, INPUT, unrasiert, INPUT, die Haare lang, etwas zu lang, um als gewöhnlich zu gelten, sie tippte wieder, hatte mich kaum wahrgenommen, OUTPUT unbekannt. An einem anderen Tag, im Anzug und rasiert, hätte ich eine andere Reaktion bekommen. Ich hasste Anzüge.

„Hören Sie zu, jeder hier möchte so schnell wie möglich drankommen, damit er so schnell wie möglich wieder hier raus ist. Wenn ich jeden, der hier ohne Termin hereinspaziert, einfach vorlassen würde, könnten wir das Ganze mit dem Termin auch sein lassen. Verstehen Sie? Die Termine sind für Sie gedacht, den Bürger.“

„Ich, der Bürger“, das Wort kam mir befremdlich vor, „habe aber auch ein dringendes Problem. Sehen Sie nicht, dass dies ein Notfall ist.“

„Bitte!“

Sie verdrehte die Augen und widmete sich wieder ihrem Bildschirm. Für einen Moment war es komplett still, bis auf das Klackern der Tastatur.

„Jetzt setzen Sie sich hin! Sie kommen auch nicht schneller dran, wenn Sie hier rumstehen.“

Der alte Mann sah von seinem Reiseprospekt auf und schüttelte den Kopf.

Ich sackte zurück auf den grünen Stuhl. Der Zeiger zeigte 7:43 Uhr an. Ich zog meinen Bildschirm hervor. Zweiunddreißig Minuten von hier bis zur Visastelle, noch innerhalb des Radius. Ich tippte auf Fotos und Nachrichten, paddelte den großen Fluss hinunter, ohne sie mir wirklich anzusehen oder auch nur mehr als ein paar Sätze zu lesen. Fotos. Nachrichten. Fotos. Nachrichten. Immer schneller. Next. Next. Next. Im Augenkopf die Anzeigetafel. 008. Rot. Daneben bewegte sich der Sekundenzeiger im Kreis, tick tick tick, auch wenn ich das Ticken nicht hören konnte.

7:47 Uhr. 6 Sekunden noch. Dann 7:48.

Ich stand wieder auf. Der Mann mit der Trainingshose sah von seinem Reiseprospekt auf. Ich lief zu Kugelfischs Schalter. Ihre blassen Unterarme waren entblößt – der Urlaub stand wohl noch aus – die Innenseite ihres linken Unterarms zierte eine vertikale Reihe chinesischer Zeichen, Kalligrafie, das war mal angesagt, gen zhe ganjue zou.

„Folge deinen Gefühlen“, sagte ich lächelnd. Ekelhaft.

„Was?“ Sie starrte mich verständnislos an.

Ich deutete auf ihr Tattoo. Ihre Augen weiteten sich, was sie noch mehr wie ein Kugelfisch aussehen ließ.

„Du kannst“, sie verbesserte sich, „Sie können das lesen?“

Ich lächelte nur.

„Hören Sie, ich weiß, dass Sie Ihre Termine haben, aber wenn ich nicht in zwanzig Minuten hier raus bin, brauche ich auch nicht mehr zu warten. Ich bekomme mein Visum nicht, ich kann meinen Flug nicht antreten und meinen Job kann ich dann auch an den Nagel hängen.“

Sie seufzte, drückte Tasten.

„Kommen Sie“, sagte sie und erhob sich von ihrem Bürostuhl, „aber das ist eine Ausnahme. Sie können von Glück reden, dass heute Freitag ist.“

Ich trottete hinter ihr her zu einem identischen Schalter am anderen Ende des Raumes. Ein blondes Mädchen tippte.

„Susi, der junge Mann brauch 'nen vorläufigen Reisepass. So schnell wie möglich“, zu mir gewandt, „haben Sie ein Foto? Biometrisch, Sie wissen schon“

Ich hatte keins. Ich hatte nicht mehr daran gedacht. Kugelfisch sah es wohl in meinem Gesicht.

„Natürlich, Sie haben keins. Warum wundert mich das nicht. Geben Sie erst mal Ihre Daten an, im Nebenzimmer haben wir einen Automaten“, damit begab sie sich zurück zu ihrem Schalter.

Ich nannte Susi meinen Namen, Geburtsdatum, Geburtsort, Susi tippte Daten ein. Ob ich meinen alten Pass dabei hätte? Nein. Sie tippte, dabei runzelte sie immer wieder die Stirn, RETURN RETURN RETURN, dann wieder Getippe. Ihr rechtes Ohr war gepierct, ein Stecker bohrte sich oben durch ihre Ohrmuschel. Bar oder mit Karte? Mit Karte. Dann ging ich zum Automaten.

Auf der Außenseite der Kabine klebte ein Plakat, auf dem erläutert wurde, wie man auf einem Foto auszu-

sehen hatte. An der Wand neben dem Automaten hing ein überdimensionaler Personalausweis, eine blonde Frau blickte auf mich herab, Erika Mustermann, geborene Gabler, 12.08.1964, Geburtsort Berlin, jetzt 1.60m groß und grüne Augen (2% der Weltbevölkerung), ehemals 1.76 cm und blaue Augen (10% der Weltbevölkerung), dann wieder 172 cm und braungrüne Augen, sie war Großkonsulin und Konsularattachée, Oberstleutnant und Triebfahrzeugführerin, Flüchtling aus Syrien, geboren in Damaskus, auch am 12.08.1964, wieder grüne Augen, nur weniger intensiv, blonde Haare, mal schulterlang, mal kürzer, mit Pony, mal ohne, vollkommen absurd und dissonant.

Ich setzte mich in die Kabine auf den blauen Stuhl aus Plastik, zog den grünen Vorhang zu, strich mit dem Finger über den Bildschirm, jetzt nicht Lächeln, 3, 2, 1, klick. Einige Minuten später spuckte der Automat das Foto aus, überbelichtet, meine Haut milchig weiß, unrasiert, mit T-Shirt, die langen Haare an den Kopf gedrückt – zum Duschen hatte die Zeit nicht mehr gereicht – kein Foto, mit dem man sich irgendwo bewerben würde. Ich lief zurück zu Susi und händigte ihr das Foto aus. Um 8:07 hielt ich das grüne Dokument in der Hand. Reisepass, vorläufig, gültig bis zum 27.08 ein Jahr später. Ich bedankte mich und wollte schon aufstehen, „einen Moment noch, wann werden Sie zurückkehren von Ihrer Reise?“, Susi war vielleicht Anfang zwanzig, ich fand es komisch, wenn mich Anfang Zwanzigjährige siezten, „in zwei Wochen“ antwortete ich, „Sie müssen den Pass zurückgeben, sobald Sie zurück sind, verstehen Sie“, es kotzte mich an, Sie, Sie, Sie, warum weiß ich auch nicht, „sagen wir den 01.10?“, Herbst, ich nickte.

Der Mann im Trainingsanzug saß noch immer im Wartezimmer, las noch immer in seinem Reiseprospekt, er sah auf, als ich an ihm vorbeilief, ich lächelte ihm zu, nicht, weil ich mich als Gewinner fühlte in unserem kleinen Spiel, sondern weil ich immer lächeln musste, wenn mich jemand anstarrte, so als könnte ich meine Gesichtsmuskeln nicht kontrollieren. Er erwiderte mein Lächeln nicht, wahrscheinlich deutete er es falsch, auch wenn ich versuchte möglichst nicht triumphierend zu lächeln, wie auch immer das aussah. Pling. Sein Blick huschte an mir vorbei zur Tafel. Er rollte den Prospekt zusammen und stand auf. Von der Seite gesehen hatte sein Gesicht etwas von einem Vogel, die Nase lang und gebogen.

Ich zog meinen Bildschirm hervor. Gesichtskontrolle. Login. Voraussichtliche Ankunftszeit 8:46 Uhr, 14 Minuten um den Antrag zu stellen.

„Hallo, hallo! Was du hier machen?“

Ich blickte vom Bildschirm auf und in das runde Gesicht von Portakal, der den kleine Gemüse-/Getränke-/Was-auch-immer-du-zum-Leben-brauchst-Laden um die Ecke betrieb, weshalb wir ihn auch nur Onkel Portakal nannten. „Neuer Pass“, sagte ich und wedelte mit dem grünen Dokument in der Luft.

„Wieder auf Reisen gehen?“ Er lachte und schüttelte den Kopf. „Junge Leute immer wollen weg.“

„Du kennst meine Sohn Toygar?“ Er deutete auf seinen Begleiter. Ich erkannte ihn jetzt, er stand immer nachts im Laden, sein Gesicht über seinem Bildschirm versunken. Seine Haare waren penibel frisiert, der Bart gestutzt, stechende Augen, wie ein orientalischer Filmstar. Ich nickte ihm zu. Er war mir nie wirklich aufgefallen, so wie einem Menschen nicht auffallen, die hinter Tresen stehen.

„Ja, unfreiwillig“, antwortete ich, „und du?“ Ich wusste nicht, ob es angemessen war zu fragen.

„Bescheinigung Aufenthaltstitel“, mehr sagte er nicht. „Baba, komm jetzt, wir wollen nicht unseren Termin verpassen.“

Portakal lachte.

„Termine, Termine, ja, ja, gehen wir.“

.....
Sven-Erik Green

- Alumnus der Universität Passau -

Ein weiteres Kapitel aus dem bisher unveröffentlichten Roman unseres Autors.

kollateralschädel

wenn wir ein explodierendes fahrzeug in afghanistan sehen
denken wir
das hat schon seine richtigkeit

es wäre unmöglich
dass es von einer freiheitlich-demokratischen grundordnung
abgeschossen würde ohne grund
und ordnung und dass die darin umkommenden
wirkliche menschen seien

ansonsten würden wir ja bürger mit heugabeln
vor den parlamenten sehen
wie sie gegen freiheitlich demokratische grundordnungen protestieren
die menschen abschießen

dass wir die bürger mit heugabeln nicht sehen
ist der beweis unseres anstands und unserer würde
und das stärkste indiz dafür
dass das alles schon seine richtigkeit hat

es kommt vor
dass aus einigen wagen
kohlehaufen
gezogen werden
die einst menschen waren
bevor sie
einen feindlichen kombattanten
in ihr auto steigen ließen

die waffen die der himmel sendet
tun sich schwer damit
zwischen feind und fahrer
und den kindern auf der hinterbank zu unterscheiden

daher machen sie aus diesem unterschied asche
die nicht mehr voneinander zu unterscheiden ist
für deren angehörige die ascheangehörige werden

damit ist der gerechtigkeit genüge getan und bewiesen
dass unterschiede im auge des betrachters liegen
die der himmel sendet
und erweisen sie sich als dorn in ihm
wird asche aus ihnen

einige sagen
der himmel selbst könne eines tages
asche werden
aber ich halte
an meiner überzeugung fest
dass für lange zeiten
nur menschen auf hinterbänken
asche werden können
ohne dass bürger mit heugabeln
vor parlamenten
dagegen protestieren
weil das alles schon seine richtigkeit hat

Benjamin Baumann
- Friedrich-Schiller-Universität Jena -

Rare Species

Die Vision des neuen Istanbuls – her yer Tarlabası*



* Tarlabası ist überall

Istanbul wächst unaufhaltsam. 1975 waren es noch 2,5 Mio. Einwohner, 2000 schon 8,8 Mio. und mittlerweile sind es 15,03 Mio. Wohnraum wird knapp und Wohnraum wird teuer. Zeitgleich erlebt die Stadt einen Strukturwandel von der ehemaligen Handels- und Arbeiterstadt hin zur postindustriellen Dienstleistungsmetropole. Wo gestern noch Fabriken standen, säumen heute Hotels und Restaurants das Stadtbild. Wer einen Job in Istanbul haben möchte, muss Englisch sprechen - am besten auch noch Arabisch und Russisch, vielleicht sogar ein wenig Deutsch. Einfache Arbeitskräfte werden nicht mehr gebraucht. Dabei sind sie die Leidtragenden der aggressiven Erneuerungspolitik der türkischen Regierung: Unter dem Deckmantel sicherheitspolitischer Bedenken werden die Anwohner gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Die Mieten steigen, es wird mit Enteignung gedroht, manchmal auch einfach Strom und Wasser abgestellt. Die Ausquartierten werden umgesiedelt in Plattenbauten am Stadtrand. Ihre alten Häuser werden abgerissen oder kernsaniert, je nachdem, was die Bausubstanz noch hergibt.

Ein Schauplatz dieser Politik ist der Stadtteil Tarlabası. Gelegen im Zentrum der Stadt, gilt es als Problemviertel Istanbuls. Doch steht es nicht nur für Drogenhandel und Prostitution, sondern auch für einen Teil des alten Istanbuls: Simitverkäufer und Gebrauchtwarenhändler ziehen mit Handkarren durch die Gassen. Frauen sitzen mit ihren Kindern auf der Straße und hängen die Wäsche zwischen den Balkonen auf. Alte Männer tragen ihre Backgammonpartien auf kleinen Holztischen aus und trinken Çay.

Kurden, Griechen, Armenier, Roma und Juden leben hier gemeinsam. Mittlerweile kommen Flüchtlinge aus nordafrikanischen Ländern hinzu. Unter den

Bewohnern sind auch viele Homosexuelle und Transsexuelle. Tarlabası repräsentiert so nicht nur eine Bandbreite sozialer Stigmata, sondern zeichnet gleichzeitig die kulturelle Geschichte Istanbuls nach. Der Stadt, die oft als Schmelztiegel verschiedenster Kulturen bezeichnet wird. So liest man in Reiseführern von zahlreichen Gegensätzen, die sich hier finden ließen: Tradition und Moderne, Asien und Europa, Orient und Okzident. Vergessen wird oftmals eine wirtschaftliche Kategorie der Gegenüberstellung. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich tritt in wenigen Teilen Istanbuls so zu Tage wie in Tarlabası. Ein vernachlässigtes Viertel im Herzen der Stadt, getrennt durch eine sechsspurige Autobahn von den touristischen Einkaufsstraßen Istanbuls. Keine 500 Meter Luftlinie entfernt verläuft die İstiklâl Caddesi, ein Touristenhighway bestehend aus Shoppingmalls, Edel-Boutiquen und Gastronomiebetrieben. Lange soll es nicht mehr dauern, dann soll Tarlabası nahtlos in diesen Teil der Stadt übergehen. Dafür müssen nur noch seine Bewohner weichen.

Dieses Fotoprojekt widmet sich den bedrohten Arten Istanbuls, den Menschen, die im Kampf um den städtischen Wohnraum verlieren. Es zeigt ein Viertel, das langsam verfällt, Arbeitsstätten, die es so nicht mehr geben wird und einen Alltag, der bald anderswo stattfinden muss. In diesem Sinne ist Tarlabası kein Einzelfall. Tarlabası ist überall.

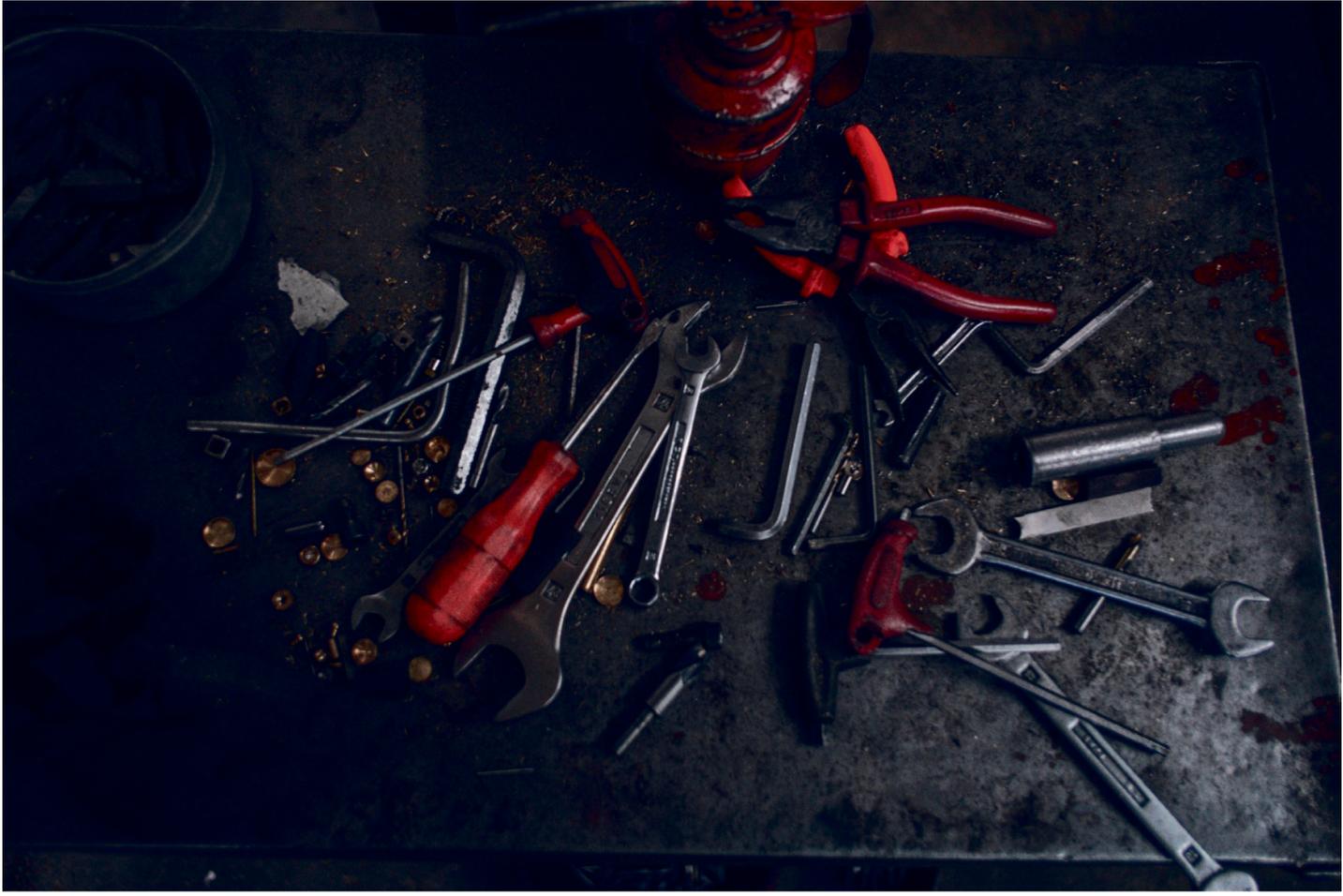
Text und Fotos: **Arian Henning**

Weitere Fotoreihen gibt es auf der Seite des Fotografen:
www.arianhenning.com



Yanuz Ağdas, 58, Hilal Metal





Murat Kadioğus, 37, Hilal Metal



Orhan Ertan, 52, Ertan Kaporta Ve Bayo Atolyesi





Mehmet Sidik Demir, 44, Bakkalci



Autoren & Redakteure gesucht: Werde Teil der PuG!

Kantig, kritisch, persönlich – die PuG ist die Zeitung von Studierenden, für Studierende! Die PuG bietet Dir die Möglichkeit, Teil eines Diskussionsforums der anderen Art zu sein: Meinungsaustausch und kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Themen, die unsere Gesellschaft und explizit Dich beschäftigen. Dir wird eine Plattform geboten, die nicht nur eine große Leserschaft erreicht, sondern auch Raum für Reflexion und argumentativ starke Positionen bietet.

Unsere Beiträge stammen von Studierenden und jungen Berufstätigen weltweit; bisher konnten wir Beitragende von ca. 30 Universitäten aus 15 Ländern gewinnen. International vernetzt wirst du die Stimme von morgen im politischen Weltgeschehen.

Werde Teil der Community, in der Leser zu Autoren und Kunstschaaffenden werden. Nutze die PuG als Plattform für deinen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte, ganz egal, in welcher Form: Artikel, Lyrik, Fotoreihen oder Illustrationen - es gibt kein starres Format und keine inhaltlichen Vorgaben. Wir setzen auf die Kraft des guten Arguments und sehen den Wert unserer Zeitung gerade darin, dass sie unterschiedliche Sichtweisen und Ausdrucksformen einander gegenüberstellt und in Austausch bringt.

Für jede Ausgabe geben wir Leitthemen vor, an die du dich halten kannst, aber nicht musst. Werde kreativ, werde kritisch – werde Teil der PuG-Gemeinschaft!

Wie? Reich uns Deine schriftlichen Beiträge (max. 2000 Wörter) im doc.-Format (Microsoft Word) und Deine Bilder als jpeg.-Datei ein.

So findest Du uns: Sende Deine Beiträge oder Fragen an kontakt@politik-gesellschaft.com. Wir freuen uns auf Deine Nachricht! Außerdem kannst Du unsere facebook-Seite [facebook.com/wearepug](https://www.facebook.com/wearepug) abonnieren, um immer up-to-date zu bleiben oder unsere Homepage www.politik-gesellschaft.com besuchen!

NEU: Folge uns auf Instagram [@politik_gesellschaft](https://www.instagram.com/politik_gesellschaft)

Bis zur nächsten Ausgabe
Dein PuG-Team

Join our international community of authors and artists

PuG stands for personal pieces, clear stances and critical thinking – it's the journal by students for student. Make PuG your platform and become part of the debate: PuG brings together students and young professionals from different academic fields and political affiliations as authors and readers and offers them a space not only to share their ideas and views but also their art and poetry. By contributing you become part of an international community of young people from up to now over 30 universities and 15 countries around the world - and it keeps growing.

How do I contribute? Send us anything from opinion pieces, poems, photo series or illustrations to the following e-mail-address: kontakt@politik-gesellschaft.com. We're also grateful for any feedback on the NEUANFANG-issue.

Is there a deadline for contributions? Yes. For our winter-issue, which will be due in November 2018, the deadline for contributions will be around mid-October. Watch our website and facebook page for our call for papers: www.politik-gesellschaft.com

and www.facebook.com/wearepug.

However: You can send us your pieces any time – if you've missed the deadline for our current issue, we may just move it to the next one.

NEW: follow us on Instagram [@politik_gesellschaft](https://www.instagram.com/politik_gesellschaft)

Looking forward to hearing from you!
Your PuG-Team

Impressum

Die PuG ist eine Zeitung von Studierenden und anderen jungen Leuten. Gründungs-ort und Sitz der PuG ist die Bucerius Law School in Hamburg. Die Autoren und Redakteurinnen sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, Studierende der Bucerius Law School.

The PuG is a newspaper run by students and other young people for everyone. It was founded and is based at Bucerius Law School in Hamburg, Germany. If not otherwise indicated, our authors and editors are students from Bucerius Law School.

Besonderer Dank gilt der:

Kursbuch Kulturstiftung

Insbesondere ihrem Geschäftsführer,
Herrn Dr. Sven Murmann.

Herausgeber:
Politik und Gesellschaft e.V.

Vorsitzende:
Marc Philip Greitens
Lukas Schlegel

Redaktionsleitung (v.i.S.d. § 8 HmbPrG):
Valérie Greitens
Sophia Schamberg
Isabelle Stein

Redaktion:
Pauline Boppert
Arlette Greitens
Nicolas Philipps
Lorenz Röttger
Anna Seifert

Mitarbeit:
Felix Bassier
Omid Bechmann
Marc Philip Greitens
Engeline Eustrup
Jule Martenson

Illustration:
Philip Heider

Layout und Design:
Merle Prestin (HAW Hamburg)

PuG online:
Ivan Rosado (Johann-Goethe Universität
Frankfurt)

Anschrift Herausgeber und Redaktion:
Politik und Gesellschaft e.V.
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg

Alle Beiträge erscheinen, wenn nicht anders gekennzeichnet, exklusiv in Politik & Gesellschaft. Die dabei vertretenen Ansichten sind solche der Autoren; sie spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion oder der Bucerius Law School wider.

ISSN 1862-0213